



### Dutschkes später Sieg

Der Verleger Axel Springer machte die Berliner Kochstraße zur Legende. Nun heißt die traditionsreiche Zeitungsmühle Rudi-Dutschke-Straße – wen stört es? **Seite 3**

### Schröders Abschiedstour

Wie der Bundeskanzler die Wähler statt hinter sich auf die Straße brachte und schon als Ministerpräsident die Presse instrumentalisierte, lesen Sie auf **Seite 4**

### Selbstauflösung nötig

Der Bundestag braucht ein Selbstauflösungsrecht, bevor die politische Kultur Schaden nimmt. Ex-Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig im Interview: **Seite 12**

### Meilensteine gesetzt

Das Stadtmuseum Berlin würdigt in einer Ausstellung die Einflüsse der Secession auf die Entwicklung der Klassischen Moderne. Mehr lesen Sie auf **Seite 9**

# Preussische Allgemeine Zeitung

## Das Ostpreußenblatt

Jahrgang 56 – Folge 36  
10. September 2005

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C 5524  
PVST. Gebühr bezahlt

## Schutzlose Schutzmacht

### Der Hurrikan »Katrina« zerstörte einen Mythos

Von Joachim TJADEN

**A**ls aber der Herr sah, daß der Menschen Bosheit groß war auf Erden und alles Dichten und Trachten ihres Herzens nur böse war immerdar, da reute es ihn, daß er die Menschen gemacht hatte auf Erden, und es bekümmerte ihn in seinem Herzen, und er sprach: Denn siehe, ich will eine Sintflut kommen lassen auf Erden, zu verderben alles Fleisch, darin Odem des Lebens ist unter dem Himmel. Alles, was auf Erden ist, soll untergehen.“ (Das Erste Buch Mose)

Die Vereinigten Staaten von Amerika, in Jahrhunderten besungene Neue Welt, gerufene Schutzmacht der Freiheit, in ihrer Geschichte oft selbsternannter globaler Polizist und ebenso oft Besatzer, versinken in diesen Tagen in einem Inferno aus todbringendem Wasser und Schlamm – und einem entfesselten Szenario aus Überlebenskampf, Plünderungen, Brandschatzungen und Vergewaltigungen. Der Hurrikan „Katrina“, der mit nahezu biblischer Gewalt in einer Geschwindigkeit von 250 Stundenkilometern über New Orleans, das Mississippi-Delta, Louisiana und Alabama kam, begrub einen Landstrich mit den Ausmaßen Großbritanniens unter sich, tötete viele tausend Menschen, machte eine Million zu Obdachlosen und zerstörte 350.000 Häuser.

Die Regierung des vermeintlich mächtigsten und belegbar reichsten Landes der Erde begegnete dem Untergang ihrer Südstaatenmetropole mit der Verhängung des Kriegsrechts und schickte 129.000 Soldaten der Nationalgarde ins Katastrophengebiet. Die internationale Staatengemeinschaft half mit Carepaketen gegen den Hungertod, mit Medikamenten gegen Seuchen – während das Militär verzweifelt versuchte, Reste einer Zivilisation aufrechtzuerhalten, als der Schrei nach Leben in den einstigen Straßen von

New Orleans in einer Orgie aus Enthemenung unterzugehen drohte und Banden Alkohol, Kleidung und Waffen aus den Ruinen der verlorenen Stadt raubten.

Zum zweiten Mal nach dem 11. September 2001 wurden die USA auf grausame Weise ihres Mythos' der Unverwundbarkeit beraubt. Vier Jahre, nachdem Al-Quaida an World Trade Center und Pentagon ins Herz der Weltmacht stieß, traf „Katrina“ ihre Seele. 2001 bezahlten mehr als 3.000 Menschen mit ihrem Leben für das Versagen der Geheimdienste – am Mississippi und am Golf von Mexiko jetzt Tausende für Sorglosigkeit und Überforderung.

Unmittelbar nach den Terroranschlägen von New York und Washington hatte die Bush-Administration ein Heimat-schutzministerium eingerichtet – wer schützte unsere Heimat vor dem Todessturm, fragt sich nun die notleidende Bevölkerung von New Orleans.

Nach dem Massenmord der Jünger Osama bin-Ladens 2001 hatte Präsident George Bush eine weltweite „Allianz der Willigen“ („Wer nicht für uns ist, steht gegen uns“) geschmiedet, um die von ihm selbst ausgemachte „Achse des Bösen“ zu bekämpfen und den internationalen Terrorismus zu besiegen. Madrid und London zeigten, daß dieser Kampf nicht zu gewinnen ist. In Nordkorea und Iran ist seit 2001 neues, kaum beherrschbares atomares Gefahrenpotential erwachsen – unter den Augen der Amerikaner. Bushs globaler Feldzug hat die Vereinigten Staaten in den Irakkrieg geführt – seine Bilanz ist verheerend: 204 Milliarden US-Dollar kostete der Waffengang bis heute – in jedem Monat eine halbe Milliarde mehr als einst der Vietnamkrieg.

Bush war angetreten, dem Diktator von Bagdad Massenvernichtungswaffen aus der Hand zu schlagen und die Demokratie zu bringen. Tatsächlich führte er das Zweistromland in die Anarchie. 23.000 Zivilisten und über 2.000 US-Soldaten verloren durch Krieg und anschließenden Bürgerkrieg ihr Leben. Statt westlicher Demokratie wird der Irak ein schiitisches Mehrheitsregime bekommen, das – seltene Ironie der Geschichte – engste Verbindungen



New Orleans: Ein Soldat der Nationalgarde rettet ein Baby  
Foto: AFP

zu den Erzfeinden Washingtons, den Mullahs im Iran, unterhält. Der Staat, der eine befriedete Zone werden sollte, entwickelte sich überdies unter US-Besatzung zu einem Magneten des fundamentalistischen Terrorismus.

Nur noch 34 Prozent der Amerikaner stehen hinter Bushs Irak-Politik: Es scheint, als würde dem Vietnam-Trauma ein zweites folgen.

In den Stunden, in denen New Orleans versank, warfen Vertreter der amerikanischen Demokraten dem Republikaner-Präsidenten vor, der Irakkrieg habe mit verhindert, daß die Nation sich angemessen auf Naturkatastrophen vorbereiten konnte. George Bush reagierte, indem er 3.000 im Irak stationierte Soldaten an den Golf von Mexiko zurückbeordnete – welch ein Akt der Verzweiflung!

In der Stunde der Not war es ungerechnet der deutsche Kanzler Gerhard Schröder, der den Amerikanern am nächsten zu stehen schien: Er, der mit seiner Verweigerungshaltung im Irakkrieg die transatlantischen Beziehungen in die Nähe der Sollbruchstelle geführt hatte, sagte: „Amerika zu helfen, ist für Deutschland auch eine historische Pflicht.“

Im Ersten Buch Mose heißt es am Ende: „Aber Noah fand Gnade vor dem Herrn.“

Der Leitartikel

## Humanität und danach?

Von Clemens RANGE

**E**s ist 57 Jahre her, daß General Lucius D. Clay am 25. Juni 1948 die Errichtung einer Luftbrücke der US-Air Force für Berlin anordnete. Ein Jahr lang versorgten US-Amerikaner – und an ihrer Seite Briten, Australier, Neuseeländer, Kanadier und Südafrikaner – die geschundene deutsche Stadt bei 275.000 Flügen mit nahezu zwei Millionen Waren.

Dieser erste Akt der Solidarität des Westens für Deutsche seit Ende des Zweiten Weltkriegs war die Reaktion darauf, daß die Sowjets die Berliner Kraftwerke abgeschaltet und das damals von 2,2 Millionen Menschen bewohnte Trümmerfeld von der Außenwelt abgeriegelt hatten.

Der Tag, an dem General Clays erste „Rosinenbomber“ Hilfsgüter nach Berlin flogen, war der historische Beginn der deutsch-amerikanischen Freundschaft: einer Freundschaft zwischen Besatzern und Besiegten.

Ein halbes Jahrhundert später, am Sonntag dieser Woche, landete in Florida ein Airbus der Bundeswehr – an Bord 25 Tonnen Lebensmittel für die evakuierten Opfer der Naturkatastrophe von New Orleans. Zeitgleich entsandten Technisches Hilfswerk und Deutsches Rotes Kreuz Logistikexperten in die USA.

Humanitäre Hilfe aus Berlin für notleidende Amerikaner: für manche Zeitzeugen ein historischer später Dank, für andere die Manifestierung einer Beziehung auf Augenhöhe.

Längst haben sich, seit Deutschland mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 seine volle völkerrechtliche Souveränität wiedererlangte, die Gewichte zwischen Washington und Berlin verschoben. Die Amerikaner zogen große Teile ihrer auf deutschem Boden stationierten Truppen ab – und die Bundesrepublik strebt heute nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (gegen den laut erklärten Widerstand der Amerikaner).

Es war der Vater des heutigen US-Präsidenten, der Kanzler Kohl eine „leadership in partnership“ andiente – eine tragende deutsche Rolle in der Nato. Kohls Nachfolger Schröder gewann 2002 eine Bundestagswahl, auch weil er George Bush junior die Gefolgschaft für einen völkerrechtlich umstrittenen, von der Uno nicht legitimierten Kriegseinsatz im Mittleren Osten verweigerte.

In den letzten drei Jahren pflegten Berlin und Washington ein reines Arbeitsverhältnis. Schröder, der in der Innenpolitik scheiterte, spielte die außenpolitische Karte und begründete, gegen die Amerikaner, die Achse

Paris-Berlin-Moskau. Diesem Experiment wird am 18. September, dem Tag der heraufziehenden Abwahl Schröders, der letzte Arbeitstag beschieden sein.

Und dann brachen Gottes Fluten über Amerikas Südstaaten herein. Im Gestus des Staatsmanns erreichte Gerhard Schröder zum ersten und vermutlich letzten Mal die Herzen jener Amerikaner, die in ihm bis dahin eher einen Renegaten aus dem Alten Europa sahen.

Der Berliner Wahlkampf, dessen heiße Phase keine war, hat sich vorrangig mit dem Niedergang der deutschen Wirtschaft beschäftigt. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den künftigen Leitlinien deutscher Außen- und Sicherheitspolitik fand nicht statt. Mehr als nur bezeichnend dafür stand, daß die Union mit Wolfgang Schäuble einen ehemaligen Innenminister in ihrem „Kompetenzteam“ mit internationalen und strategischen Fragen betraute, während der geborene Koalitionspartner FDP darüber stritt, ob Parteichef oder Fraktionsvorsitzender das Land nach außen vertreten solle. Es mag dabei ins Bild passen, daß der amtierende Außenminister Fischer auf Buch-Präsentationstour ging und sein Kabinettskollege für Verteidigung, Struck, Bundeswehr-Garnisonen per Motorrad besuchte.

Dabei wird sich die Bundesrepublik in den nächsten Jahren die Vorrangigkeit der Beschäftigung mit hausgemachten Problemen am Arbeitsmarkt und in den Kassen nicht leisten können. Die Erweiterung von EU und Nato nach Osteuropa, die gescheiterte europäische Verfassung, Bundeswehreinsetze, eine Reform der Uno, der Abwehrkampf gegen den längst globalen fundamentalistischen Terrorismus im Innern und die Bekämpfung seiner Wurzeln und Ursachen im Äußeren – diese Agenda wird Deutschland nicht als Langzeitprogramm aussitzen können. Angesichts der Schwerwichtigkeit der Themenstellung werden die deutsch-amerikanischen Beziehungen, denen eine Schlüsselrolle zukommt, nicht länger unter fehlender Affinität zwischen den Akteuren leiden dürfen.

So makaber und desaströs der Anlaß auch war, so ermutigend sind seine Folgen: Deutschland hat Amerika nach New Orleans geholfen – und Amerika hat diese Hilfe angenommen: Partnership statt leadership.

Allein: Es fehlt in Berlin ganz offenkundig an politischem Personal, das diesen Weg pflastern könnte. Humanität wird auf Sicht einen außen- und verteidigungspolitischen Gesamtentwurf nicht ersetzen können.

www.preussischer-mediendienst.de

**PMD**

Preussischer Mediendienst

Wir erfüllen alle Literatur-, Musik- & Filmwünsche.

Parkallee 86  
20144 Hamburg  
Telefax: 040 / 41 40 08 58

### Üb' immer Treu' und Redlichkeit

Die „Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel“ (TPG) hat sich aufgelöst und ihr Vermögen in die gemeinnützige „Stiftung Preußisches Kulturerbe“ übertragen. Dies teilte der Vorsitzende der TPG, Max Klaar, vergangenen Sonntag mit. Die Evangelische Kirche, die Stadt Potsdam und das Land Brandenburg hätten sich dafür entschieden, anstelle des originalgetreuen Wiederaufbaus der Kirche ein „internationales Versöhnungszentrum in einem der ehemaligen Garnisonkirche teilweise nachempfundenen Neubau“ zu errichten. Dies entspreche ebensowenig den Zielen der TPG wie die „vorgesehene Symbolumdeutung dieses Gebäudes durch politisch-historische Nutzungsinhalte“, so Klaar.

Ziel der TPG sei es hingegen von Anfang an gewesen, die Garnisonkirche „im Äußeren gänzlich originalgetreu dem früheren Erscheinungsbild“ gleich wieder aufzubauen als Kirche, „wie es ihrer Bedeutung als Denkmal und Symbol des christlichen Preußens entspricht“, als „Ort der christlichen Verkündigung“. Eine „politisch-



Die Potsdamer Garnisonkirche (1735 erbaut, 1968 gesprengt) mit dem stündlich erklingenden Glockenspiel „Üb' immer Treu' und Redlichkeit“ Foto: Archiv

weltanschauliche Nutzung“ lehne sie ab.

Die TPG hat eigenen Angaben zufolge insgesamt über fünf Millionen Euro von 3.232 aktiven Spendern gesammelt. Den Spendern habe die TPG verschiedene Möglichkeiten vorgeschlagen, wie mit ihrem Geld zu verfahren sei. Die große Mehrheit von 95 Prozent hat sich der Spenderumfrage der TPG zufolge dafür ausgesprochen, die eingesammelten Gelder an den neuen „Förderkreis Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel bei der Stiftung Preußisches Kulturerbe“ zu übergeben. Der Förderkreis wurde an dem Tag der TPG-Auflösung gegründet. Wie der bisherige TPG-Vorsitzende Klaar äußerte, arbeitet der Förderkreis für die Zwecke der gemeinnützigen Stiftung. Hierzu zähle auch die Förderung historischer Bauten in Potsdam. „Sollten sich die Ziele der TPG doch noch verwirklichen lassen, dann ist immer noch Zeit, mit dem gesammelten Geld die Turmspielstube für das Glockenspiel, den Altar, die Grablegung Friedrich Wilhelms I. und die Orgel zu bezahlen“, hieß es in der angenommenen Beschlussvorlage des letzten TPG-Vorstands in der Auflösungsversammlung.

Der TPG-Vorstand kritisiert, daß die Evangelische Kirche „aus der Garnisonkirche als ‚Stätte des Stolzes auf unsere Geschichte‘ einen Ort machen (will), an dem wir uns zu schämen haben“. **Hans Heckel**

## Wie die SPD türkische Wähler umwirbt

Die meisten Türken wählen links – ein Stimmenreservoir aus dem die Sozialdemokraten allzugerne schöpfen

Alamanya'ya Güvenelim – auf Deutsch: „Vertrauen in Deutschland“. So steht es auf einer SPD-Werbepostkarte, die sich speziell an wahlberechtigte Türken richtet. Gerhard Schröder schaut freundlich, doch ernst von der Karte. Seine Hoffnung auf Wiederwahl schwindet von Tag zu Tag, zu groß ist der Rückstand von Rot-Grün. Nur eine Wählergruppe, die der eingebürgerten Türken, hält der Regierung bislang die Treue.

Bei der Bundestagswahl 2002 gaben nach einer Umfrage des Essener Zentrums für Türkeistudien 60 Prozent von ihnen der SPD ihr Stimme, weitere 17 Prozent wählten die Grünen. Die Union lag mit 12 Prozent weit abgeschlagen, 5 Prozent der türkischen Wähler entschieden sich für die FDP. Angesichts von nur 6.000 Stimmen Abstand zwischen SPD und CDU ist es nicht abwegig zu sagen, daß die Stimmen der eingebürgerten Türken den Ausschlag gaben für die Wiederwahl von Rot-Grün. Folgerichtig rief das türkische Massenblatt *Hürriyet* Schröder zum „Kanzler von Kreuzberg“ aus.

Die „Deutsch-Türken“ sind eine nicht unerhebliche Wählergruppe. Und Rot-Grün hat dafür gesorgt, daß dieses Stimmenpotential stetig wächst. Das Staatsbürgerschaftsrecht wurde 1999 so reformiert, daß Einwanderer den begehrten deutsche Paß deutlich einfacher erhalten. Nach der Reform stieg die Zahl der Einbürgerungen sprunghaft an, mittlerweile hat sich der Boom wieder etwas beruhigt. Vergangenes Jahr erhielten 127.150 Ausländer einen deutschen Paß, darunter 44.470 Türken.

Pikant ist, daß mehrere zehntausend eingebürgerte Türken anschließend heimlich wieder ihre alte Staatsbürgerschaft beantragt haben. Selbst die türkischen Behörden gehen von bis zu 60.000 illegalen Doppelstaatlern aus. Denn nach geltendem deutschem Recht haben diese Personen ihre deutschen Staatsbürgerrechte, auch das Wahlrecht, wieder verloren. Doch ohne die Mitwirkung der türkischen Behörden können sie nicht ermittelt



Die SPD paßt sich an: Türkinnen vor einem Wahlplakat der Partei Foto: pa

werden. Sowohl Bundesinnenminister Schily (SPD) als auch Bayerns Innenminister Beckstein (CSU) haben diesen Personen aber großzügiges und unbürokratisches Entgegenkommen signalisiert.

Insgesamt sind von den 2,6 Millionen Türken in Deutschland nach Schätzungen bis zu 600.000 wahlberechtigt. Laut Ali Gülen, dem Chefredakteur der Europa Ausgabe von *Hürriyet*, werden 60 Prozent von ihnen zur Wahl gehen. Die SPD umwirbt sie mit der Kampagne „Neue Inländer für Schröder“. Initiator des Aufrufs ist der ehemalige SPD-Europaabgeordnete Öcan Ceyhan. Zu den Erstunterzeichnern gehören türkischstämmige Politiker, die in der SPD Karriere gemacht haben, etwa die Bundestagsabgeordnete Lale Ak-

gün oder die Berliner Abgeordnetenhausmitglieder Dilek Kolat und Ülker Radziwill. Werbematerial in türkischer Sprache wird verbreitet, in Städten wie Hamburg, Stuttgart und Berlin sind Großaktionen geplant. Dafür werden extra aus der Türkei Politiker und Prominente eingeflogen, die Stimmung für Schröder machen sollen.

Die sozialdemokratische und grüne Linke ist seit Jahren bei den Türken die erste Adresse, obwohl viele in kulturellen Fragen eher konservativ denken. Der Grund ist wohl, daß die Gastarbeiter von den Gewerkschaften sozialisiert wurden. Zudem verfährt die Multikulti-Rhetorik der Linken. Allerdings haben Schröders Arbeitsmarktformen bei der türkischen Klientel für Unruhe gesorgt.

Zu einem großen Teil lebt diese vom Wohlfahrtsstaat. In Berlin etwa sind mehr als 40 Prozent der Türken arbeitslos gemeldet. Die Absenkung des Arbeitslosengeldes durch Hartz IV trifft sie direkt. Hakki Keskin, der langjährige Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, erklärte darauf seinen Austritt aus der SPD und steht nun als parteiloser Kandidat auf der Berliner Liste der PDS / Linkspartei.

Trotz des Unmuts über Hartz IV hat die Regierung Schröder in den Augen der türkischen Wähler einen entscheidenden Vorteil: Wie niemand anderes hat sie das Streben der Türkei in die EU unterstützt – gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Deutschen. Diese lehnen nach neusten Umfragen zu 62 Prozent einen EU-Beitritt des kleinasiatischen Landes ab, selbst bei den SPD-Unterstützern verweigert eine knappe Mehrheit von 49 zu 46 Prozent Schröder in dieser Frage die Gefolgschaft. Was für die meisten Deutschen eine Horrorvorstellung bleibt, ist der absolute Traum der eingebürgerten Türken. Sollte ihr Heimatland EU-Mitglied werden, sehen Experten eine Zuwanderungswelle von mehreren Millionen Türken nach Deutschland und Österreich voraus.

Unabhängig davon steigt die Zahl der Türken hierzulande aufgrund ihrer höheren Geburtenrate und eines ungebremsten Familiennachzugs. Vor diesem Hintergrund sorgte der türkische Reiseunternehmer Vural Öger, mittlerweile SPD-Europaabgeordneter, vergangenes Jahr für Aufsehen mit seiner Bemerkung: „Was Sultan Süleyman mit der Belagerung Wiens (1529) begonnen hat, werden wir mit unseren geburtenfreudigen Türkinnen verwirklichen.“ Nachdem es einigen Aufruhr in den Medien gab, ruderte Öger zurück. Er demantierte den Eindruck, er habe einer demographischen Überfremdung das Wort geredet. Innerhalb der türkischen Gemeinde wurden seine Worte aber sehr ernstgenommen. Die „Deutsch-Türken“ werden in jedem Fall in Zukunft eine immer wichtigere politische Rolle spielen. **Pl**

## Opfer der linken »Tugendwächter«

Der »Fall Nietzsche« endet wie ein Sturm im Wasserglas

Die Kritik am sächsischen CDU-Abgeordneten Henry Nietzsche ist folgenlos verbleibt. Nietzsche bleibt bei seinem umstrittenen Wahlkampfmotto „Arbeit, Familie, Vaterland“, das angeblich auch vom französischen Vichy-Regime vor über 60 Jahren verwendet wurde.

Vergangene Woche war der Druck auf den direkt gewählten Abgeordneten aus Kamenz kurzzeitig fast übermächtig geworden. Nicht nur Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD), sondern auch der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, übten scharfe Kritik an ihm. Spiegel nannte Nietzsches Wahlmotto „Arbeit, Familie, Vaterland“ problematisch und forderte ihn auf, das Motto zurückzuziehen. Zuvor hatte Thierse seine Autorität als zweithöchster Repräsentant des Staates in einem Aufruf an CDU-Parteichefin Angela Merkel dafür eingesetzt, daß diese „dem rechtsradikalen Treiben“ von Nietzsche ein Ende setze.

Auch aus der CDU fand sich mit der linksliberalen ehemaligen Bil-

dungspolitikerin Hanna-Renate Laurien eine Stimme, die Nietzsches Motto als „Schleichwerbung für die Rechten“ kritisierte. Dagegen stellten sich führende Vertreter der Sachsen-CDU vor den Abgeordneten. Sowohl Ministerpräsident Georg Milbradt als auch sein Vorgänger Kurt Biederkopf verteidigten das Wahlmotto „Arbeit, Familie, Vaterland“. Biederkopf nannte es eine „Deformation des Denkens“, wenn der Begriff „Vaterland“ mit dem Mißbrauch des Worts

durch die Nationalsozialisten verbunden werde. Von der Basis erhielt Nietzsche Rücken-

deckung. Beim Wahlkampfauftakt des Kreisverbands Riesa-Großenhain gab es laut Pressemitteilung „uneingeschränkte Zustimmung der Parteibasis“. Der Dresdner Staatssekretär Manfred Kolbe (CDU) erklärte, „daß nach den irrwitzigen Maßstäben, die Nietzsches Kritiker anwenden, auch die Steuerfreiheit von Nachtzuschlägen rechtsradikales Gedankengut sein müßte, da diese Steuerfreiheit 1940 von den Nationalsozialisten eingeführt wurde“.

So endete die Jagd auf Nietzsche ohne Abschluß. Statt des Kesseltrei-

bens wirkte die Kampagne zuletzt wie ein Sturm im Wasserglas. Der Münchner Historiker Michael Wolffsohn kommentierte, der Wirbel um Nietzsches Wahlmotto sei bloß eine „scheinheilige Scheinschlacht“. Der sächsische Abgeordnete sei ein Hinterbänkler, der vorgeschoben werde, „um von den wirklichen Problemen abzulenken“, so Wolffsohn. Arbeitslosigkeit, Kinderlosigkeit und ein gestörtes Vaterlandsverständnis seien Aspekte des „Problem-Himalajas“, vor dem die deutsche Politik stünde.

In einem beachtlichen Kommentar in der *Welt* nahm Konrad Adam Nietzsche gegen den Vorwurf des „Rechtsradikalismus“ in Schutz. Wenn sich ein Linker aufs Vaterland berufe, werde dies akzeptiert. „Bei einem Rechten sieht das anders aus. Er will genau das Gegenteil, im Trüben fischen. Der eine gießt Wasser, der andere Öl ins Feuer; wer was tut, darüber entscheiden die Mönche der öffentlichen Tugend“. Für diese stehe jeder „rechts“, so Adam, der „weniger als drei Ehen hinter sich hat, seine Kinder pünktlich zur Schule schickt und Graffiti nicht für Kunst hält.“

Der „Fall Nietzsche“ wirft ein Schlaglicht auf die Debattenkultur in Deutschland. Er zeigt zudem die Mechanismen der Skandalisierung durch linksliberale Medienverbände. Nietzsche wurde vor zwei Wochen erstmalig im Berliner *Tagespiegel* angegriffen. Der als Kampagneninszenierer erfahrene Redakteur Frank Jansen brachte dort das Wahlmotto „Arbeit, Familie, Vaterland“ mit dem französischen Vichy-Regime in Verbindung.

Jansen garnierte seinen Artikel mit erprobten Warnworten bis zum Hinweis auf eine Mitwirkung der Vichy-Regierung bei der „Deportation von Juden in die Vernichtungslager der Nazis“. Damit war eine Verbindung vom harmlos klingenden Dreiklang „Arbeit, Familie, Vaterland“ zum Holocaust hergestellt – der Skandalautomat rastete ein, der „Fall“ nahm seinen Lauf. Diesmal mit glimpflichem Ausgang. **FPP**

Von der Basis erhielt der CDU-Mann Rückendeckung

Die Mechanismen der Skandalisierung werden offenbar

www.preussische-allgemeine.de  
Benutzername/User-ID: paz  
Kennwort/PIN: 9313



Gegen den Vietnamkrieg: Studentenfürher Rudi Dutschke (4.v.l. – in der Lederjacke) inmitten seiner Anhänger

## Dutschkes später Sieg über Springer

Berlin ehrt den Chefagitator des Sozialistischen Deutschen Studentebundes

Von Joachim TJADEN

In Berlin vollendete sich in diesen Tagen ein Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte, an dessen Anfang gesellschaftliche Verwerfungen, Aufbegehren und Irrwege, Gewalt, Blutzoll und Chaos standen: Auf Beschluß der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg wird die Kochstraße im historischen Zeitungsquartier zwischen Friedrichstraße und Lindenstraße in „Rudi-Dutschke-Straße“ umbenannt. Sie wird mithin den Namen jenes Mannes tragen, der in den späten 60er Jahren die Bundesrepublik in ihre bis dahin schwerste Krise geführt hatte – als Anführer einer Revolte und Opfer des Hasses gleichermaßen. Ein deutsches Schicksal: Alfred Willi Rudolf Dutschke kam 1940 im brandenburgischen Schönfeld als Sohn eines Postbeamten zur Welt, der als Freiwilliger an der Ostfront diente. Nach Kriegsende und Gründung der DDR wurde der junge Rudi früh vom Pfarrer seiner Heimatgemeinde in einem „religiösen Sozialismus“ unterwiesen, erlebte als Schüler am 17. Juni 1953 sowjetische Panzer in den Straßen, erfuhr im Westfunk 1956 vom Volksaufstand in Ungarn und ließ sich zum Zehnkämpfer ausbilden.

1957 brach Dutschke mit dem Regime: Offen sprach er sich gegen den Wehrdienst in der Nationalen Volksarmee und für freie Reisen in den Westen aus. Dafür wurde er mit schlechten Abiturnoten abgestraft. Weil ihm überdies das Sportstudium verweigert wurde, mußte er sich in einem Volkseigenen Betrieb zum Industriekaufmann ausbilden lassen. Ab 1960 pendelte Dutschke zwischen Brandenburg und West-Berlin, wo er sein West-Abitur nachholte.

Drei Tage vor dem Mauerbau, am 10. August 1961, setzte er sich ganz in den Westen ab – aus Angst, bei der düster heraufziehenden Teilung der Stadt vom Studium ausgeschlossen zu werden. Am Tag, als Berlin gewaltsam zerrissen wurde, meldete er sich offiziell als DDR-Flüchtling bei der Polizei und beteiligte sich an verzweifelten Versuchen der Westberliner, Mauersteine mit Stricken auszubrechen.

Rudi Dutschke studierte Soziologie an der Freien Universität und fand, beeinflusst von Freunden und

Kommilitonen, zum Marxismus. Er lernte den Kommunisten Dieter Kunzelmann kennen, Gründer einer Münchner „Subversiven Aktion“, für die er in Berlin eine „Mikrozelle“ gründete, die sich als Untergrundgruppe verstand. Dutschke brachte eine eigene Zeitung heraus, die er *Anschlag* nannte, und schloß sich dem Sozialistischen Deutschen Studentebund (SDS) an, in dessen Namen der Republikflüchtling nun plötzlich die „Anerkennung“ der DDR forderte. In Moskau traf er sich mit dem sowjetischen Jugendbund „Konso-

### Springer galt als Symbol der verhassten bürgerlichen Gesellschaft

mol“, in West-Berlin agitierte er gegen Lohnarbeit und Privateigentum als „Unterdrückung und Ausbeutung“. Rasch war Dutschke zum Führer der studentischen Protestbewegung avanciert, die die „entpolitisierte“ Nachkriegsgesellschaft wachrütteln wollte, gegen Kolonialismus in Afrika aufbegehre, den Krieg der Amerikaner in Vietnam als „imperialistisch“ geißelte und Fragen nach der NS-Vergangenheit der Väter stellte. Über den Straßen und an den Universitätsportalen wehten rote Fahnen.

Zur Symbolfigur der bekämpften bürgerlichen Gesellschaft wurde deren mächtigster Verleger: Axel Springer. Er hatte seine Verlagszentrale als selbsternanntes „Bollwerk“ gegen den Kommunismus von Hamburg in die Berliner Kochstraße direkt an die Mauer verlegt. Springer kämpfte in seinen Blättern publizistisch für die Wiedervereinigung und verfolgte einen unverhandelbar proamerikanischen Kurs – den Studenten galt er als „Hetzer“, dem nur mit dem Mittel der Enteignung beizukommen sei. Aus Pankow sekundierte Walter Ulbricht: „Es ist notwendig, die Macht der Herren solcher Meinungsmonopole zu beseitigen“.

Während einer Demonstration gegen den in West-Berlin weilenden Schah von Persien, für die Studentenbewegung ein Unterdrücker von Menschenrechten und Vasall der Amerikaner, wurde am 2. Juni 1967 der Philologiestudent Benno Ohne-

sorg, verheirateter Vater und Glied der evangelischen Kirchengemeinde, vom Polizisten Karl-Heinz Kurras erschossen. Springers *BZ* kommentierte zynisch: „Wer Terror produziert, muß Härte in Kauf nehmen.“

Axel Springer geriet zusehends in die Defensive und wehrte sich: „Genauso wie wir nie die sechs Millionen ermordeten Juden vergessen dürfen, müssen wir uns jeden Tag an die Peter Fechtens erinnern und an alle, die auf die Freiheit warten – in Gefängnissen und Lagern und Irrenanstalten oder sonstwo in diesem riesigen Konzentrationslager, das hier an der Mauer beginnt und bis zum Pazifik reicht.“

Dutschkes Studentenbewegung erhielt breite Unterstützung von intellektuellen, Theologen, *Spiegel*, *Zeit* und *Stern*. Über 100 Schriftsteller, unter ihnen Grass, Lenz und Böll, boykottierten den Verlag an der Kochstraße. Auf der Frankfurter Buchmesse wurden Springers Ausstellungsstände zerstört. In den Hörsälen wurde die Stimmung immer aggressiver, auf „Anti-Springer-Tribunalen“ zu Gewalt gegen Sachen aufgerufen.

Rudi Dutschke hatte inzwischen die amerikanische Theologiestudentin Gretchen Klotz geheiratet und war Vater eines Sohnes geworden. Am Gründonnerstag, dem 11. April 1968, nachmittags gegen 16.35 Uhr wollte Dutschke in einer Apotheke nahe der SDS-Zentrale am Kurfürstendamm/Ecke Joachim-Friedrich-Straße Nasentropfen für seinen Jungen kaufen, als ihm der Anstreicher Josef Bachmann auflauerte und dreimal mit einer Gaspistole auf ihn schoß. Dutschke erlitt schwerste Hirnverletzungen und verlor für lange Zeit sein Sprachvermögen. Bachmann trug zur Tatzeit eine *Bild*-Zeitung bei sich, ihre Schlagzeile: „Stopp Rudi Dutschke!“

Es folgten die schwersten Straßenschlachten seit der Weimarer Republik. Menschenketten im ganzen Land belagerten Druckereien und Redaktionssitze des Springer-Verlages, Zeitungen konnten nur unter Polizeischutz ausgeliefert werden. „Bild hat mitgeschossen!“ lautete der skandalierte Vorwurf. Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger wandte sich in einer Fernsehansprache an die Nation und versprach, „keine gewaltsame Störung der rechtsstaatlichen



Feindbild: 1968 setzten Anhänger von Rudi Dutschke Lieferwagen (Bild oben) des Axel-Springer-Verlages, dem sie eine Mitschuld an dem Attentat auf ihr Idol gaben, in Brand. 2005 benennt der rot-rote Berliner Senat die an die Verlagszentrale angrenzende Kochstraße in Rudi-Dutschke-Straße um. Die Stadt ehrt damit den überzeugten Sozialisten. Dafür muß der ehemalige Berliner Bürgermeister Johann Koch, nach dem die Straße seit 1734 benannt ist, weichen. Fotos (3): pa

Ordnung“ mehr zu dulden. Der Polizei gelang es schließlich, die Unruhen zu beenden. Tief saß der Schock, als bekannt wurde, daß bei den Krawallen ein Fotograf und ein Demonstrant von Steinwürfen tödlich getroffen worden waren.

Josef Bachmann, dem eine Nähe zu Neonazis vorgeworfen, aber nie zweifelsfrei nachgewiesen werden konnte, wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt, im Gefängnis nahm er sich das Leben.

Dutschke verbrachte seine Genesungszeit ab 1969 in der Schweiz, Italien und Großbritannien. Freunde und Berlins sozialdemokratischer Bürgermeister Heinrich Albertz kamen für die Kosten auf. Wegen angeblicher subversiver Tätigkeit wurde er aus England ausgewiesen, kam 1970 als Universitätsdozent nach Dänemark, distanzierte sich 1974 von den ersten Anschlägen der Rote Armee Fraktion und traf sich in der DDR mit den Dissidenten Wolf Bier-

### »Bild hat mitgeschossen« lautete der Vorwurf gegen das Boulevardblatt

mann und Robert Havemann. Er schrieb für linke Zeitungen in den Niederlanden und schloß sich der bundesdeutschen Anti-Kernkraft-Bewegung an. Heiligabend 1979 starb Rudi Dutschke nach einem epileptischen Anfall – Spätfolge des Attentats. Der Tod ereilte ihn in der Badewanne. Am 3. Januar 1980 wurde er auf dem St. Annen Friedhof in Berlin-Dahlem beerdigt. Zur Trauerfeier im Auditorium maximum der Freien Universität fanden sich mehrere tausend Studenten zusammen.

Die 68er Bewegung löste sich ab 1970 auf, viele ihrer einstigen Pro-

tagonisten fanden zurück ins Bürgertum andere machten Karriere in jenen etablierten Parteien, die sie zuvor bekämpft hatten.

Axel Springer starb 1985 – Zerfall der Sowjetunion und Wiedervereinigung erlebte er nicht mehr. Nach seinem Tod wurde der Verlag zusehends unpolitisch und ideologiefreier. Heute verdient er sein Geld auch mit einer Lizenzausgabe des amerikanischen Wirtschaftsmagazins *Forbes*, weltweit geachtetes Zentralorgan des Kapitalismus, für den russischen Markt. Redaktions-sitz ist Moskau: Dort wurde sein erster Chefredakteur im letzten Jahr ermordet, nachdem er mafiose Strukturen im Wirtschaftsleben des ehemaligen Sowjetreiches aufgedeckt hatte.

Im Dezember 2004 initiierte die Redaktion der linksalternativen Berliner *tageszeitung* (*taz*), eines Blattes, dessen Kernleserschaft Studenten bilden, die Umbenennung eines Teiles der Kochstraße in „Rudi-Dutschke-Straße“. Unterstützung fand die wirtschaftlich ums Überleben kämpfende *taz*, deren inhaltliche Wurzeln in der Friedensbewegung zu finden sind, in der Familie Dutschkes, bei Linkspartei und Grünen. In geheimer Abstimmung votierten vor wenigen Tagen letztlich 26 Bezirksparlamentarier dafür, 21 dagegen.

Der Springer-Verlag verlautbarte daraufhin, die demokratische Entscheidung werde „selbstverständlich respektiert“. In einer Erklärung der Chefredaktion der *taz* heißt es unter Hinweis auf die künftige unmittelbare Nachbarschaft der Springer-Zentrale zur „Rudi-Dutschke-Straße“, damit vollziehe sich „auch eine Versöhnung der Lager“.

Versöhnung – oder doch ein stiller später Sieg des einen über das andere? ■

# Der lange Abschied des Medienkanzlers

Schröder kämpft nicht mehr um den Machterhalt, sondern um den Fortbestand der SPD

In 60 Prozent aller Fernsehhaushalte wurden die Deutschen zwischen Husum und Ulm am vergangenen Sonntag Zeuge von den Sendeanstalten im Vorfeld als Vorentscheidung für die Bundestagsneuwahl hochstilisierten Duells zwischen Bundeskanzler und Herausforderin. Nach 94 Minuten war die Legende von dem unschlagbaren Medienkanzler Gerhard Schröder ebenso Vergangenheit wie die lagerübergreifende Erwartung, mit Angela Merkel würde die Auseinandersetzung über Zukunftsfragen der Bundesrepublik schärfere Konturen erhalten.

Das Duell, ausgetragen mit dem Verbal-Florett, nicht mit dem Degen,

hat das gute Recht, die Wahrheit zu sagen und sich immer zu äußern. Sie sagt, was sie denkt, und lebt, was sie sagt.“ Dann fügte der Kanzler einen Satz hinzu, der Angela Merkel ein mildes Lächeln entlockte: „Das ist nicht zuletzt der Grund, warum ich sie liebe.“

Dies klang fast schon wie der Abschied eines Staatsmannes, der sich längst auf dem langen Lauf zurück zu sich selbst befindet – als Privatmann. „Ich will hier rein“, hatte der Jungpolitiker Schröder einst gerufen, als er am Zaun des Kanzleramts rüttelte. Jetzt wirkte es fast wie ein „Holt mich hier raus!“. Ganz sicher aber nahm im Fernsehen eine Politaufführung ihr vorläufiges Ende, die der Hauptdarsteller selber immer auch als Medieninszenierung verstand – eine Rückschau, die am 19. September schon politischer Nachruf sein könnte: Lange Zeit galt Gerhard Schröder als Prototyp sozialdemokratischer Milieukarriere: Im April 1944 in Mossenberg-Wöhrer im Lippischen geboren, der Vater ein reisender Kirmesarbeiter, der mit 32 in Rumänien fiel. Vier Geschwister. Bauhilfsarbeiter, mittlere Reife in der Abendschule, das Abitur auf dem zweiten Bildungsweg, Jurastudium und schließlich Zulassung als Rechtsanwalt. „Ich habe nie vergessen, wo ich herkomme.“

Die Parteikarriere – ein Parforceritt: Mit 19 Eintritt in die SPD (zehn Jahre später auch in die ÖTV). Chef der Jusos zuerst im Bezirk Hannover, dann auf Bundesebene. 1980

das erste Bundestagsmandat, 1986 Oppositionsführer in Niedersachsen. 1990 trat Schröder, als Nachfolger des Christdemokraten Ernst Albrecht, an die Spitze einer rot-grünen Landesregierung in Hannover, schon vier Jahre später konnte er mit absoluter Mehrheit regieren. Zusammen mit dem Saarländer Lafontaine und dem Rheinland-Pfälzer Scharping bildete er eine Troika vom Patriarchen Willy Brandt auserkorener „Enkel“.

Als Landesfürst in Niedersachsen pflegte Schröder an der Seite seiner zweiten Ehefrau Hiltrud („Hillu“) einen die öffentliche Wirkung betonenden Regierungsstil mit Privatflügen zum Wiener Opernball, Curry-Wurst-Streitereien und mediengerechtem Rosenkrieg. Das Modell der „Clintons von der Leine“ war benedtet, als Schröder die Journalistin Doris Köpf kennenlernte.

1998 setzte sich Schröder gegen Lafontaine und Scharping im Ringen um die Kanzlerkandidatur durch, wurde im selben Jahr zum siebten Bundeskanzler gewählt und übernahm kurz danach auch den Vorsitz der SPD. Im Bund startete das „Projekt Rot-Grün“, deren Vornamen wie Joschka Fischer vornehmlich aus der 68er-Bewegung stammten. „Zum Regieren braucht man *Bild*, *Bams*, *Glötze*“, gab Deutschlands erster Medienkanzler als Leitlinie vor. Schröder trug Cashmere und rauchte Cohiba, saß bei Thomas Gottschalk auf dem roten Sofa und trat als Gaststar in der Seifenoper „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ auf – ein Serientitel, der ihm selbst zum Programm geriet: Inspiriert von den Erfolgen seines Londoner Labour-Freundes Tony Blair rückte Schröder die SPD substantiell nach rechts und eroberte rasch mit der Generation der 30jährigen eine „Neue Mitte“, die er ebenso schnell mit dem Zusammenbruch der virtuellen „New Economy“ wieder verlor. Er suchte die Nähe der Wirtschaft, avancierte zum „Genossen der Bosse“ – und vergaß, seine Partei auf seinem Weg mitzunehmen. Als erster Bundeskanzler schickte Schröder Bundeswehrsoldaten in bewaffnete Auslandseinsätze, ließ Atommeiler vom Netz gehen und wagte sich gegen ein Interessenkartell an eine Reform des Gesundheitswesens.

Schröder profitierte von der Spendenaffäre der CDU und spalte-

te die Union bei seiner Steuerreform. Während seine eigenen Popu-

laritätswerte in der Bevölkerung konstant oben blieben, verlor seine Partei Landtagswahlen in Serie und 200.000 Mitglieder, bis er 2004 den Vorsitz entnervt an Franz Müntefering übergab.

Kein Kanzler vor ihm ging so vieler Kabinettsmitglieder verlustig – zwölf Namen, die auch für sieben Jahre Schröder stehen: Lafontaine (Finanzen), Hombach (Kanzleramt), Däubler-Gmelin (Justiz), Müller (Wirtschaft), Funke (Landwirtschaft), Rießer (Arbeit), Scharping (Verteidigung), Bergmann (Familie), Fischer (Gesundheit), Klimmt und Bodewig (beide Verkehr), Naumann (Kultur).

Während das Personal beständig wechselte, blieb Schröder seinem Anspruch als erster deutscher Medienkanzler treu: Nach der Wiederwahl 2002, begünstigt von einer verheerenden Flutkatastrophe im Osten der Republik und einer wiedererstarkten Friedensbewegung, die den Amerikanern nicht in den Irak folgen wollte, holte er sich mit Bela Anda einen Chefreporter der *Bild*-Zeitung als Regierungssprecher, der zuvor als Schröder-Biograph in Erscheinung getreten war.

Aber: Schröder scheiterte, weil das (zu spät angegangene) Herzstück seiner Politik, die notwendige Reform von Arbeitsmarkt und sozialen Sicherungssystemen, im Volk nicht mehr vermittelt werden konnte – der Liebhaber der Medien versagte als Kommunikator: Mit der „Agenda 2010“, in deren Zentrum die nach dem VW-Personalvorstand Peter Hartz unter dem Rubrum „Hartz IV“ firmierende Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe stand, führte Schröder die Menschen nicht hinter sich – sondern auf die Straße. Massenhafte Proteste vor allem im Osten, vielerorts nach dem Vorbild der „Montagsdemos“ aus der Wendezeit inszeniert, setzten ein und trieben schließlich den DGB aus dem von Schröder geschmiedeten „Bündnis für Arbeit“. Am Ende zerbrach die historische Allianz zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Überdies entstand um den Populisten Oskar Lafontaine und den Spätkommunisten Gregor Gysi mit der „Linkspartei“ ein Aufgabebekken auch für enttäuschte Sozialdemokraten, das sich anschießt, in den neuen Bundesländern stär-

ste politische Kraft zu werden und die SPD bundesweit zu spalten.

In den letzten anderthalb Regierungsjahren gingen in Deutschland an jedem Werktag tausend sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren, die Zahl der Arbeitslosen stieg auf offiziell gezählte fünf Millionen. Während das Land kollabierte, ließ sich sein Kanzler am Grab des Vaters fotografieren oder adoptierte, mit freundlicher Unterstützung des Russen Wladimir Putin, eine Waise – Medieneffekte verdrängten Richtlinienkompetenz.

Das Kanzleramt wurde zur Wagenburg, in die sich Schröder, der sich im Zentrum eines gegen ihn gerichteten Komplotts der eigenen Regierungsfaktionen sah, mit den verbliebenen Getreuen zurückzog, bevor er nach dem Verlust der Regierungsmacht an Rhein und Ruhr schließlich aufgab und Neuwahlen anstrebte: wissend, daß die Partei längst die Nach-Schröder-Ära bereitete.

Gute Zeiten, schlechte Zeiten.

Im Berliner „Estrel Convention Center“ hielt Gerhard Schröder drei Tage vor dem TV-Duell noch einmal eine Parteitage Rede. Den 500 anwesenden Genossen und tausend Gästen ward dabei klar, daß der Kanzler nicht mehr für sich, sondern für den Fortbestand der Partei kämpfte: „Angela Merkel will eine andere Gesellschaft, in der für Solidarität und Gerechtigkeit kaum mehr Platz ist. Die Union plant einen Raubtierkapitalismus.“ rief Schröder – und

Schröder brachte die Wähler nicht hinter sich, sondern auf die Straße

ernte zwölf Minuten langen Applaus. 66mal, in Worten: sechsundsechzig, bedankte sich der Kanzler mit der Hammerwerfer-Jubler-Pose und umarmte den anwesenden Porsche-Betriebsratsvorsitzenden Uwe Hück: die symbolträchtige späte Wiederannäherung an die Gewerkschaften.

Allein: 73 Prozent der Deutschen sind inzwischen davon überzeugt, daß der 18. September den Wechsel im Kanzleramt bringen wird. An dieser Einschätzung änderte auch das TV-Duell nichts mehr. Schröders Erfolg vor laufenden Kameras über seine Herausforderin blieb ein persönlicher – seiner Partei half er nicht mehr.

Den Sieg hat der Kanzler verloren – im Reihenhause im Zooviertel von Hannover wartet Tochter Victoria. **ijt**



Gerhard Schröder: In Siegerpose und vor seinem vermutlich letzten großen Auftritt als erster deutscher Medienkanzler im TV-Duell mit Angela Merkel Fotos (2): Boness / Ipon, pa



# 100 Prozent PDS, 0 Prozent WASG

Wahlalternative ist offenbar nur ein von der PDS geplanter West-Ableger

Was zunächst wie das Ergebnis eines spontanen Wutausbruchs am linken Flügel von SPD und Gewerkschaften aussah, ist offenbar von langer Hand geplant gewesen: Die Gründung der „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG) im Sommer 2004 entsprang nach Informationen des ARD-Magazins „Report Mainz“ einem Plan, an dem Strategen der PDS schon seit der Bundestagswahl 2002 gefeilt hatten – allen voran Gysi-Intimus André Brié.

Brié ist Europaabgeordneter der PDS und wie sein Bruder Michael Mitarbeiter der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gleich nach dem Wahldesaster vor drei Jahren – die PDS sackte unter fünf Prozent

seien. Merav Blumenthal vom Landesrat der WASG Nordrhein-Westfalen wettert über die angeblich neue Linkspartei: „Da ist eigentlich 100 Prozent PDS drin und null Prozent WASG.“

Dabei hätten die WASG-Gründer schon frühzeitig allen Grund gehabt, Verdacht zu hegen. So waren von Anfang an bekannte PDS-Aktivisten mit von der Partie und zogen ungeheuer die Fäden bei der „Wahlalternative“: WASG-Bundesvorstandsmitglied Joachim Bischoff beispielsweise ist seit 15 Jahren PDS-Mitglied und kandidierte 1998 für den Bundestag. Irina Nezeri engagiert sich nach „Report“-Informationen für die PDS im Duisburger Stadtrat und ist heute „die rechte Hand des WASG-Vorstan-

des vermutet nunmehr, daß das Geld „von der PDS“ stamme.

Auf den offenen Kandidatenlisten der PDS, auf denen auch die Vertreter der Wahlalternative antreten, finden sich zahlreiche Personen mit Stasi-Verwicklung und seit Jahren vom Verfassungsschutz beobachtete Linksextremisten. Allein elf Mitglieder der linksextremen DKP hat die Linkspartei nach Informationen der *Bild am Sonntag (BamS)* auf den Schild gehoben – wie den Münchener Leo Mayer, der seit 1972 DKP-Genosse sei und nun auf der Landesliste Sachsen für die Linkspartei / PDS antrete. Der Verfassungsschutz beobachtet Mayer nach Angaben der *BamS* seit Jahren wegen „verfassungsfeindlicher Umtriebe“. Den Listenplatz elf in NRW

# Und der Zukunft zugewandt?

Von Günter SCHABOWSKI

Auf der zweiten Tagung des IX. Parteitags will die Linkspartei ihr Wahlprogramm beschließen. Warum ist das rote Retrobündnis mit dem Duo Gysi / Lafontaine aber eigentlich so gefährlich? Was weist Gregor Gysi und Oskar Lafontaine als Problemlöser für unser Land aus? Nicht eine einzige greifbare Leistung! Ihr Programm bedient sich aus dem Inter-shop einer rückwärts gerichteten Verteilungsideologie: Angesichts versiegender Quellen im bundesdeutschen Sozialsystem fällt ihnen nur ein, nach mehr Wasser zu rufen. Und der Zukunft zugewandt? Mit einem seltsamen roten Retrobündnis wollen diese beiden politischen Egomane aufbrechen zu neuen Ufern in der Bundesrepublik.

Juniorpartner ist die WASG, deren Mitglieder nicht einsehen, wieso egalitäre aus öffentlichen Kassen finanzierte Träume aus den 70er Jahren nicht Wirklichkeit werden können. Seniorpartner ist die SED-Nachfolgepartei PDS. Die PDS ist wie die SED, die sie beerbt hat, in ihrer Struktur eine Kaderpartei in kommunistischer Tradition, und sie duldet in ihren Reihen eine extreme doktrinaire Gruppierung wie die kommunistische Plattform. Sie ist nicht nur Seniorpartner, sondern auch Seniorenpartei: Rund 60 Prozent ihrer Mitglieder sind Rentner über 65.

In diesem roten Feierabendheim haben viele immer noch nicht akzeptiert, daß die DDR an sich selbst und nicht an

imperialistischen Ränken den Weg gebracht haben – das vermeintlichen Klassenfeinds gescheitert ist. Ich habe diesen Untergang in verantwortlicher Position miterlebt. Er taugt nicht für sozialromantische Ostalgie: 1989 wurde in einer SED-internen Krisenanalyse bilanziert, daß selbst eine Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung um 25 bis 30 Prozent die Zahlungsfähigkeit des Systems nicht mehr aufhalten könne. Erich Honeckers Versuch, mit der sogenannten Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik ein Minimum kommunistischer Verheißung zu realisieren, hat den Ruin der DDR besiegelt.

Ähnliche Versuche scheiterten von Havanna bis Wladiwostok.

Zurück zu den Protagonisten der Neuaufgabe der sozialistischen Einheitsfront: Gregor Gysi ist von Anfang Galionsfigur einer Partei, die bewußt als Nachfolgerin der SED ins neue Deutschland gegangen ist. Die scheinbar undogmatische und unkommunistisch anmutende Eloquenz seiner locker geplauschten Interviews suggeriert, es hätte auch eine andere, quasi fast schon oppositionelle SED gegeben. Doch das stimmt nicht; als früheres Mitglied des SED-Politbüros würde ich das wissen. Gysi war kein Widerständler im System der SED. Er hat in ihm jahrzehntelang mit Renommee gewirkt.

In der Wendezeit hat er eine klinisch tote Partei reanimiert, die das nicht verdient hat. Wer sich ernsthaft mit den antihumanen Praktiken der DDR-Staatspartei auseinandergesetzt hat, für den konnte es damals keine Fortsetzung der SED-Arbeit geben.

Doch Gysi verstand es, der PDS das Image einer Interessenvertretung der vermeintlich enterbten „Ossis“ zu verleihen, obwohl doch die SED/PDS selbst deren Enterber war.

Soweit die Vergangenheit. Und was hat Gysi nach der Wende geleistet? Erinnern wir uns an sein Gastspiel als Berliner Wirtschaftsminister. Die Bonusmeilen-Affäre sorgte für einen flotten Abflug aus dem Amt, er mußte nicht länger für die Berliner Probleme mithaften. Das Management des Machbaren ist sein Metier nicht. Wohler fühlt er sich in den Sphären sozialistischer Utopie. Hier trifft er sich mit seinem Bündnispartner West, Oskar Lafontaine.

Zum politischen Comeback bewegen die beiden Linksaußen zumindest verbal Milliardensummen. So wollen sie das Arbeitslosengeld II von jetzt 345 Euro im Westen und 331 Euro im Osten auf einheitlich 420 Euro aufstocken. 64 Mrd. Euro mehr will man an Steuern einnehmen, um alle Wohltaten zu bezahlen. Unter anderem soll dafür der Spitzensteuersatz von 42 Prozent auf 50 Prozent steigen. Wie all das hier zu Lande möglich sein soll, wenn ringsum Steuern sinken? Gysi schwafelt von einer internationalen sozialen Marktwirtschaft. Das ist ebenso illusionär wie eine Mindestlohnforderung von 1.250 oder 1.400 Euro monatlich. Sie würde dafür sorgen, daß gering qualifizierte gar keine Beschäftigung mehr finden.

Schier unerträglich ist es, wenn sich Gysi dann auch noch auf die Erfolgsmodelle anderer Länder beruft, die angebotsorientierte Reformen auf den Weg gebracht haben – das Gegenteil also von dem, was Gysi, Lafontaine und Genossen wollen. „Schauen Sie sich doch mal die Länder an, in denen es wirtschaftlich aufwärts geht. Da können Sie Amerika und Großbritannien genauso nehmen wie Schweden. Die haben alle reale Lohnsteigerungen.“ So will uns Gysi einlullen. Er und Lafontaine wollen punkten, indem sie ökonomische Realitäten in demagogischer Weise leugnen.

Mehr als fünf Millionen Menschen wollen das Links-Ländem in den Bundestag wählen, besonders hoch ist der Anteil in Ostdeutschland. Warum, so frage ich mich, wählt man eine Partei, der man nicht zutrauen kann, Zukunft zu gestalten? Wer's dennoch tut, laviert die Demokratie in eine gefährliche Situation.

**Gastkommentar**

■

■

Günter Schabowski wurde 1929 in Anklam geboren. Von 1981 bis 1990 war er Abgeordneter der Volkskammer. Am 9. November 1989 verlas er auf einer Pressekonferenz die Meldung, daß ab sofort die unbeschränkte Ausreise aller DDR-Bürger möglich sei. Im Januar 1990 wurde Schabowski aus der SED / PDS ausgeschlossen. 1999 verurteilte ihn der Bundesgerichtshof in Leipzig zu drei Jahren Haft wegen Totschlags für den Schießbefehl an der Mauer. Berliner Regierender Bürgermeister Wowereit begnadigt Schabowski 2002, und er wurde am 2. Oktober 2002 aus der Haft entlassen.



Der Beitrag erschien am 23. August 2005 in der Financial Times Deutschland



Wer hat die Macht? Oskar Lafontaine oder Gregor Gysi

Foto: pa

und ist seitdem nur noch mit zwei Berliner Direktkandidatinnen im Reichstag präsent – entwarfen die beiden Strategiepapiere, um den Niedergang der SED-Nachfolger zu stoppen. In einem „Report Mainz“-Papier hieß es hinsichtlich der Gründung eines westdeutschen PDS-Ablegers wörtlich: „Es wären Strukturen zu schaffen, die öffentliche Entscheidungen erlauben und jeden Anschein einer einseitigen Instrumentalisierung und Fernsteuerung dieser Struktur durch die PDS oder anderer Gruppen verhindert.“ Mit anderen Worten: Die PDS muß alles in der Hand haben, doch niemand soll es merken. Nicht einmal die direkt Beteiligten: Etliche führende WASG-Gründer machten gegenüber „Report Mainz“ ihrem Ärger darüber Luft, daß sie mißbraucht worden

des“. Und Uwe Hirsch, dem Bericht zufolge eine treibende Kraft bei der WASG-Gründung, war sogar Bundestagsabgeordneter der PDS und Bundesgeschäftsführer seiner Partei.

Auch die Finanzierung ihrer jungen Partei hätte manchen hellhörig werden lassen müssen: Als Geldbeschaffer betätigte sich der Wirtschaftswissenschaftler Axel Troost, der 2002 selbst aktiv war im PDS-Wahlkampf in Sachsen. „Es war phantastisch. Ich brauchte nur anzurufen“, zitiert „Report Mainz“ aus einem Rechenschaftsbericht der WASG-Schatzmeisterin. Anzurufen bei Axel Troost. Der behauptet, die 75.000 Euro, die er für den WASG-Landtagswahlkampf in NRW besorgt hatte, stammten durchweg von „Einzelpersonen“. Merav Blumenthal in-

erhielt Raja Bernard, stellvertretende Vorsitzende des DKP-Bezirks Rheinland-Westfalen. Weitere DKP-Mitglieder auf der Liste der Linkspartei sind Reinhard Püschel (Baden-Württemberg), Justine Wazansky-Krack, Walter Listl (beide Bayern), Bernt Kamin (Hamburg), Georg Fülberth (Hessen), Achim Bigus (Niedersachsen), Horst Bernard (Saarland), Iris Kala (Sachsen) und Bettina Jürgensen (Schleswig-Holstein). Weitere prominente Kandidaten sind der wegen seiner Stasi-Tätigkeit gefeuerte einstige Rektor der Berliner Humboldt-Universität, Heiner Fink, Rolf Kutzmutz, der nach Informationen von „Report Mainz“ über 20 Jahre hinweg Kontakte zur Staatssicherheit unterhalten habe, und Dieter Dehm, der einst seine Genossen der Frankfurter SPD für die Stasi bespitzelt hatte. J. Bremer

# Ein Programm für 130 Milliarden Euro

**Arbeit, Soziales, Wirtschaft:** Hartz IV soll abgeschafft werden, dafür soll länger Arbeitslosengeld I bezahlt werden. Arbeit schaffen will die Linkspartei durch staatliche Projekte. Außerdem wird angestrebt, durch höhere Löhne die Nachfrage zu steigern. Die Unternehmen sollen einen Mindestlohn von 1.250 Euro entrichten müssen. Jedem Alleinstehenden steht ansonsten eine Grundsicherung von 750 Euro zu, eine Familie mit zwei Kindern soll mindestens 1.900 Euro erhalten. Rentner sollen eine gesetzliche Mindestrente von 800 Euro erhalten.

**Schule, Bildung:** Die Linkspartei strebt die Einheitsschule an statt des dreigliedrigen Systems. Kitas und Studium sollen kostenlos sein, sechs

Prozent des Bruttosozialprodukts will die Partei für Bildung aufgewendet sehen.

**Steuern:** Das Steuerrecht soll „von oben nach unten“ umverteilen. Ab 60.000 Euro Jahreseinkommen wäre ein Spitzensteuersatz von 50 Prozent zu zahlen. Vermögens- und Börsenumsatzsteuer will die Linkspartei wiedereinführen, Unternehmensgewinne sollen ebenfalls stärker besteuert werden.

**Verteidigung:** Die Bundeswehr soll auf 100.000 Mann reduziert und umgestaltet werden zu einer Armee, die zu offensiven Operationen unfähig ist. Alle Auslandseinsätze werden abgebrochen, militärische Übungsplätze sollen abgebaut werden.

**Antifaschismus:** Die Linkspartei fordert „mehr öffentliche Unterstützung“, womit wohl Geld gemeint ist, für „antifaschistische und antirassistische Gruppen“.

**Asyl- und Ausländerpolitik:** Abschiebehaft soll es nicht mehr geben, eine „Altfallregelung“ soll allen Ausländern, „die schon länger hier leben“, ein „gesichertes Bleiberecht“ gewähren. Ein „demokratisches Einwanderungs- und Niederlassungsrecht“ soll Einwanderer gleichstellen. Die deutsche Kultur als Leitkultur Deutschlands wird abgelehnt.

Alle Wahlversprechen zusammen kosten nach Angaben der Linkspartei selbst knapp 130 Milliarden Euro. ■



»Moment mal!«

# Die Natur hat schon immer geklont

Von Klaus Rainer RÖHL

Es ist kein Alptraum. Sie sind noch da. Nach sieben Jahren Dilettantismus im Amt. Trittin beispielsweise ist offenkundig nervös, läßt alle Vorsicht und die mühsam antrainierte Geschmeidigkeit fallen. Er verhöhnt die Autofahrer, die Pendler, die Alten, die Berufstätigen und die Arbeitslosen. Der Benzinpreis ist zu hoch? Trittins Rat: Ab und zu das Auto stehenlassen.

Die 10.000 Toten von New Orleans, das maßlose Elend einer ganzen Millionenstadt verhöhnt er auch. Selber schuld! Unterlassener Klimaschutz. Die USA seien das Hauptquartier der Klimaverschmutzer, so der Bundesminister. Präsident Bush verschließe seine Augen vor den Schäden, die seinem Land und der Weltwirtschaft durch mangelnden Klimaschutz zugefügt würden. Es ist der gleiche Geist, aus dem der Mescalero-Aufruf kam. Schadenfreude, Mangel an Mitgefühl. Kälte.

Dabei waren an diesem 31. August 2005 die Toten noch nicht einmal gezählt. So reagierte ein US-Bürger in Spiegel online: „Es wäre höflich, wenn Herr Trittin uns erst einmal Zeit gäbe, die Leichen unserer Toten zu finden und zu begraben, bevor er unsere Trauer für seine Politik benutzt.“ Und nicht nur Graf Lambsdorff fand Trittins Worte „selbstgerecht und gefühllos. Kanzler Schröder müßte den Mann sofort rauschmeißen, meinte der ehemalige Bundeswirtschaftsminister. Doch Schröder dachte gar nicht daran, sich zu distanzieren. Aber er empfahl Trittin offenbar einen Teilrückzug, den dieser am vergangenen Samstag darauf in der linken taz verkündete: „Gerhard Schröder hat gesagt, daß die Bedingungen von entscheidender Bedeutung sind, unter denen politische Fragen gestellt und debattiert werden. Dem stimme ich zu. Als ich den Kommentar schrieb,

war die Nachrichtenlage so, daß das Schlimmste an New Orleans vorbeigegangen ist. Als klar wurde, daß es sich um eine der schlimmsten Naturkatastrophen handelte, standen die Menschen im Vordergrund“. Dann denn doch. Und die taz freute sich: Trittin tritt nicht zurück.

Wohin soll er auch zurücktreten, wenn das Ende seiner Freiflüge und Dienstfahrten naht und die deutsche Gesellschaft die Erinnerung an ihn wie einen bösen Spuk vergessen haben wird?

Im Gegensatz zu ihrem glücklosen Kollegen kann sich Renate Künast, wie er ins Ministeramt gelangt ohne jedes Fachwissen, schmeicheln, als Verbraucherministerin wenigstens bei einem Teil der Verbraucher und der Bauern gepunktet zu haben, durch ihren Kampf gegen Massentierhaltung, mißhandelte Masthähnchen und verseuchtes Viehfutter, die zu einem großen Teil während ihrer Amtszeit anfielen. Besonders gern betont sie, daß Bauern und Verbraucher es ablehnen, „genmanipulierte“ Nahrungsmittel „auf dem Acker und auf dem Teller“ zu haben. Sieht man näher hin, so handelt es sich bei den Bauern hauptsächlich um die sogenannten Biobauern und um eine steigende Anzahl von Verbrauchern aus meist gehobenen Einkommensschichten, also um eher konservative Kreise, die seit jeher „hochwertige“, aber teure Nahrungsmittel konsumieren.

Anfang der 90er Jahre brachten die Grünen das Gerücht auf, daß neben dem Einsatz von Kunstdünger und Schädlings-Bekämpfungsmitteln, aus den USA kommend, genmanipulierte Pflanzen und Tiere auf den Markt gebracht würden, zunächst als Futtermittel. Die manipulierten Gene, wer dachte da nicht gleich an Frankenstein, würden einen noch höheren

Grad der Verseuchung erzeugen als Rinderwahn, Salmonellen, Hühnerpest, Maul- und Klauenseuche und alle anderen Erkrankungen zusammen. Die Folgen der Gen-Manipulation seien unabsehbar wie ein Versuch mit ABC-Waffen. Horror szenarien, ausgedacht an den Universitäten der amerikanischen Ostküste, eroberten bald den linken deutschen Supermarkt der politischen Korrektheit. Was anderswo als Gen-Technik, als Lösung für den Hunger weiter Teile der Weltbevölkerung, durch Nahrungsmangel verursachte Seuchen und Sterblichkeit erfunden und in fast allen Teilen der Welt von den USA bis China angewandt und durch die Forschung mit großen Mitteln zu weiterem Wachstum befördert wird, hieß bei uns von Anbeginn Gen-Manipulation. Die im Grunde irrationale Weigerung, die Probleme der Welternährung und -gesundheit wissenschaftlich zu lösen, führte in der Welt der Grünen zu grotesken Zwangsvorstellungen, wie immer in Verbindung mit einem ebenso irrationalen Anti-Amerikanismus. Sauber sein wie die Natur, war die Devise, wie die Umwelt, die einst sauber war, nicht mehr ist, wieder sein soll. Was die Natur geschaffen hat, soll der Mensch nicht umklonen. Dein Freund, der Baum. Schonender Abbau der Ressourcen durch die Indianer, Eskimos, Pygmäen, Aborigines. Nachhaltigkeit.

Hört sich gut an, stimmt bloß nicht. Die Natur hat schon immer geklont und Gen-Technik angewandt und seit Anbeginn durch Mutationen und deren Vererbung Millionen von Genen „manipuliert“, ohne die es die so hartnäckig verteidigte Artenvielfalt gar nicht gäbe. Seit dem Beginn der Ackerbau- und Viehwirtschaft hat der Mensch durch Züchtung neuer Arten, beispielsweise von Kühen, die immer mehr Milch gaben, und von Getreide, das immer mehr Körner trug, neue

Arten und Rassen mit veränderten Genen herangezüchtet. Das dauerte manchmal Jahre, manchmal Jahrtausende. Gelegentlich dauert es gar nicht so lange. Den Blumenkohl beispielsweise gibt es erst seit rund 1.000 Jahren.

Renate Künast sagt der Hausfrau, wo es lang geht beim Kochen. Im Grunde ist die Wirtschaft die Feindseite, die dauernd Schadstoffe in die Suppe tut. Die Verbraucherschutzministerin sagt uns, was wir vermeiden sollen. Eigentlich so ziemlich alles. Bis in das Fleisch und die Knochen hinein. Die Rinder, die Schweine, die Hühner und sogar die Fische im Wasser können Gen-Mais gefressen haben oder andere genmanipulierte Pflanzen, bald vielleicht auch Tiere. Deshalb unterstützt die Ministerin auch die gewalttätigen Ausschreitungen gegen Bauern, die Gen-Mais anpflanzen oder die Grünen-Partei plakatiert im Wahlkampf eine Faust, die offenbar schon matschige Gen-Tomaten zerquetscht. Mach mit! heißt die ziemlich unverblühte Aufforderung. Gegen die USA. Gegen den Globalismus. Neid-Gesellschaft gegen Gen-Gesellschaft. Die Amerikaner und die deutschen Pharmafirmen wollten mit der Gen-Industrie nur Geschäfte machen, heißt es. Klar wollen sie das, sonst wären sie keine guten Geschäftsleute. Aber unbestritten ist auch der Nutzen der neuen Produkte für die Armen und Hungrigen in der Dritten Welt, heute schon fast die Hälfte der Erdbevölkerung, mit steigender Tendenz. Der Hunger hat noch zugenommen, die Anzahl der Aids-Kranken droht ganze Landstriche zu entvölkern. Mais aber ist, neben Reis, die Hauptnahrung der Weltbevölkerung. Die Ernten sind bedroht durch Dürre und Schädlinge aller Art. Genveränderter Mais ist nicht so an-

fällig gegen Pilze und Bakterien und braucht nicht so viel Wasser. Die Ernten sind besser, der Mais – und das damit ernährte Vieh, billiger. Die Aids-Seuche, von der in Afrika jedes zweite Kind befallen ist, kann durch gen-veränderte Medikamente – vielleicht – endgültig gestoppt werden. Sonst vermutlich nie.

Aber das alles spräche ja für Gen-Technik! Hunger, Elend und Krankheiten ein für allemal beseitigen. Träume, goldenes Wenn. Doch die grüne Basis und die grünen Fundisticken anders, träumen von der Unberührbarkeit der Natur, der Wiederkehr des goldenen Zeitalters mit Windmühle, Sonnenenergie und Rapsöl, computergestützt. Ehrfurcht vor dem Leben, vor der Natur, vor der Heimat, vor dem Überlieferten, unbedingte Gewaltlosigkeit wollten die Ur-Grünen, die 1977 die Partei gegründet hatten. Doch die sind im Zuge der Machtergreifung der Gewaltbereiten um Fischer und Trittin längst aus der Partei gedrängt worden oder gestorben.

Nicht natur-religiöse Vorstellungen bestimmen ihr Handeln, sondern Vernunft. Sie können ganz gut rechnen, sonst wären sie nicht Minister oder Ministerin geworden. Und das möchten sie bleiben. Wollen wir das?

Alles ab 18. September nur noch Geschichte? Ein böser Alptraum, aus dem wir aufgewacht sind? Vorsicht. Die Schlacht ist noch nicht geschlagen. Nicht jeder hat so schön vorgesorgt wie der Außenminister Joseph Fischer. Die anderen grünen Dienstwagenfahrer und „Miles-and-more-Flieger“ kämpfen mit dem Rücken zur Wand. Hinter ihnen ist nichts und vor ihnen liegt eine düstere Zukunft. Sie werden mit allen Mitteln kämpfen. Bitte noch nicht aufatmen. Durchwählen. ■



Gedanken zur Zeit:

# Behörde begeht Rechtsbruch

Von Wilfried BÖHM

Unter „headline“ „big news. small size“ in großen Lettern werben baby-gesichtig die vier Politik-Stars des gegenwärtigen Wahlkampfes Merkel, Schröder, Westerwelle und Fischer von Großplakaten für die neue kleinformatige Welt Kompakt. Sie soll als „kleine Schwester“ der Tageszeitung Die Welt mit einer aufwendigen Imagekampagne in die Offensive gehen, um eine „junge, gebildete und kaufkräftige“ Zielgruppe zu umwerben.

Diese in anglomanischem Kauderwelsch gehaltene Werbung aus einem großen deutschen Verlagshaus erscheint rechtzeitig zum „Tag der Deutschen Sprache“ am 10. September. Dieser Tag, der die Erhaltung deutscher Sprachkultur anmahnt, wird in diesem Jahr zum fünften Mal begangen. Ausgerufen hat ihn der Verein Deutsche Sprache e.V (VDS), dessen Vorsitzender, der Dortmunder Statistik-Professor Walter Krämer dazu unter Bezug auf Novalis feststellt: „Sprache ist Ausdruck des Geistes“. Aus welchem Geist die Werbung für die neue „Baby-Welt“ ist, liegt auf der Hand.

Treffend hatte der VDS unlängst den Direktor des kulturell höchst bedeutenden Städel-Museums in

Frankfurt am Main Professor Herbert Beck zum „Sprachpanser des Jahres“ gewählt. Lädt doch Beck zu „Unfinished Print“ und „Art after Work“ mit anschließendem „Get-together“ ein, inklusive „Member's Night“ in der „Holbein's Lounge“. Dazu meint Krämer für den VDS, er habe nichts

## Nicht nur mit Ausländern wird in Deutschland auf Englisch gesprochen

dagegen, daß Beck mit seinen ausländischen Besuchern Englisch spreche. „Aber warum redet er denn nicht mit seinen deutschen Kunden und Gästen deutsch?“ fragt Krämer.

Der „Girl's Day“, den Deutschlands Kultusminister in den Schulen unseres Landes zelebrieren, ist schlimm genug. Doch auch Hans Eichels Bundesfinanzministerium kommt dem deutschen Steuerbürger mit einem neuen englischen Begriff daher. Die neue „Steuernummer für die elektronische Abwicklung“ heißt „eTIN“, was heißen soll: „electronic Tax-payer Identification Number“.

Das heißt, daß die Finanzverwaltung des Bundes mit den Steuerbürgern Englisch redet und damit gegen die Abgabenordnung des Bundes verstößt, deren Paragraph 87 bestimmt: „Die Amtssprache ist Deutsch. Werden bei einer Finanzbehörde in einer fremden Sprache Anträge gestellt, kann (diese) verlangen, daß unverzüglich eine Übersetzung angefertigt wird.“

Wenn schon in den Medien, in anerkannten Kultureinrichtungen und von staatlichen Behörden Schindluder mit der deutschen Muttersprache betrieben wird, dann ist es kein Wunder, daß in vielen privaten und gesellschaftlichen Bereichen der Sprachverfall mehr und mehr um sich greift. Die Warsteiner Montgolfiade GmbH veranstaltete unlängst ein Fest für die ganze Familie mit „Night-glovs“, „Special Shapes“, „Ladies Cup“, mit „After Work Party“ und „After Ballooning Party“. In vielen „Back stops“ gibt es „coffee to go“. Die Stadt Weimar, die einst ihren Dichtern Goethe und Schiller vor dem Deutschen Nationaltheater ein Denkmal errichtete, hat heute ein Parkleitsystem, das zum „Welcome Center“ führt ...

Nicht anders im Sport: Die Weltmeister im Biathlon Uschi Disl und

Sven Fischer drehten ihre Ehrenrunden zwar mit der schwarz-rot-goldenen Fahne, auf ihren Jacken aber steht „Germany“, während selbstverständlich die Norweger mit „Norge“ und die Italiener mit „Italia“, die Polen mit „Polska“ und die Dänen mit „Danmark“ auftreten. Der Deutsche Fußballbund bietet in seiner „DFB-Fan-Corner“ Schreibsachen auf Englisch an: „Back to Football – Back to School“ – und wechselt dabei noch „Soccer“ und „Football“.

Das Ärzteblatt beklagte unlängst, daß man sich in manchen Kliniken kaum noch verstehe und karikiert

## Problembewußtsein wächst – leider nur sehr langsam

den Klinik-Alltag: „Nachdem der Aufsichtsrat über den neuen CEO (chief executive officer) in unserer Klinik per Dienststanweisung nun den Spirit des TQM (total quality management) atmen läßt und wir eine Selbstbewertung nach EFQM (European Foundation for Quality

Management) durchgeführt haben, setzen wir nun die Ergebnisse des Feedbackberichts konsequent um ... Immer wichtiger wird der Bereich CRM (Customer Relationsip Management), so daß wir eine eigene Public-Relation-Abteilung eingerichtet und ein neues Corporate Design entwickelt haben ...

Doch es gibt auch Lichtblicke, die zeigen, daß nicht nur am „Tag der Deutschen Sprache“ das Problembewußtsein in den deutschen Alltag tritt. Dieter Brandes, Ex-Geschäftsführer von Aldi, sagt dazu: „Bei Aldi spricht man die einfache Sprache, die jeder Kassierer, jede Kassiererin und alle im Lager Arbeitenden verstehen. Das sollten sich die Chefs der Deutschen Bahn, der Telecom und der Werbeagenturen hinter die Ohren schreiben: Was viele Menschen als Quatsch empfinden, ist meist Quatsch!“

Mit anderen Worten sagte es Marcel Reich-Ranicki: „Das, was sich jetzt mit dem Englischen im Deutschen abspielt, ist ziemlich lächerlich und abscheulich. Man sollte sich dieser ungewöhnlichen Verfremdung energisch widersetzen.“ Er und Dieter Brandes haben recht. ■

# Koizumis letztes Gefecht?

In den vorgezogenen Wahlen entscheidet sich, vor welchem Wandel Japan steht / Von Albrecht ROTHACHER

Noch überraschender als Deutschland kam Japan zu seinen Neuwahlen des Unterhauses. Anfang August fielen die Postprivatisierungsgesetze von Premier Junichiro Koizumi (63) nach einer Rebellion in den eigenen Reihen im Oberhaus durch. Prompt ließ der zürnende Koizumi, der damit eine Vertrauensfrage verbunden hatte, das Unterhaus, das seiner Vorlage im Juli nur knapp zugestimmt hatte, auflösen, um seine Reputation zu retten und die Rebellen abzustrafen. Die Neuwahlen setzte er für den 11. September an.

Zur Überraschung aller Experten, die dies für politischen Selbstmord hielten, kam der medial dramatisch zelebrierte Befreiungsschlag beim Wahlvolk zunächst gut an. Die Umfragewerte schnellten auf Zustimmungsraten von 53 Prozent. Doch hat nun auch die Opposition nach anfänglicher Überraschung Tritt gefaßt und schilt Koizumi diktatorischen Verhaltens, zumal seine Taktik, die 37 Parteirebellen des Unterhauses aus der Regierungspartei herauszuwerfen und in ihren Wahlkreisen neurekruitierte „Killerkandidaten“ gegen sie aufzustellen, nicht überall gut ankommt. Dazu hat sie angesichts der desolaten Staatsfinanzen, der stagnierenden Wirtschaft, einer unpopulären Rentenreform und eines ebenso unbeliebten Auslandseinsatzes japanischer Truppen im Irak nicht eben wenig Munition gegen den begnadeten Selbstdarsteller im Amt des Regierungschefs. Die Wahlen versprechen also spannend zu werden. Dies ist in Japan, wo die national-konservative Liberaldemokratische Partei (LDP) seit ihrer Gründung 1955 mit Ausnahme weniger Monate ununterbrochen herrscht, eher ungewöhnlich.

In Duell zweier oft programmatisch kaum unterscheidbarer konservativ orientierter Kandidaten entscheidet in Japan weniger die telegene Ausstrahlung ihrer jeweiligen nationalen Parteispitze als die konkreten Wohltaten, die der Kandidat bisher für den

Wahlkreis und sein lokaler Unterstützer aus dem reichen Tokio locker gemacht haben, sowie die Vielzahl Geschenke des Abgeordneten für seine lieben Wähler. Dies kommt teuer, und wird nur dann etwas billiger, wenn man den Wahlkreis vom Vater und möglichst auch Großvater erbt hat. So lassen sich Loyalitäten leichter übertragen. 150 Abgeordnete betreiben die Politik schon als erbliches Familienunternehmen. So auch Premier Koizumi. Der Finanzbedarf zur karriereentscheidenden Wahlkreis-

## Der Premier erlebte eine Meuterei in seiner Partei

pflege bleibt auch nach allen Reformen der vergangenen Jahrzehnte hoch. Und auch bei sicheren Wahlkreisen reichen die staatlichen Zuweisungen kaum. Deswegen hängt selbst der sauberste Abgeordnete von Spenden ab, wobei die lukrativsten stets die der von öffentlichen Aufträgen lebenden Bauwirtschaft sind.

So kam es, daß Japan seit dem Ausbruch seiner Stagnationskrise ab 1992, statt wie in Deutschland den unproduktiven Sozialstaat aufzublähen, mit sage und schreibe 1.000 Milliarden Euro die Bauwirtschaft durch öffentliche Schulden, die mittlerweile 160 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmachen, alimentierte. So wurden unverdrossen Tunnel zu halbverlassenen Weilern gebohrt, Brücken ins Nichts gestellt, 60 Prozent der Küste zubetoniert, so gut wie alle Bergbäche kanalisiert und die meisten Berge in Küstennähe zur Landgewinnung gesprengt oder angebaggert, ein ästhetischer und ökologischer Frevel an der herrlichen Insellandschaft ohnegleichen. Koizumi, dessen vom Rüstungsminister des Weltkriegspremier Hideki Tojos, Kishi, begründete patriotische Fraktion der Bauindustrie weniger nahesteht, suchte dem Bauwahn des neu-

en „Konstruktionsstaates Japan“ Einhalt zu gebieten. Allein wegen der Wichtigkeit der Bauwirtschaft in der von der industriellen Abwanderung nach China bedrohten japanischen Provinz mit nur gemischtem Erfolg.

Ursprünglich stieß die Privatisierung der Post auf wenig öffentliches Interesse. Zuvor hatte Koizumi ohne viel öffentliches Aufheben die hochdefizitären Autobahngesellschaften privatisiert. Die Eisenbahn war schon 1987 nach wesentlich mehr Leidenschaften vom damaligen Premier Yasuhiro Nakasone privatisiert worden, auch um den militanten Eisenbahngewerkschaften, die als einzige in Japan noch zu streiken wagten, erfolgreich das Genick zu brechen.

Bei der Post dagegen, die mit 2,4 Billionen Euro Spareinlagen und 900 Milliarden Euro Lebensversicherungsprämien das größte gesammelte Sparkapital der Welt kontrolliert, kam der Widerstand von der Baulobby in der eigenen Partei. Finanzieren doch die Sparmilliarden der Post durch den Kauf staatlicher Schuldscheine einem Schattenhaushalt namens Investitionskreditprogramm, mit dem ein Gutteil der Bauprojekte auf Pump bezahlt wird. Gleichzeitig werden die meisten der 25.000 Postämter mit ihren 400.000 Bediensteten als Familienbetriebe geführt, wobei der Vorsteher sehr erfolgreich Stimmen für den örtlichen LDP-Kandidaten werben kann.

Sollten bei den Wahlen, was wahrscheinlich ist, die nach dem Ausschluß der Rebellen verlorenen Mandatszahlen nicht wieder erobert werden können, dürften Koizumis Tage gezählt sein. Gelänge ihm wider Erwarten dagegen ein Erdrutschsieg, würde sein präsidentieller Stil bestätigt. Nicht nur würde der Widerstand gegen seine Reformen zum Schweigen gebracht, Japan würde in die Lage versetzt, aus seiner Strukturkrise durch weitere deregulierende Reformen auszuberechnen. Es könnte dann durch seine strukturpolitische Reformen und sein außenpolitisches Selbstvertrauen einer neuen deutschen Regierung zum Vorbild werden. ■



Nicht immer nur staatstragend: Auch Koizumi gibt sich gerne volksnah  
Foto: Corbis

## Kurden-Unruhen im Iran

Im iranischen Teil Kurdistans, in den ans irakische Kurdengebiet grenzenden Provinzen, kam es in den vergangenen Wochen zu Unruhen mit Dutzenden Toten und Hunderten Verletzten. Nicht weiter erstaunlich, werden die Kurden doch auch im Iran unterdrückt – wenngleich nicht so arg wie in der Türkei oder unter Saddam Hussein. Warum aber wurde international darüber kaum berichtet? Müßte nicht gerade jetzt, da wegen eines angeblichen oder wirklichen Atomprogramms massiver Druck auf den Iran ausgeübt wird, alles aufgegriffen werden, was das Land in Verruf bringen kann?

Das Regime macht einfach „Hooligans“ für die Unruhen verantwortlich. Teheran will weder das Nationalitätenproblem zugeben noch Schwäche zeigen, indem es fremde Agenten beschuldigt – deren Auftraggeber ihrerseits kein Interesse an Publizität haben können. Da der neue iranische Präsident Ahmadinedschad führend an der Niederschlagung früherer Kurdenaufstände beteiligt war, kann seine Bestellung die jüngsten Konflikte ausgelöst haben – oder Gelegenheit gewesen sein, sie von außen „spontan“ ausbrechen zu lassen. **RGK**

## Neuer orthodoxer Patriarch von Jerusalem

Die griechisch-orthodoxe Bischofssynode von Jerusalem wählte Ende August einstimmig ihren neuen Patriarchen, Theophilos III. Obwohl die Gläubigen zu 98 Prozent arabische Palästinenser sind, wurden – wie auch im vorliegenden Fall – bisher immer gebürtige Griechen zu Bischöfen bestellt. Die Wahl wird von den anderen christlichen Kirchen begrüßt, denn Theophilos hatte sich als Oberaufseher über die Grabeskirche stets bemüht, Streitigkeiten um die heiligen Stätten beizulegen. Dank der von ihm aufgebauten Beziehungen zum Fürstenhaus von Qatar konnte in dem Emirat, das historisch zum Patriarchat von Jerusalem gehört und in dem zahlreiche christliche Araber arbeiten, sogar eine orthodoxe Kirche errichtet werden. In Jerusalem besteht neben dem orthodoxen und dem armenischen Patriarchat auch ein lateinisches, das in der Person von Michael Sabbah erstmals ein Palästinenser innehat.

Der bisherige orthodoxe Patriarch Eirinaios war wegen mehrerer Skandale von der Bischofssynode abgesetzt und von einem Diözesangericht zum Mönch degradiert worden. Ausschlaggebend war letztlich, daß er Liegenschaften des Patriarchats an israelische „Investoren“ verkauft beziehungsweise langfristig verleast hatte (vgl. Folge 22). Der Streit um das Patriarchat ist damit aber noch nicht beendet, denn die Wahl eines neuen Patriarchen muß von Jordanien, von der palästinensischen Autonomiebehörde und von Israel gebilligt werden. Das höchste Gericht Israels hat zwar die von Eirinaios gegen seine Absetzung eingebrachte Anfechtung abgewiesen – allerdings nur wegen „Unzuständigkeit“. Und die Haltung der israelischen Regierung ist vorerst nicht abzusehen. Theophilos tritt auch in anderer Hinsicht ein schweres Amt an, denn das Patriarchat ist hoch verschuldet. **G. K.**

# Von Verdächtigungen überschattet

Österreichs Regierungsparteien werden bei Landtagswahlen vermutlich abgestraft / Von R. G. KERSCHHOFER

Ein Drittel der österreichischen Stimmbürger ist im Oktober zu Landtagswahlen aufgerufen: Am 2. in der Steiermark, am 9. im Burgenland – beides zum regulären Termin – und am 23. in Wien, wo die Wahlen um ein halbes Jahr vorgezogen werden. Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) hatte dies schon vor dem Sommer beschlossen, das Datum aber erst nach Rückkehr vom gewohnten Toskana-Urlaub bekanntgegeben. So tut man's als unumschränkter Herr einer Kaderpartei mit absoluter Mandatsmehrheit. Warum dann eigentlich die Vorverlegung? Häupl hatte versucht, die christdemokratische ÖVP mit dem „Kostenargument“ dazu zu bewegen, auch die im Herbst 2006 fälligen Nationalratswahlen vorzuziehen und zugleich mit den Landtagswahlen abzuhalten. Daß Bundeskanzler Schüssel auf die Bauernfängerei nicht hereinfliegen würde, war abzusehen.

In allen drei Bundesländern wird auch die Bundespolitik gehörig mitspielen, was – wie meistens bei „Wahlen zwischendurch“ – der Opposition nützt. Egal wer aktuelle Probleme verursacht hat, irgendwie bleiben sie an der Regierung hängen: So etwa die steigende Arbeits-

losigkeit oder das Chaos mit deutschen „Numerus-clausus-Flüchtlingen“ an den Universitäten. Und Gerüchte, daß die Regierung eine allgemeine Pkw-Maut plane, werden vom rechtsliberalen BZÖ-Verkehrsminister Alfons Gorbach so eifrig dementiert, daß ihm keiner glaubt.

In der Steiermark hatte die ÖVP mit Landeshauptmann Waltraud Klasnic – sie besteht auf „Hauptmann“ – anfänglich beste Karten, zeigt aber deutlichen Verschleiß: Der einst als Kronprinz gehandelte Landesrat Hirschmann wurde zunächst in die mehrheitlich landeseigene Elektrizitätsgesellschaft abgeschoben, machte sich dann als Aufdecker bemerkbar, tritt jetzt mit einer eigenen Liste an – und ist seinerseits mit Verdächtigungen konfrontiert. Die ÖVP wird auch durch eine Korruptionsaffäre um den bekannten Tierpark Herberstein in schiefes Licht gerückt und könnte erstmals auf den zweiten Rang abgleiten. FPÖ, BZÖ und die Liste Hirschmann werden kaum die Fünf-Prozent-Hürde schaffen und scheiden als Königsmacher für die ÖVP aus. Durch Protestwähler könnte aber die KPÖ nach langer Abwesenheit wieder in den Landtag einziehen. Allgemeiner Linksrutsch also.

Im Burgenland mit relativer SPÖ-Mehrheit ist die „Bank Burgenland“ vorrangiges Wahlkampfthema. Das Institut war 2000 durch den Großbetreiber Thom alias Hom-Rusch um 2,4 Milliarden Schilling geprellt worden. Während Thom, der in Deutschland zu fünf Jahren verurteilt wurde, längst auf freiem Fuß ist, blieb die Bank auf den faulen Krediten sitzen und konnte nur mit Landeshilfe gerettet werden. Landeshauptmann Hans Niessl trachtete, die Bank noch vor den Wahlen zu verkaufen und zwar an den umstrittenen österreichischen Investor Kovats. ÖVP und Grüne waren dagegen. Die FPÖ, mit deren Hilfe die SPÖ die nötige Mehrheit im Landtag bekommen hätte, verlangte eine Prüfung durch den Bundesrechnungshof – worauf Kovats sein Angebot zurückzog. Der SPÖ scheint es nun zu gelingen, aus der „Verhinderung durch die anderen“ Kapital zu schlagen. Das BZÖ ist im Burgenland nicht existent. Aber auch die FPÖ muß um den Einzug in den Landtag bangen.

In Wien wird mit einem neuerlichen Erfolg der SPÖ gerechnet. ÖVP und Grüne ringen um Platz zwei, den bis zur Abspaltung des BZÖ die FPÖ innehatte. Das BZÖ dürfte mit zwei oder drei Prozent die Hürde nicht schaffen, aber die FPÖ

entsprechend schwächen. Spitzenkandidatin der Grünen ist eine gebürtige Griechin, die als Studentin nach Österreich kam. Mit Ausnahme der FPÖ haben alle Parteien auch eingebürgerte Türken nominiert – auf den Wahlkampfkalendern findet man daher Moscheenbesuche und „Hochzeitsbesuche bei Türken“. Da Einbürgerungen bisher Landessache waren und das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt wurde, wird „Einbürgermeister“ Häupl vom Türken-Potential am meisten profitieren. In seiner Selbstherrlichkeit will er aber auch die Grünen übertrumpfen – mit Forderungen nach einem Dosenpfand (was ohnedies Bundeskompetenz wäre) und einem verschärften „Autos raus“. Daß er genau damit noch mehr Betriebe und Kaufkraft ins Umland abdrängt, spielt keine Rolle, denn an der in Wien überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit ist ohnehin die Regierung schuld.

Die Wahlergebnisse werden auch die Bundespolitik beeinflussen. Innerhalb der ÖVP könnten sie eine Vorentscheidung zwischen Großkollaboranten und Befürwortern von Schwarz-Grün bringen. Vor allem aber wird sich zeigen, ob Jörg Haider BZÖ außerhalb Kärntens eine reale Größe ist oder nur Phantom. ■

## Ist Haider's Partei eine reale Größe oder nur ein Phantom?

## Deutsche werden in der Türkei diskriminiert

**Betr.: „Zwischen Konstantinopel und Istanbul“ (Folge 32)**

Der Verfasser des Berichts, ein in der Türkei tätiger deutscher Pfarrer, klagt über die Lage der Minderheiten in seinem Gastland. Er hofft auf eine Änderung bei einem EU-Beitritt der Türkei. Die Vorstellung, eine Aufnahme in die EU würde Islamisten und ihre Anhänger von ihren Umtrieben abbringen, ist reines Wunschdenken. Im Gegenteil: Mit EU-Pässen ausgestattet haben sie deutschlandweit, europaweit und weltweit beste Möglichkeiten, die ihnen verhaßte westliche Kultur, „Juden und Kreuzritter (also Christen)“ noch leichter zu bekämpfen.

Wenn die türkische Regierung umfangreiche Reformen auf den Weg bringt, muß das nicht bedeuten, daß der ausführende Staatsapparat diese auch zügig umsetzt. Was die Türkei unter Vertragstreue versteht, zeigt folgendes deutsch-türkisches Beispiel: Im Jahr 1952 wurde zwischen der BRD und der Türkei die Wiederanwendung des deutsch-türkischen Niederlassungsabkommens vom 12. Januar 1927 vereinbart, das sich mit dem Status der Angehörigen der beiden Staaten beim Aufenthalt im anderen Land befaßt.

Die Türkei hält sich nicht an das Abkommen. Andererseits wagt es unsere Regierung nicht, das Abkom-

men zu kündigen. Während prinzipiell jeder Türke in Deutschland ein kleines Geschäft, eine Änderungsschneiderei, ein Restaurant und so weiter aufmachen kann und auch Grundstücke ohne räumliche Beschränkung erwerben darf, ist dies Deutschen in der Türkei nicht erlaubt. Es gibt über 30 türkische Gesetze, die eine Erwerbstätigkeit von Deutschen in mehr als 50 Berufen und sogar den Grundstückserwerb verbieten.

Die Moral von der Geschichte: Damit auch Deutsche in der Türkei die Rechte haben, wie die Türken in der BRD, müssen wir die Türkei in die EU aufnehmen. **Karl-Heinz Schüler, Baden-Baden**

## Rostock ehrt ungestört Ehrenburg

**Betr.: „Marinesko“ (Folge 30)**

In dem Artikel wird zu Recht beanstandet und beklagt, daß ein Flugzeug der Aeroflot auf den Namen „Alexander Marinesko“, verantwortlicher Kapitän des U-Bootes, das die „Wilhelm Gustloff“ versenkt hat, getauft werden soll.

Ist es aber nicht noch beschämender, daß die Hansestadt Rostock den berechtigten Anstifter zu Mord und Totschlag an der deutschen Bevölkerung und zur Vergewaltigung der deutschen Frauen Ilja Ehrenburg „ehrt“: So heißt eine Straße in Rostock-Töitenwinkel „Ilja-Ehrenburg-Straße“!?

Ich habe mich an die Stadt Rostock selbst, an alle anderen Hansestädte, den Deutschen Gemeindetag und sogar an den früheren Bundespräsidenten von Weizsäcker gewandt, um zu erreichen, daß die Straße umbenannt wird, weil ich es als unerträglich empfinde, in einer deutschen Stadt leben zu müssen, die einen solchen Mann „ehrt“. Es war alles vergebens! Auch mein letzter Versuch, über den Schriftsteller Walter Kempowski, gebürtiger Rostocker und Ehrenbürger der Stadt, diesem Ärgernis ein Ende bereiten zu können, ist fehlgeschlagen. Mein diesbezügliches Schreiben hat er mit Schweigen „beantwortet“.

**Klaus Schlüter, Rostock**

## Zu Recht frustriert

**Betr.: Stoibers „Frustrierte“**

Mit Recht nennt Stoiber die Ostdeutschen „Frustrierte“, wären Sie nicht auch frustriert, wenn Ihnen nach der Wiedervereinigung der Rechtsstaat vorenthalten worden wäre, Ihnen das vom Staat geraubte Eigentum nicht zurückgegeben worden wäre, Sie die Arbeitslosigkeit erleiden müßten, nur weil die Politiker die Vernichtung des Unternehmertums nach kommunistischem Vorbild weiter betrieben haben, Ihnen das Recht verweigert würde, unschuldig als Nazi und Kriegsverbrecher weiter mit Eigentumsentzug bestraft bleiben zu müssen, obwohl Sie die Ihnen angelasteten Straftaten nicht begangen haben?

Warum hat Herr Stoiber als Christ dieses Unrecht in der Regierung Kohl mit getragen, obwohl er bei den Sudentendutschen dieses Unrecht bekämpft? **Gerhard Heeren, Partenheim**

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwährend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.



Gegner des „Zentrums gegen Vertreibungen“: Sterzinsky

Foto: ecopix

## Nicht die Sprache des Papstes

**Betr.: „Erzbischof gegen Vertreibungszentrum“ (Folge 33)**

Der deutsche Papst hat gerade Gott um Schutz für Deutschland gebeten, einen Schutz, den wir uns wünschen, weil wir ihn so nötig haben, auch wenn wir wissen, daß wir uns auch selbst bemühen müssen. Ich meine, daß dieser deutsche Papst um die deutsche Geschichte weiß und in seiner Bitte um Schutz auch die Deutschen einbezogen hat, die bislang schutzlos waren, weil für deutsche Politiker, Gutmenschen und auch sogenannte Diener Gottes ihre Schmerzen und ihr Tod nicht zählte, die sie bei den Vertreibun-

gen, aber nicht nur bei ihnen zu erdulden hatten.

Wir wissen, daß es unterschiedlichste Menschen gibt, gute und schlechte, ehrliche und verlogene, mitfühlende und mitleidlose, verzeihende Christen und auch andere, die die Bibel nur überflogen haben.

Wenn der Berliner Kardinal Sterzinsky den Vertriebenen ihr Zentrum verweigert, dann gehört er nicht zu den Verzeihenden und Mitfühlenden und spricht auch nicht in der Sprache des deutschen Papstes. **Markus Feierabend, Melle**

## Bodensatz unserer Gesellschaft

**Betr.: „Geld für Sprayer“ (Folge 33)**

Es gibt wohl wenige Städte in Deutschland, die von Sprayern und Scheibenzerkratzern so verunstaltet worden sind, wie das auf Berlin zutrifft. Ein unerzogenes, bürgerfernes „Gesindel“ ist tagtäglich unterwegs, um fremdes Eigentum zu beschmieren, zu beschädigen und an ihm sich in Selbstbestätigung zu sonnen (Seht her, hier habe ich meinen Haufen gesetzt!) Ich schrieb bewußt „Gesindel“, obwohl ich weiß, daß die Sprayer meist Jugendliche oder

junge Menschen sind. Sie müssen aber wissen, daß die Geisteshaltung, die sie zu ihren asozialen Handlungen treibt, sie zum Bodensatz unserer Gesellschaft macht.

Der Berliner Senat, von Wowereit bis Flierl, verhöhnt alle Berliner mit seiner finanziellen Unterstützung eines Sprayer-Festivals, die in einer sauberen, schönen Stadt leben wollen. Das ist übelster Mißbrauch unserer Steuergelder.

**Norbert Kahlenberg, Berlin**

## Nur Lügen oder höchstens Schweigen

**Betr.: „Berlin, wo denn sonst“ (Folge 32)**

Für jeden Deutschen, der diesen Namen verdient und sich zur Heimat Deutschland bekennt, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß das „Zentrum gegen Vertreibungen“ nach Berlin gehört, nicht irgendwann, sondern jetzt, weil kein anderes Volk so schrecklich unter den Vertreibungen gelitten hat.

Dieser erste Satz setzt allerdings voraus, daß der Deutsche von den

Vertreibungen weiß und über all ihre Schrecken und Grausamkeiten informiert ist. Leider ist dem nicht so, weil interessierte Kreise, Parteien, Gruppen, Medien eingeschlossen, es nicht wollen, daß die nachgeborenen Deutschen wissen, was auch Deutschen geschehen ist. Es darf doch nicht sein, daß neben dem Holocaust auch noch andere Verbrechen die Welt erschüttert haben, Verbrechen, die an Deutschen begangen worden sind. Wenn alle deutschen Medien ihrer Informationspflicht nachkämen und nur

nüchtern schilderten, was beglaublich geschehen, dann würden auch endlich Stätten der Mahnung, Erinnerung und Trauer an die deutschen Opfer der Vertreibungen erinnern.

Weil wir aber mit dem Verschweigen und der Lüge leben müssen, darum wird der Kampf um ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin noch lange währen, und es ist keineswegs sicher, daß Moral und Gerechtigkeit den Sieg davontragen.

**Gottfried Grazer, Halle**

## Bemühungen endlich von Erfolg gekrönt: Soldatenfriedhof bei Bereza

**Betr.: Aufruf zur Teilnahme an der feierlichen Übergabe des Deutschen Soldatenfriedhofes bei Bereza/Weißrußland**

Liebe Kameraden! Die Bundesrepublik Deutschland hat schon 1995 mit der Republik Belarus (Weißrußland) ein Kriegsgräberabkommen ausgehandelt, das von beiden Seiten unterschrieben und vom deutschen Bundestag auch unverzüglich ratifiziert wurde. Wegen des vorgeblichen Widerstandes der weißrussischen Veteranen gegen dieses Abkommen hat das weißrussische Parlament bis jetzt die Ratifizierung verweigert. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge hatte deshalb noch keine Möglichkeit, für die während des

Krieges in weißrussischer Erde in vorläufigen Feldgräbern bestatteten deutsche Soldaten Ehrenfriedhöfe anzulegen.

Durch die fortwährenden Bemühungen des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, des deutschen Botschafters in Minsk und besonders auch durch die zahlreichen Kontakte deutscher Veteranen (insbesondere unserer 260. ID) zu den Vorsitzenden der weißrussischen Veteranenverbände in Minsk und Mogilew sowie die zahlreichen Hilfslieferungen, besonders wiederum unserer Division, an soziale Einrichtungen, wie Schulen und Krankenhäuser, konnte inzwischen ein Stimmungsumschwung zugunsten einer Ratifizierung des

Gräberabkommens festgestellt werden. Erster Beweis für die Bereitschaft Weißrußlands zur Ratifizierung eines Abkommens ist die bereits erfolgte Vorabgenehmigung eines ersten deutschen Soldatenfriedhofes auf dem Gebiet der Republik Belarus, nahe der Bezirksstadt Bereza.

Die Stadt Bereza liegt unweit der Autobahn Brest–Minsk, etwa auf halbem Weg zwischen Brest und Baranowici. Die Verträge zum Landerwerb und zur Anlage des Friedhofes wurden bereits im Frühjahr unterschrieben. Seit diesem Zeitpunkt hat der Volksbund die Arbeit aufgenommen. Die feierliche Übergabe des Friedhofes an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge soll am 1. Okt-

ober 2005 stattfinden. An der Feier sollten nach den Vorstellungen des Präsidenten des Volksbundes, Reinhard Führer, und dessen Beauftragten in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, Wolfgang Strojek, möglichst zahlreiche deutsche Veteranen, Angehörige von Gefallenen, Vertreter der Jugend, auch Bundeswehrangehörige und andere deutsche Staatsbürger, denen die Kriegsgräberfürsorge am Herzen liegt, teilnehmen. Der Präsident des Volksbundes hält es für außerordentlich wichtig, daß von deutscher Seite durch eine möglichst große Beteiligung das Interesse der deutschen Bürger an der Kriegsgräberfürsorge in Weißrußland demonstrativ aufgezeigt wird. **Alfons Härtl, Loitzendorf**

## Nur Farbkleckser

**Betr.: „In Bildern denken“ (Folge 32)**

Was in Ihrer Zeitung recht befremdlich wirkt, ist die auf der Seite „Kultur“ mitunter vorgestellte Gegen-Kultur: Irigendwelche Farbkleckser oder andere Kunsthansel, die ihre Eintrittskarte deshalb erhalten, weil sie in Ostpreußen geboren wurden oder, wie Herr Winfried Gaul, dort eine Weile gelebt haben.

Eine Garantie für Kultur? Die Antwort geben die abgebildeten „Kunstwerke“: Wandbehühung für Kaufhäuser oder Kindergärten.

**Holger Bremhorst, Remscheid**





Eugen Bracht: Wildbach (Öl, um 1905)

Foto: gbw

## Gegen die Schickeria

Berliner Galerie würdigt Märkischen Künstlerbund

Im Jahr 1898 war mit der Gründung der Berliner Secession der Bann gebrochen: Die „Kampfjahre der Moderne“, wie der Kunsthistoriker Max Osborn das sich seinem Ende zuneigende Jahrhundert nannte, hatten endgültig begonnen. Erstmals hatte sich ein Widerstand formiert, der sich gegen einen „von oben herab“ bestimmten Kunstbegriff wandte und sich für die generelle Freiheit der Kunst einsetzte. Daß nicht ausnahmslos alle Künstler, die sich mehr oder weniger der modernen Malerei zugewandt hatten, der Secession beitraten, hatte verschiedene Gründe. Zum einen fürchteten einige der umworbenen Künstler den endgültigen Bruch mit der Akademie, was schließlich einer Absage an den offiziellen Kunstbetrieb gleich gekommen wäre, der noch immer den wichtigsten Absatzmarkt und somit letztendlich auch die Lebensgrundlage dieser Maler darstellte. Zum anderen erschien einer nicht geringen Anzahl von ihnen der vor allem von Max Liebermann und Bruno Cassirer formulierte Anspruch der Secession als zu elitär. So mochte sich Hans Hartig, der mehrfach mit der Secession ausgestellt hatte, nicht endgültig zu einem Beitritt entschließen, da er sich mit der „Liebermann'schen Kulturschickeria, die ihre Kundschaft vor allem in den feinen Berliner Salons findet“, nicht recht anfreunden konnte.

Eugen Bracht, der auf seine Stellung als Hochschullehrer Rücksicht nehmen mußte und der bereits von Seiten des Kaisers deutlich verwart worden war, „er solle solch dummes Zeug doch unterlassen und bei seiner alten Malweise bleiben“, verhielt sich nach außen hin zwar neutral, legte mit seinen Gemälden allerdings ein deutliches Zeugnis für seine Hinwendung zur modernen

Malerei ab. Bracht, der 19 Jahre als Lehrer an der Berliner Akademie gewirkt hatte, bevor er 1902 nach Dresden wechselte, war treibende Kraft und Motor jenes „gemäßigten Impressionismus deutscher Prägung“, der fortan die hiesige Kunstgeschichte prägen sollte.

Ein Jahr nach Gründung der Secession formierte sich in Berlin der „Märkische Künstlerbund“, um im Oktober 1899 mit einer Ausstellung in der renommierten Galerie Keller & Reiner, die sich vor allem dem Jugendstil verschrieben hatte, erstmals an die Öffentlichkeit zu treten. Bereits im darauf folgenden Jahr hatte sich der „Club Moderner Landschaftsmaler“ gegründet. Neue Künstlervereinigungen schossen bald wie Pilze aus dem Boden: Die „Gesellschaft deutscher Aquarellisten“, der „Künstler-West-Club“, die „Freie Kunst“, der „Märkische Künstlerbund“ und der „Club Berliner Landschaftler“ schlossen sich schließlich im Jahr 1901 zu den „Vereinigten Berliner Clubs“ zusammen. Die Veranstalter der großen internationalen Ausstellungen hatten nämlich Künstlervereinigungen, die weniger als zehn Mitglieder hatten, eine Teilnahme als Gruppe verweigert, so daß man diese Bestimmung durch eine derartige Neugründung elegant umging.

Die Berliner Galerie Barthelmeß & Wischniewski, Giesebrechtstraße 10, Ecke Kurfürstendamm zeigt noch bis zum 22. Oktober die Verkaufsausstellung „Von der Schönheit des Unscheinbaren – Eugen Bracht und der Märkische Künstlerbund“. Zu sehen sind etwa 50 Arbeiten verschiedener Künstler (Montag bis Freitag von 10 bis 13 Uhr und von 14.30 Uhr bis 18.30 Uhr, Sonnabend von 11 bis 15 Uhr). gbw

## Grandioses Kulturerbe

Finanzierung der preußischen Schlösser gesichert

Die Staatsministerin für Kultur und Medien, Christina Weiss, hat in Potsdam-Sanssouci gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Stiftungsrates der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG), dem Berliner Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur Thomas Flierl, und der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Professor Johanna Wanka, ein neues Finanzierungsabkommen unterzeichnet. Damit ist bis

zum Jahr 2008 die Finanzierung der SPSG in Höhe von 32,4 Millionen Euro jährlich gesichert. Außerdem stellte die Ministerin Sondermittel für die Sanierung der Terrassentüren von Sanssouci bereit. Professor Hartmut Dorgerloh, Generaldirektor der SPSG, begrüßte ausdrücklich das Engagement, das sich nun auch auf die Schlösser Paretz und Oranienburg bezieht. Nach der Restaurierung soll auch Schloß Schönhausen mit in die Stiftung aufgenommen werden. C.G.

# Meilensteine gesetzt

Die Berliner Secession hat mit ihren Werken die Kunstwelt verändert

An die Gründung der Künstlergruppe „Brücke“ wird in diesem Jahr mit vielerlei Ausstellungen erinnert. Vor allem in der Hauptstadt Berlin gedenkt man der außergewöhnlichen Künstler, die sich 1908 in der Berliner Secession dem Publikum an der Spree mit grafischen Arbeiten vorgestellt hatten. Grund genug für das Stadtmuseum Berlin – Museum Ephraim-Palais, Poststraße 16, 10178 Berlin, seinerseits an die Secession und ihre Vorgeschichte zu erinnern. In der Ausstellung „Von Liebermann zu Pechstein – Kunst der Berliner Secession“ (dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, mittwochs von 12 bis 20 Uhr; bis 16. Oktober) zeigt das Museum Bestände aus der eigenen reichen Sammlung. „Der Bogen spannt sich vom ersten Auftritt des Impressionismus zu Beginn der Regierungszeit Wilhelms II. bis hin zur Auseinandersetzung des Expressionismus mit Krieg und Revolution“, erläutert Dominik Bartmann, Abteilungsleiter der Stiftung Stadtmuseum Berlin, die Inhalte der Ausstellung. Mit etwa 100 Arbeiten sind alle Protagonisten der klassischen Moderne vertreten wie Ernst Barlach, Lovis Corinth, Käthe Kollwitz, Walter Leistikow, Max Liebermann, Edvard Munch, Max Pechstein, Max Slevogt oder Heinrich Zille.

„Je intensiver man sich mit Entstehung und Entwicklung der künstlerischen Moderne in Berlin befaßt, desto deutlicher wird die Komplexität dieses Phänomens in stilkritischer wie historischer Hinsicht“, so Bartmann. „Nicht auf erschöpfende Behandlung des Themas, wohl aber auf die Vermittlung der Aufbruchstimmung jener Zeit zielt die Ausstellung.“

Bereits im Jahr 1892 hatte Max Liebermann (1847–1935) sich mit dem Bromberger Walter Leistikow (1865–1908) zusammengefunden und die „Gruppe der XI“ gegründet, einen Vorläufer der Berliner Secession. 1899 stand er als Präsident dieser Vereinigung vor, die sich vor allem gegen den akademischen

Malbetrieb im Kaiserreich, dominiert von Anton v. Werner, wandte. Unter Liebermanns Leitung wurde die Berliner Secession mit ihren richtungsweisenden Ausstellungen zur wichtigsten Kraft im Berliner Kunstleben. Liebermann zum „heimlichen Kaiser“ – geachtet und gefürchtet.

Einen Einblick in Leben und Werk des wichtigsten Wegbereiters der Moderne in Deutschland erhält man bei der kurzweiligen Lektüre der Liebermann-Monographie von Frauke Berchtig aus dem Prestel Verlag, München (96 Seiten mit 65 Abb., davon 45 in Farbe, geb., 24,95 Euro). Im 70. Todesjahr des Künstlers läßt die Autorin die bewegte Welt des 19. und frühen 20. Jahrhunderts wieder lebendig werden und geht auf einzelne wichtige Werke des Malers ein, so auf „ein besonders schönes Motiv, den ‚Papageienmann‘ aus dem Amsterdamer Zoo“. Berchtig: „Die leuchtende Farbigekeit des Bildes nimmt etwas mehr als zehn Jahre vor den Wannsee-Bildern deren Farbenzauber und sommerliche Heiterkeit vorweg. Das Bild des Papageienwärters, der am Abend eines warmen Sommertages die bunten Vögel im Park des Amsterdamer Zoos einsammelt, betont die Eigenständigkeit von Liebermanns Malerei gegenüber den franzö-

sischen Impressionisten, bei aller inhaltlichen Nähe und Liebe des Künstlers zu ihren Bildern. Hätte ein Maler des französischen Impressionismus das Motiv in einem Meer aus leuchtenden Farbtupfern aufgelöst, bleibt Liebermann mit seinen matten, gedämpften Farben deutlich zurückhaltender und vor allem der Erkennbarkeit des Dargestellten verpflichtet.“

Ausstellung und Buch werfen einen Blick auf eine bewegte Kunstszene in Deutschland, die allerdings auch durch interne Querelen und Machtkämpfe geprägt war. Dennoch fanden die Künstler die Muße, Werke zu schaffen, die heute als ganz besondere Meisterwerke gelten.

Silke Osman



Max Liebermann: Der Papageienmann (Öl, 1902, im Besitz des Museums Folkwang, Essen) Foto: Prestel Verlag

## Rückkehr zu den Tugenden

Vor 175 Jahren wurde Marie v. Ebner-Eschenbach geboren

Zuletzt hat das arme Tier den trostlos unnötigen Kampf aufgegeben und seinen Zweifeln ein Ende gemacht, aber nicht seiner Qual. Bellend, heulend, den Bauch am Boden, den Körper gespannt wie eine Sehne, den Kopf emporgehoben, als rief es den Himmel zum Zeugen seines Seelenschmerzes an, kriecht es – seinem ersten Herrn zu ...“ Dieser Auszug aus der Novelle „Krambambuli“ gibt nur einen oberflächlichen Eindruck vom dramatischen Geschehen, das die Autorin da zu Papier gebracht hat. Marie v. Ebner-Eschenbach beschreibt hier mit eindringlichen Worten die Tragödie eines Hundes, der zwischen zwei Menschen hin- und hergerissen ist. Hier der erste Herr, ein Vagabund, da der zweite Besitzer, einem Jäger, der letztendlich beide, Tier und Mensch, auf dem Gewissen hat. Diese Geschichte um einen Treuekonflikt gehört zu den bekanntesten deutschsprachigen Tiergeschichten und erschien erstmals in den „Dorf- und Schloßgeschichten“ (1883 / 85) von Marie v. Ebner-Eschenbach. Sie schrieb später (1901 / 02) eine zweite Hundgeschichte, „Die Spitzin“, die jedoch bei weitem nicht so populär wurde wie „Krambambuli“.

Marie v. Ebner-Eschenbach wurde vor 175 Jahren, am 13. September 1830, als Marie Freiin von Dubsky in Zdislawitz in Mähren geboren

und gilt als die bedeutendste österreichische Schriftstellerin des 19. Jahrhunderts. Aufgewachsen auf dem väterlichen Schloß war sie schon früh vertraut mit den Sorgen und Nöten der Diensthelfer und der Landbevölkerung, die sie später in ihrem Werk thematisierte. Durch ihre Stiefmutter und Besuche im Wiener Burgtheater kam sie bald mit der Literatur in Berührung und erhielt Anregungen zu eigenem Schaffen. 1848 heiratete sie ihren Vetter, den Hauptmann Freiherr Moritz v. Ebner-Eschenbach, der 1874 zum Feldmarschall-Leutnant befördert

wurde. 1858 debütierte Marie anonym mit Briefen „Aus Franzensbad“, in denen sie satirisch-kritisch über den Adel berichtet und so zur Rückkehr zu den ursprünglichen Tugenden ihres Standes auffordert. Ihr dichterischer Ehrgeiz aber gilt dem Drama. Sie verfaßte einige Schauspiele und Einakter, mit denen sie jedoch keinen Erfolg hatte. Mit der Künstlernovelle „Ein Spätgeborener“ wird Marie v. Ebner-Eschenbach 1875 bekannt. Der Durchbruch gelingt ihr schließlich 1879 mit der Erzählung „Lotti, die Uhrmacherin“. Es folgen weitere Erzählungen, Novellen und Aphorismen. Mit Titeln wie „Bözena“ (1876), „Die Freiherrn von Gemperlein“ (1881), „Der Kreisphysikus“ (1883), „Er läßt die Hand küssen“ (1885) und vor allem auch „Das Gemeindegeld“ (1887) findet sie bald einen großen Leserkreis. Marie v. Ebner-Eschenbach gilt als Wegbereiterin des Naturalismus und hat sich mit ihrem sozial engagierten, der Spätaufklärung verpflichteten Werk für die Außenseiter der Gesellschaft eingesetzt. Für ihr Werk erhielt sie im Jahr 1900 die Ehrendoktorwürde der Universität Wien. Die Schriftstellerin starb am 12. März 1916 in Wien. man



Marie von Ebner-Eschenbach: Wegbereiterin des Naturalismus Foto: Ill. Bezirksmuseum Wien

# Nur Krempel?

Von Renate DOPATKA

Man sieht es ihnen an, daß sie Brüder sind. Schmal und hochgewachsen, mit vollem, schon leicht angegrauten Haar, wirken sie auf den ersten Blick wie Zwillinge. Doch die Gesichter der beiden sprechen eine andere Sprache. Hier scharfe Linien und Strenge, ja Härte im Ausdruck – dort Gelassenheit und stiller Humor.

Es kommt nicht oft vor, daß die zwei Männer miteinander spazieren gehen. Zu verschiedenen sind ihre Interessen, ihre Charaktere. Daß sie jetzt scheinbar einträchtig auf den Spuren ihrer Kindheit wandeln, liegt einzig und allein am 70. Geburtstag der Mutter, der an diesem Wochenende groß gefeiert werden soll. Grund genug für ihre Söhne, nach langer Zeit wieder einmal gemeinsam im Elternhaus zu erscheinen.

Während es sich die übrige Verwandtschaft in der Wohnstube bei Mokka und Likör gemütlich macht, nutzen Werner und Johannes die Zeit bis zum Abendessen für einen kleinen Rundgang durch den Ort.

Es ist ein trüber Sonnabendnachmittag. Die wenigen Läden haben längst geschlossen, Stille senkt sich auf die Straßen, in denen sich zu dieser Stunde außer ein paar Jugendlichen kaum noch jemand blicken läßt.

Während Johannes mit feinem Lächeln Altvertrautes und Neuhinzugekommenes betrachtet, scheint Werner für den Ort, in dem sie immerhin 20 Jahre ihres Lebens verbracht haben, kaum ein Auge zu haben. Achtlos schreitet er an den Stätten seiner Kindheit vorbei. Selbst der Anblick der Schule läßt ihn kalt: „Häßlicher alter Kasten – sowas gehört einfach abgerissen!“ – Mehr fällt ihm dazu nicht ein. Lieber erzählt er von sich, von seiner Position in der Firma und der Aussicht, bald den Chefessel zu erklimmen.

Johannes hört dem brüderlichen Monolog nur mit halbem Ohr zu. Er kennt Werners Ehrgeiz, sein krampfhaftes Streben nach gesellschaftlichem Ansehen. Einerseits langweilt ihn das Gespräch, andererseits empfindet er so etwas wie

Mitleid, daß ein Mensch seinen Lebenssinn ausschließlich im beruflichen Fortkommen sieht.

Glücklicherweise erspürt er in diesem Augenblick ein paar Meter vor sich einen Haufen alter Möbel und Gerätschaften. Irgend jemand hat da seinen Sperrmüll auf die Straße gestellt – und dies ist doch einer näheren Untersuchung wert!

„Was willst du denn mit dem alten Krempel?!“ stößt Werner unwillig hervor, als sein Bruder jetzt behutsam ein buntes Blechspielzeug aus dem Haufen zieht.

„Ein Brummkreisel!“ lächelt Johannes und hält ihm das seltsame Gebilde unter die Nase. „Genau so einen hatten wir damals auch! – Mal schau'n, ob er noch funktioniert.“

Zu Werners Ärger setzt Johannes den Kreisel auf den Gehweg, um dessen Mechanismus nun mit kräftigen Pumpbewegungen aufzuziehen. Mit Erfolg. Der Kreisel fängt an, sich um seine eigene Achse zu drehen und dabei leise vor sich hin zu brummen ...

Als er irgendwann ins Torkeln kommt, drückt Johannes ihn kurz entschlossen dem Bruder in die Hand: „Hier, probier's auch mal! Es geht ganz leicht.“ – „So was Verrücktes aber auch!“ Erbittert über den kindischen Spieltrieb seines Bruders, der sie beide noch zum Gespött der Leute machen wird, starrt Werner auf den buntergeingelten Kreisel in seiner Hand.

„Na los doch! Oder hast du's schon verlernt?“ schmunzelt Johannes. Für Sekunden vertieft sich die steile Falte auf Werners Stirn. Dann aber huscht der Anflug eines Lächelns über sein Gesicht, und voller Schwung setzt er den Kreisel in Gang.

„Donnerwetter, bei dir läuft er noch besser ...!“ freut sich Johannes. „Findest du?“ lacht Werner, und als er jetzt zum Bruder hochsieht, scheinen Furchen und Falten wie von Zauberhand geglättet, und die Ähnlichkeit zwischen den beiden Männern ist tatsächlich die von Zwillingen ...



Fit im Alter: Nordic Walking ist auch bei Senioren ein beliebter Sport geworden.

Foto: Archiv

# Alt ist noch lange nicht *alt*

Von Anna Maria BROCKHOFF

Lea Minzen war auf der Heimreise. Im voll besetzten IC bekam sie gerade noch einen Platz. Nachdem sie ihr Gepäck im Netz verstaut hatte, entspannte sie sich. Sie hatte ein anstrengendes Wochenende hinter sich und wollte nun ein bißchen schlafen, lesen und die vergangenen Tage überdenken. Sie hatte ihre Schüler von einst wieder getroffen und mit ihnen in Erinnerungen geschwelgt.

Lea zog ein Büchlein aus ihrer Handtasche. Ihr gegenüber saß eine andere alte Dame, die mit ihrem anklagenden Blick und den hängenden Schultern einen traurigen Eindruck hinterließ. Lea rutschte das Buch vom Schoß und fiel direkt auf die Füße der Frau. Die rieb mit vorwurfsvoller Miene ihre Beine. „Hat es sehr wehgetan?“ rief Lea erschrocken und entschuldigte sich. Und nun wurden sie und die übrigen Leute im Abteil mit einer endlosen Krankengeschichte überflutet. Die Worte der alten Dame plätscherten unaufhaltsam wie Wellen an einen Strand, fielen mit dem an- und abschwellenden Ton einer Sirene in die verhaltenen Gespräche der anderen Reisenden, ratterten und schnatterten mit den Geräuschen des Zugs um die Wette. Das Pärchen an der Tür verdrehte ein ums andere Mal die Augen.

Lea blieb nichts anderes übrig als die Leidensgeschichte der alten Dame über sich ergehen zu lassen, denn der Blick hielt ihren fest. Fünfmal im Krankenhaus gewesen, viermal operiert worden. „Und Arthrose

habe ich auch noch.“ Sie rieb wieder ihre malträtierten Füße. „Überall Schmerzen und kein Geld, und das in der heutigen Wirtschaftslage.“ Ein knotiger Zeigefinger wurde warnend vor Leas Gesicht in die Höhe gereckt. „Warten Sie nur, bis Sie auch mal 83 sind! Dann werden Sie sehen, wie einen das Alter beutelt!“

Lea nickte immer wieder mitleidig und tat ihr Büchlein seufzend in die Tasche zurück. Sie würde weder zum Lesen noch zum Nachdenken und erst recht nicht zum Schlafen kommen. Im Augenblick ähnelte diese Stimme einer Gebetsmühle, ohne Ende und in einer Tonart leiernd, deshalb schlief Lea dann doch mal ein, wurde aber bald durch einen energischen Anstoß aus den wohlthuenden Tiefen ihres Schlafes gerissen. „Und nun muß ich auch noch an fünf Tagen in der Woche zur Bestrahlung. Warum bestraft mich der Herrgott nur so?“ Der Herrgott ist sicherlich nicht daran schuld, wollte Lea sagen, aber da wurde der Zug langsamer. Gleich waren sie in Köln. Lea verschluckte ihre Worte und atmete auf. Die Leute machten sich zum Aussteigen fertig.

Der Zug fuhr in den Bahnhof ein. Die leidende Dame stieg, von hilfreichen Händen gestützt, als erste aus und schenkte Lea noch einen letzten wehen Blick. Aber die winkte ihr noch einmal zu. Der junge Mann half Lea das Gepäck aus dem Netz zu heben. Seine Frau seufzte laut: „Meine Güte, war das eine Nervensäge! Ob wir in dem Alter auch mal so sind?“

Lea setzte ihren schicken Hut auf, schlüpfte gewandt in die modische Jacke, schlang sich den bunten Schal um den Hals. Sie lächelte den jungen Leuten zu. „Sie brauchen nicht zu befürchten, auch mal so ‚uralte‘ zu wirken wie diese Frau. Man kann das Alter auch ein bißchen überlisten. Sehen Sie mich an. Ich bin auch 83 und komme gerade von einem Klassetreffen, bei dem mich die Damen und Herren für eine Mitschülerin hielten, bis ich sie aufklärte, daß ich einmal ihre Klassenlehrerin war.“

Die jungen Leute starrten sie erstaunt an. „Sie sind schon 83? Ist das möglich? Sie wirken ja wie eine 60-Jährige!“

Lea lächelte wieder. „Daran ist meine gute Konstitution schuld und mein Sport“, sagte sie. „Ich treffe mich regelmäßig mit Bekannten zum Nordic Walking. Das hält mich fit. Ich lasse mich nicht unterkriegen. Und ein bißchen Humor gehört halt auch dazu.“ – „Toll!“ rief die junge Frau bewundernd aus.

„Ich habe auch Schmerzen, ganz natürlich in meinem Alter“, sagte Lea, „trotzdem bin ich für jeden Tag, der mir noch bleibt, dankbar. Also – genießen Sie Ihr Leben und bleiben Sie gesund.“

Sie stieg vorsichtig aus und ging lächelnd und winkend dem Ausgang zu. Die junge Frau winkte zurück. „Da sieht man es mal wieder“, meinte sie dann zu ihrem Mann, „alt muß noch lange nicht *alt* sein.“

# Frau Schwendimann will kämpfen

Von Christel BETHKE

Als ich heute in die Seniorenresidenz komme, sitzen ihre noch fitten Bewohner draußen vor dem Café Vitalia auf Stühlen im Kreis und machen mit ihren Pflegerinnen Kinderspiele: „Ringlein Ringlein, du mußt wandern“ und „Mein rechter Platz ist leer, ich wünsche mir die ... her.“ Ich werde an meine Kindergartenzeit erinnert, wo dieselben Spiele gespielt wurden. Ist das damit gemeint, wenn es heißt: „Ihr sollt werden wie die Kinder“? Kann ich mir nicht denken.

Wie ich sehe, befindet sich Frau Schwendimann, die ich besuchen will, nicht im Kreis. Ich finde sie auf ihrem Zimmer, tief deprimiert. Sie kann und will sich mit ihrer Situation nicht abfinden. Der Heimvertrag liegt auf ihrem Tisch, ihre Unterschrift fehlt noch. Ihr Blick ist wach, ihre schöne Sprache differenziert, ganz wie immer. Und sie kann noch kämpfen.

Bei einem Sturz hat sie sich mit 86 Jahren ein Knie und ein Schultergelenk schwer verletzt. Auf dem Rück-

weg vom Einkauf passierte das Unglück. Ohne noch einmal in ihre Wohnung zu kommen, ging es sofort ins Krankenhaus und nach mehr als zehn Wochen Aufenthalt auf verschiedenen Stationen soll dies hier die letzte sein. Aber sie geht dagegen an, spielt im Kopf alle Möglichkeiten durch. Sie will wieder nach Hause, zurück in ihre Wohnung, zu ihrem drei Meter breiten Bücherschrank, denn, so die Heimleiterin, der könne nicht mitgebracht werden. „Ohne den gehe ich nirgends hin“, meint Frau Schwendimann aufsässig.

Die Residenz gleicht im Eingangsbereich dem Foyer eines Drei-Sterne-Hotels. Links ist gleich das Café, überall Sitzgruppen, bequeme Stühle. Das Personal ist „jung und dynamisch“, wie der Ersatzdienstler Frau Schwendimann bei ihrer Körperpflege versichert. „Könnte mein Enkel sein“, sagt sie zu mir. Wer will das schon, und deshalb griff sie so schnell wie möglich selbst wieder zum Waschlappen. Für ein privates Wort ist keine Zeit und das Zigarettchen kann nur auf die Schnelle ge-

pafft werden. Eisern übt Frau Schwendimann jeden Tag, aus den ersten unsicheren Schritten ist schon ein kleiner Gang geworden; mit dem verletzten Arm macht sie bereits bestimmte Bewegungen. Ich bewundere sie sehr.

„Ist Ihnen aufgefallen“, fragt sie mich, „daß es hier gar keine Ausländer gibt?“ Ich überlege und muß ihr recht geben, es gibt unter dem Pflegepersonal anscheinend nur Einheimische. „Aber das meine ich nicht“, erwidert sie, „unter den Pflegebedürftigen gibt es keine.“ Ich denke nach und muß verblüfft zugeben, daß ich auch bei Besuchen in anderen Heimen nie ausländische alte Mitbürger gesehen habe. Behalten die ihre Alten bei sich, fragen wir uns. „Das wäre einer Analyse wert“, sagt Frau Schwendimann. „Vielleicht kann man was von ihnen lernen. Und überhaupt, muß denn am Ende des Lebens ein Heimplatz der letzte Platz sein? Wie war es denn bei uns? Meine Urgroßmutter starb bei ihrer Tochter, auch der Urgroßvater, also bei meiner Großmutter, die wieder

starb bei einer ihrer Töchter, Schwester meiner Mutter, und meine Mutter bei mir, und ich? Wie schafften unsere Vorfahren das alles ohne Pflegestufe und ohne Versicherung. Als ob die Liebe und das Pflichtgefühl seitdem verlorengegangen sind. Ambulante Pflegedienste und Residenzen aller Art schießen wie Pilze aus dem Boden“, und, fügt sie hinzu, „es soll 2.500 Euro kosten. 5.000 Mark! Da kann ich ja schon erster Klasse kreuzen!“ Sie hat ihren Tiefpunkt überwunden, spüre ich. Sie fragt nach ihrem selbstgezogenen Oleaner, den ich seit ihrem Unfall betreue. Den soll und muß sie selbst wieder versorgen, nehmen wir uns vor.

Als sie mich mit ihrem Gehwagen, den sie schon ganz gut handhaben kann, zum Ausgang bringt, sehen wir, daß das Café voll ist. „Es ist Freitag“, sagt sie, „damit sie am Wochenende frei haben, werden die Alten noch schnell besucht.“ – „Aber nein“, sage ich beruhigend, „so wollen wir nicht denken.“ Ich verstehe nur allzu gut, daß sie bitter ist.

Draußen sitzen einige alte Frauen nebeneinander in ihren Rollstühlen und blicken stumm vor sich hin, ohne Kontakt zueinander. „So ist das hier“, sagte sie, „ich merke es an mir selbst: Wenn ich anfangs nachzugebe, daß ich aufhöre zu denken und anfangs zu stieren. Nein, ich will hier raus.“ Ich scherze: „Mein linker Platz ist leer, ich wünsche mir die Schwendi her“, denn sie hat die Wohnung gleich neben mir auf der linken Seite. Sie reicht mir ihre gesunde Hand und zieht mich zu sich heran. Ich sage, „alter Kämpfer“.

Bei einem meiner ersten Besuche beklagte sie sich, daß man sie nicht nach draußen an die Luft bringe. „Sogar während meiner Haftzeit hatte ich täglich eine halbe Stunde Hofgang und hier ...“ Sie hatte mal über ihre Haftzeit mit mir gesprochen, aber das ist eine andere Geschichte.

Gott sei Dank kann sie nun wieder allein an die Luft, und ich hoffe, daß mein linker Platz bald wieder besetzt sein wird. An mir soll es nicht liegen.

# Eine Insel mit zwei Bergen

Die »Augsburger Puppenkiste« erobert mit Jim Knopf, Urmel und Kater Mikesch die Welt

Die kleine Melodie wollte einfach nicht aus dem Sinn, doch nur die erste Zeile des Liedes war gegenwärtig: „Eine Insel mit zwei Bergen ...“ Wie ging's bloß weiter? Eine spontane Umfrage unter den Kollegen in der Redaktion brachte auch nichts Neues, nur entsprechendes rhythmisches Kopfwackeln: „Eine Insel mit zwei Bergen ... da da dada da ...“ Verflixt! Wer konnte nur helfen? Na klar, das Internet. Und da stand's dann schwarz auf weiß: „Eine Insel mit zwei Bergen, und im tiefen weiten Meer, mit viel Tunnels und Geleisen und dem Eisenbahnverkehr ...“

Die Interpreten Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer, sie waren die Helden der Kinder in den 60er Jahren und stehen neben Kater Mikesch, Urmel und dem kleinen dicken Ritter Oblong Fitz Oblong für die „Augsburger Puppenkiste“ und ihre unvergessenen Produktionen in mehr als fünf Jahrzehnten.

In 800 TV-Produktionen und Theaterstücken sind die liebevoll handgeschnitzten Marionetten über die Bühne getobt und haben Abenteuer aller Art bestanden. Im Augsburger Puppentheatermuseum „die Kiste“, Spitalgasse 15, 86150 Augsburg, Telefon (08 21) 45 03 45 – 0, E-Mail: kontakt@puppenkiste.com, sind auf 570 Quadratmetern die berühmten „Stars an Fäden“ zu bewundern. Bühnenbilder, Entwürfe und Kostümzeichnungen zeigen den Hintergrund und die Arbeit, die hinter solchen Produktionen stecken. Neben der beliebten Dauerausstellung „Jim Knopf, Urmel & Co.“ widmen sich Sonderausstellungen den unterschiedlichsten Themen. So sind noch bis zum 25. September unter dem Titel „Märchen der Völker“ neben Figuren aus den Märchen der „Augsburger Puppenkiste“ auch solche anderer Theater, Museen und Sammlungen zu sehen.



Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer: Sie erleben viele Abenteuer auf der kleinen Insel „Lummerland“.

Von Hand- und Stabpuppen aus dem asiatischen Raum bis hin zu Marionetten und Miniaturpuppen reicht das breite Spektrum. Gleich im Anschluß an diese Schau ist dann vom 28. September bis zum 22. Januar 2006 die Sonderausstellung „Ritter, Räuber, Königshof“ zu sehen. Sei es „Don Quichotte“, sei es der kleine dicke Ritter oder auch „Ritter Kunibert“ – sie alle kämpfen mehr oder weniger erfolgreich und temperamentvoll um die Ehre oder um liebevolle Prinzessinnen, ob sie nun auf einer Erbse schlafen können oder nicht. Täuschend ähnlich nachgeahmte Burg- und Schloßbreitsen gewähren einen lebendigen Einblick in das Mittelalter.

Im „Louvre der Kinderunterhaltung“, wie das Museum kürzlich genannt wurde, wird all das wieder lebendig, was in der Kindheit wichtig war – eine heile Welt, in der das Gute siegt und auch einen Namen hat,

ob nun Jim oder Urmel oder Mikesch. Möglich geworden ist alles nur durch den Traum eines Mannes, der auch die Kraft und Ausdauer hatte, diesen Traum zu verwirklichen. Als Walter Oehmichen im Zweiten Weltkrieg erst seine Kameraden mit einem Puppentheater bei Laune hielt und später mit seiner Frau und den Töchtern in Augsburg den „Puppenschrein“, ein erstes eigenes Marionettentheater, eröffnete, ahnte er nicht, welche Erfolge er einmal damit feiern würde.

Der „Puppenschrein“ verbrannte 1944; vier Jahre später war Premiere mit dem „Gestiefelten Kater“. Das Theater im ehemaligen Heilig-Geist-Spital nannte sich künftig „Augsburger Puppenkiste“. Oehmichen und seine Mitarbeiter inszenierten Märchen und sogar Opern, schrieben eigene Stücke. Das Fernsehen machte sie schließlich über die engeren Grenzen hinaus bekannt. Mittler-

weile wird das Theater in der dritten Generation geleitet. Eine Tournee führte die „Stars an Fäden“ durch ganz Deutschland, und auch auf der Kinoleinwand feierte man Erfolge (mit „Die Story von Monty Spinneratz“). Im August liefen 13 Folgen von „Lilalu im Schepperland“ (HR 3) als Wiederholung im Fernsehen. Auch gingen die Meister des Marionettenspiels mit ihren Figuren in Kinderkrankenhäuser. „Das kleine Känguruh und der Angsthase“

brachten den Patienten ein bißchen Freude in ihren Klinikalltag. In der Schweiz und selbst in Kuwait sind die Puppenspieler und ihre Helden bekannt. Im vergangenen Jahr ehrten die Leser der Fernsehzeitschrift Hörzu die „Augsburger Puppenkiste“ mit der Verleihung der „Goldenen Kamera“. Ein Preis, der die Puppenspieler ganz gewiß erfreut hat. Eine Freude aber, die noch übertroffen werden kann, wenn das große und kleine Publikum begeistert applaudiert bei den Aufführungen in der Spitalgasse.

Vom 20. bis 23. Oktober ist im Kulturhaus Abraxas in Augsburg zum 3. Mal das KLAPPS geplant, das „Kleine Augsburger Puppenspielfestival“, auf dem Figurentheater aus nah und fern ihr Können zeigen werden. Nähere Informationen unter Telefon (0821) 45 03 45 38 (montags bis donnerstags von 10 bis 13 Uhr).  
Silke Osman

## Zauberhaft

Kinderverse und Lieder

Zu den ersten Reimen und Liedern, die ein Kind lernt, gehört die Geschichte von der Katze, die im Schnee läuft und sich dort weiße Strümpfe holt: „ABC, die Katze lief im Schnee ...“ Na klar, das kennt wohl jeder.

Doch wie geht's weiter? Das fragte sich Rotraut Susanne Berner und machte sich auf die Suche nach neuen Reimen. Von „DEF, die Katze war mal Chef ...“ bis „VWX, der Katze, der fehlt nix“ läßt die Kinderbuchautorin die Katze so allerhand Abenteuer durchleben. Ein Spaß für alle, die Freude an lustigen Reimen und Bildern haben: **ABC, die Katze lief im Schnee** (Carl Hanser Verlag, München, 22 Seiten, durchgehend farbig illustriert, Pappbilderbuch, 8,20 Euro; ab zwei Jahre). – Zu finden ist die ABC-Katze auch in dem



zauberhaft von Tomi Ungerer illustrierten Kinderliederbuch aus dem Diogenes Verlag. Anne Diekmann hat die schönsten

Melodien gesammelt: **Das kleine Kinderliederbuch** (75 Seiten, Halbleinen, 13,90 Euro). Von „Alle meine Entchen“ über „Hänschen klein“ oder „Laternen, Laterne“ bis hin zu „Schlaf, Kindlein, schlaf“ sind die schönsten Weisen nachzulesen und auch zu singen. Erinnerungen an die eigene Kindheit werden wach und vieles davon möchte man weitergeben an die Enkelgeneration. Dieses Buch ist geradezu ein Füllhorn, aus dem man unendlich schöpfen kann.  
Sis

## Glück im Chaos

Gabriele LINS fragt sich: Bin ich eine gute Hausfrau?

Neulich las ich in einer Zeitschrift, daß sich jede Frau in ihrem Leben wenigstens einmal die Frage stellt: „Bin ich eine gute Hausfrau?“

Ich hatte diesbezüglich noch keine Überlegungen vorgenommen, aber nun fragte ich mich doch. Leider konnte ich mir nicht gleich antworten, weil mir ein Spinnennetz in der Ecke des Wohnzimmerfensters ins Auge fiel, und so holte ich erst einmal einen Besen. Doch dann tat es mir leid, dieses aus Spinnweb gehäkelte Labyrinth, dessen künstlerische Feinheit mich begeisterte, zu zerstören. „Ich gebe dir eine Chance“, sagte ich zu der Weberin, „du kannst ein paar Tage bleiben.“

In diesem Augenblick erklärte die Herbstsonne das Kunstwerk mit schwachem Schein. Leider zeigte sie mir auch, wie trübe die Scheiben waren. Ehe ich sie aber putzen würde, wollte ich erst den Rasen vom Laub befreien. Bevor ich mit dem Harten begann, sog ich die frische Luft tief in meine Lungen. Ich war sehr empfänglich für die herbstliche Schönheit um mich herum, und so fand ich es schade, die Blätter weg zu kehren, die einen Teppich mit goldenem und braunem Muster bildeten. Bis ich Frau Brinkmann im Nachbargarten sah. Sie ist eine penible Frau, die immer für Ordnung und Sauberkeit sorgt, und so verzog ich mich schnell wieder ins Haus. Meine Möbel hatten es ja genau so nötig, befreit zu werden, und zwar vom Staub der Zeit.

Im Zimmer nahm ich mein Putztuch und wienerte drauflos. Doch auch diese Arbeit hielt ich nicht lange durch. Ein heißer Cappuccino mußte erst einmal her. Die Kommode würde ich heute ohnehin nicht mehr in Angriff nehmen, denn die Familie wollte ja am Mittag etwas essen. Mit dem Zeigefinger malte ich noch schnell die Worte „Ich liebe euch!“ mit drei Ausrufezeichen in die Staubschicht, ehe ich mich ans Kochen machte. Na bitte, da hatten sie es schwarz auf weiß, oder besser weiß auf schwarz, wie wohlgeonnen ich ihnen war.

Vom Wischen waren meine Hände rauh geworden, deshalb suchte ich in meiner Küchenschublade die Handcreme; ja suchte, denn in gewissen Kästen herrscht bei mir ein Chaos. Während ich bei meiner Forschungsarbeit alle möglichen und unmöglichen Dinge herausfischte, mußte ich an unseren neugierigen Nachbarsjungen denken, der neulich in der Lade herumgewühlt und vorwurfsvoll ausgerufen hatte: „Das sieht ja hier aus wie bei Hempels!“ Schließlich wurde ich fündig und cremte meine Hände mit der Salbe, deren Haltbarkeitsdatum längst abgelaufen war.

Ob ich eine gute Hausfrau bin? Ehrlich gesagt, ich lerne noch. Zum Beispiel fehlen an manchen meiner Fenster die zarten Gewebe, die man Gardinen nennt, und die ewig im Wege sind. Außerdem versperren sie einem die Sicht auf die Schönheit des herbstlichen Gartens.

Mit dieser ewigen Saubermachelei stehe ich ohnehin auf dem Kriegsfuß. Vor Weihnachten oder Ostern etwa, wenn bei anderen Hausfrauen die Spinnen und Silberfischchen im Putzwasser ertrinken, setze ich mich lieber ans Klavier und singe mit meinen Kindern zusammen Lieder, als daß ich mich in den sogenannten Festtagsputz stürze.

Zu Weihnachten basteln wir Sterne, Ostern bemalen wir Eier und wandern ins Grüne, um den Vögeln beim Nestbau zuzusehen, den Bäumen beim Knospen, den Wolken beim Segeln und den Opas bei der ersten frühjährlichen Gartenarbeit. Hinterher kann ich die Wohnung immer noch pflegen.

Heute habe ich mir vorgenommen, die kaputten Sachen der Familie in Ordnung zu bringen, und habe mir deshalb Nadel und Faden zurrechtgelegt, denn fehlende Knöpfe und abgerissene Mantelaufhänger liegen mir doch ein wenig auf der Seele.

Doch dann fällt mir eine Geschichte ein, die ich schnellstens schreiben muß – nämlich diese hier –, und so denke ich bei mir: Pappas löcherige Socken und die offenen Nähte an den Blusen der Mädchen können noch etwas warten. Vielleicht einen Tag. Oder eine Woche?

Die Frage, ob ich eine gute Hausfrau bin, hat sich damit wohl erledigt. ■

## Tupper, was sonst?

Die Geschichte eines Erfolgs

Für die einen sind sie Kult, für die anderen einfach nur lächerlich. Es gibt aber auch Hausfrauen, die sehen einen tieferen Sinn in den beliebten Tupperpartys. Dort treffen sie andere Hausfrauen, die ebenso begeistert von der Plastikware sind wie sie selbst. Es soll sogar Familien geben, in denen die unverwüstlichen Salatschalen und Kühlschrankschalen vererbt und bereits in der dritten Generation benutzt werden. Und das lohnt sich, schließlich verspricht Tupperware 30 Jahre Garantie und Rückgaberecht.

Die Erfolgsgeschichte der Plastikdosen begann in den 40er Jahren des 20. Jahrhunderts, als der amerikanische Chemiker Earl S. Tupper die „Tupper Plastic Company“ gründete und die Welt der Hausfrauen mit einer luftdicht verschließbaren Dekkelkonstruktion revolutionierte. Seit 1961 gibt's die tolle Dose, die vor allem durch ihr klares Design fasziniert, auch in Europa zu kaufen. Durch das spezielle Vertriebssystem ist eine Kette Hersteller – Verkäufer – Kunde und so gleichsam eine große Familie entstanden.

Doch auch die Ästhetik der Tupperware besticht; so sehr, daß Dose und Co. bereits in renommierten Museen gelandet sind. Noch bis

zum 25. September sind besondere Exemplare im belgischen Design Museum in Gent zu sehen. Ein Katalog (Verlag Hatje Cantz, Stuttgart,



Austausch von Erfahrungen: Tupperpartys sind mehr als nur Verkaufsveranstaltungen.

Foto: Katalog

192 Seiten, 950 Abb., davon 920 farbig, brosch., eingelegt in eine limitierte Tupperware-Box, 39,90 Euro) informiert über die Entstehungsgeschichte und das unverwechselbare Erscheinungsbild einer Produktreihe, die mittlerweile weitaus mehr zu bieten hat als luftdicht verschließbare Plastikdosen.  
os

# »Wir sollten ein Selbstauflösungsrecht einführen«

Interview mit dem Bundesjustizminister a. D. Professor Edzard Schmidt-Jortzig

Wie beurteilen Sie aufgrund Ihrer langjährigen Erfahrung als Bundesjustizminister das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Bundestagsauflösung?

**Schmidt-Jortzig:** Das Bundesverfassungsurteil war für unsereinen nicht sonderlich überraschend. Die Richtung war deutlich angestimmt durch die Entscheidung vom Februar 1983. Aber schon damals gab es, wie ich finde, durchaus schlüssige Kritik daran, daß man sich mit dieser Entscheidung

eben doch vom eigentlichen Text der Verfassung entfernt hat. So versteht es der unbefangene Leser auch heute noch. Juristisch ist es absolut möglich, daß sich die Aussagekraft einer Norm im Laufe der Zeit verändert, daß sich eine ganz bestimmte Praxis herausbildet und nachher, nach, was weiß ich, 20 bis 30 Jahren etwas anderes dabei herauskommt, als sich die Väter und Mütter dieser Norm ursprünglich gedacht haben. Also juristisch, würde ich sagen, ohne jedes Problem, aber für die Gesamtatmosphäre um die Verfassung herum, für den Konsens der Verfassung, für die Akzeptanz der Verfassung ist eine solche Erscheinung



Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes, der über die Bundestagsauflösung entschied: Dr. Gerhardt, Mellinshoff, Professor Osterloh, Professor Jentsch, Professor Hassemer, Professor Broß, Professor Di Fabio und Professor Lübke-Wolff (von links) Foto: Bundesverfassungsgericht

natürlich nicht so glücklich. Immerhin soll die Verfassung nicht nur für Fachjuristen dasein, sondern für jeden Bürger. Das heißt, jeder muß relativ zügig verstehen können, was mit den Normen gemeint ist, und von daher habe ich schon seit längerem die Meinung vertreten, wir sollten an dieser Stelle wirklich ein offenes Selbstauflösungsrecht einführen, damit man diesen doch etwas verqueren und nicht von allen so klar erkennbaren Weg der Auflösung über die angebliche Vertrauensfrage, nicht braucht.

Das heißt, Karlsruhe konnte gar nicht anders entscheiden?

**Schmidt-Jortzig:** Ja, insbesondere wenn man nicht vom reinen Reißbrett her die Juristerei im Staatsrecht betreibt, sondern immer auch voll im Auge hat, wie sehr verzahnt das alles mit politischen Entwicklungen und Kräftespielen ist, daß sich hier nachher das Gericht nicht zum politischen Oberschiedsrichter macht, um zu sagen: „Du hattest aber wirklich noch eine Mehrheit, Kanzler, der Du jetzt vorgeblich daran gezweifelt hast.“ Das wäre sicherlich nicht richtig. Man hätte sich nur bei anderen Entscheidungen auch so viel politische Zurückhaltung des Gerichts gewünscht. An anderer Stelle hat das Bundesverfassungsgericht nämlich sehr wohl mit eigener politischer Wertung seine Entscheidung getroffen. Aber ich finde es eben richtig, wenn sich das Gericht zurückhält – politische Entscheidungen sind nicht seine Sache. Irgendwo habe ich gelesen, die Richter würden sich damit der in den USA beim Obersten Gericht herrschenden politischen Doktrin anpassen. Die sagen dann, es sei eine ganz hochpolitische Entscheidung, da halten wir uns raus, da entscheiden wir also gar nicht darüber. So geht's hier natürlich nicht, die Karlsruher Richter müssen entscheiden, aber bei der politischen Wertung sollten sie sich nur dann in die Brezche werfen mit eigenen Äußerungen, wenn sich wirklich eindeutig eine andere Entscheidung aufdrängt als die der jeweiligen politischen Organe.

Ist diese Entscheidung ein deutliches Zeichen, daß wir eigentlich eine neue, eine richtige vollwertige Verfassung brauchen?

**Schmidt-Jortzig:** Nein, das auf keinen Fall. Das Grundgesetz ist ja eine vollwertige Verfassung, da wird zwar immer wieder etwas verändert, aber das ist auch richtig. Wenn man nicht versuchte, sich mit dem Grundge-

setztext an die Bedürfnisse der Zeit anzupassen, dann würde sich so etwas wie wir es jetzt mit dieser Vertrauensfrage erleben, noch viel häufiger einstellen. Das heißt der Druck der Verhältnisse würde sich einfach seine eigenen Wege suchen. Das Grundgesetz ist ja hoch angesehen und nach wie vor ein Exportschlager in vielen Teilen der Welt, aber wir müssen an der Entwicklung dranbleiben und wo Bedarf ist, etwas zu ändern, dies auch tun. Das ergibt sich im übrigen für Europa pausenlos, da ist das eben nachzubessern. Immer werthalt sollte man dabei aber sehen, ob denn nun diese Entwicklung in die Richtung, in die sie drängt, so weiterlaufen soll, oder ob man nicht doch versucht, die Entwicklung irgendwie einzudämmen oder zu kanalisieren oder aufzuhalten. Daß man auf Entwicklungen reagiert, ist das A und O einer lebenden Verfassung.

Und wie sind die Chancen, daß das Grundgesetz in wichtigen Bereichen geändert wird, so beim Selbstauflösungsrecht?

**Schmidt-Jortzig:** Ja, das ist Spekulation. Wir haben schon beim ersten größeren Anlauf einer Verfassungsrevision, der Verfassungsreform nach der deutschen Wiedervereinigung, mit einer ausdrücklichen gemeinsamen Verfassungskommission von Bundesrat und Bundestag in diese Richtung heftig argumentiert. Aber nachdem dann der Druck raus war, hat sich keiner mehr so recht engagieren wollen – das könnte jetzt auch passieren. Solange das Bundesverfassungsgericht noch nicht entschieden hat, oder solange der Bundespräsident noch nicht entschieden hatte, also nur die Ankündigung von Schröder und Müntefering im Raum stand, da waren alle möglichen Seiten für

eine Änderung. Jetzt wird das deutlich weniger, weil der Druck weg ist, und nach der Wahl muß man sehen, ob noch Enthusiasmus für diese Frage besteht. Ich fände es ausgesprochen erwägenswert so zu handeln. Andere sagen wieder, was wollt Ihr denn, wir haben 1982, Ende 1982, die erste dieser sogenannten unechten Vertrauensfragen gehabt und erst 2005 im Sommer wieder, also das sind 23 Jahre, da könnte man doch damit leben, wenn das erst im Jahre 2028 wieder passiert, da müssen wir nicht jetzt eine neue Verfassungsnorm ...

Sie meinen, die politische Kultur nimmt keinen so starken Schaden wie das oft befürchtet war?

**Schmidt-Jortzig:** Ich weiß es eben nicht, aber ich möchte dem auf jeden Fall vorbeugen und auch schon die Anlage zu solcher Entfernung vom Text vermeiden. Da wir mit allen Bundesländern die Erfahrung in deren Landesverfassungen gemacht haben, daß das Selbstauflösungsrecht ein sehr gelindes und ausgewogenes Mittel ist, mit dem überhaupt kein Mißbrauch getrieben wurde, spricht für mich nichts dagegen. Wir stehen mit dem Parlament, mit dem Bundestag heute auch ganz anders da als beispielsweise mit dem Reichstag in der Weimarer oder in der kaiserlichen Reichsverfassung. Daher ist das meines Erachtens wirklich in einer gewachsenen parlamentarischen Demokratie die richtige Fassung, wenn man ein förmliches Selbstauflösungsrecht verankert. Aber man braucht dafür Zwei-Drittel-Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat und, ob man die erreicht, ist Spekulation. ■

Die Fragen stellte Sverre Gutschmidt.

## Bundestagswahl am 18. September 2005



Dr. Angela Merkel  
Kanzlerkandidatin von  
CDU und CSU

### CDU Deutschlands – Verlässlicher Partner der Vertriebenen

Vertreibung bleibt Unrecht! Das darf nicht verdrängt und vergessen werden. Mit einem „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin und einem „Nationalen Gedenktag für die Opfer der Vertreibung“ wollen wir im Geiste der Versöhnung ein Zeichen setzen.

Die Solidarität mit den berechtigten Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und der deutschen Volksgruppen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa ist für uns eine selbstverständliche Verpflichtung.

Die Kultur der Deutschen aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa und das kulturelle Erbe der deutschen Vertriebenen sind fester Bestandteil der deutschen Kultur und Teil der gesamtdeutschen Identität. Wir setzen uns ein für den Erhalt dieses kulturhistorischen Erbes sowie für eine Stärkung des Dialogs mit den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas.

Die CDU Deutschlands ist ein verlässlicher Partner der Vertriebenen. Das wird auch künftig so bleiben.

Helfen Sie mit, dass es in Deutschland wieder aufwärts geht und die Interessen der Vertriebenen dabei gewahrt werden. Nehmen Sie bitte an der Bundestagswahl teil! Die CDU dankt Ihnen für Ihr Vertrauen!

www.cdu.de



## Ad personam

Professor Edzard Schmidt-Jortzig kam im Kriegsjahr 1941 in Berlin zur Welt. Nach Abitur und Studium habilitierte er sich in Jura. Seit 1982 hat er an der Universität Kiel den Lehrstuhl für Öffentliches Recht inne. 1994 wurde er Dekan.

Im zweiten Hauptbeziehungswesen Nebenamt war der verheiratete Vater vierer Kinder von 1983 bis 1989 am Oberverwaltungsgericht Lüneburg, 1989/90 in Schleswig und 1992 bis 1994 am Verfassungsgerichtshof Sachsen als Richter tätig.

Neben dem Wissenschaftler und dem Richter gibt es auch noch den Politiker Schmidt-Jortzig. Von 1994 bis 2002 war der Freidemokrat im Bundestag. Von 1996 bis zum Ende der christlichliberalen Koalition saß er als Bundesminister der Justiz im Kabinettschiff Kohls. Nach dem Regierungswechsel leitete er bis 2002 den Arbeitskreis „Innen-



Professor Edzard Schmidt-Jortzig  
Zeichnung: cos

und Rechtspolitik“ der FDP-Bundestagsfraktion. Von 1997 bis 2002 war der Protestant zusätzlich Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland. Seit 2002 ist der Jurist wieder voll zurück im Professorenamt. ■

## Stolpe gibt nach

»Aufbau Ost«-Bericht kommt noch vor der Wahl / Von Hans HECKEL

Der „Aufbau-Ost-Minister“ des Kanzlers, Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe (SPD), will entgegen seinem bisherigen Plan den „Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit“ nun doch noch vor der Bundestagswahl am 18. September veröffentlichen.

Zunächst hatte Stolpe vorgehabt, den Bericht erst zum 3. Oktober, also nach dem Urnengang, vorzulegen. Dagegen hatte es Protest gehagelt.

Sogar der SPD-Politiker Stephan Hilsberg, von 2000 bis 2003 Stolpes Staatssekretär, hatte bemängelt, der Minister erwecke so nur den Eindruck, als habe er etwas zu verbergen. In der Tat erwarten Experten wenig Gutes von dem Report. Die Bevölkerungsentwicklung etwa ist nach wie vor besorgniserregend, wie die Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen. Auch der wirtschaftliche Aufholprozess ist nach den Wachstumsraten seit 1996 zum Erliegen ge-

kommen. Vergangenes Jahr hatten Fachleute wie Joachim Ragnitz vom Institut für Wirtschaftsforschung in Halle dem Minister bereits „Schönfärberei“ vorgeworfen.

Stolpes Bericht wird aus Zeitnot erstmals ohne vorherige Beratung im Bundeskabinett veröffentlicht. Da Schröders Kabinett bis zum 18. September nicht mehr zusammentrete, seien solche Beratungen unmöglich, heißt es aus Berlin. ■



# Werden und Wachsen einer Metropole

Königsbergs Staatliche Kunstgalerie zeigt sechs Ausstellungen zur 750-Jahrfeier der Pregelmetropole

Rechtzeitig zur 750-Jahrfeier der Stadt Königsberg ist es der Staatlichen Kunstgalerie gelungen, sechs Ausstellungen für ihr Haus zu gewinnen. Gemeinsam mit den Leihgebern mußten dabei schier unüberbrückbar erscheinende Widerstände bewältigt werden.

„Blicke von innen und außen“ lautet der Titel der ersten Ausstellung. Über die Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius erhielt die Kunstgalerie großformatige Schwarzweiß-Fotografien, die vom Stadtleben innerhalb Königsbergs, also dem pulsierenden Leben in den Straßen, in den Geschäften, am Hafen und am Pregel berichten. Die Fotos wurden mit modernster Technik in bewundernswerter Perfektion auf mehrerhohe Platten aufgezogen.

„750 Jahre Stadtgeschichte Königsberg, dargestellt in Postkarten, Übersichts- und Teilstadtplänen“ lautet der Titel der zweiten Ausstellung. Wie zur ersten Ausstellung passend, stellte die Stadtgemeinschaft Königsberg aus Duisburg Texte und Bildtafeln in den Maßen 50 mal 100 Zentimeter zur Stadtgeschichte zur Verfügung. Auf 20 Tafeln finden sich Teilstadtpläne aus dem Jahre 1931, die von großformatigen Postkarten umgeben sind. Pfeile weisen von der Postkarte auf den jeweiligen Standpunkt im Stadtplan hin. Somit ergibt sich eine Dokumentation des alten Stadtbildes dieser bezaubernden Stadt mit ihren Gebäuden und Plätzen, die aus der Zeit vor der Renaissance bis 1944 stammen.

Unter dem Titel „Werden und Wachsen der Stadt Königsberg“ bietet die ebenfalls von der Stadtgemeinschaft Königsberg stammende dritte Ausstellung eine visuelle Chronologie der Stadt Königsberg mit Huldigungen, Faksimiles von wichtigen Dokumenten, Siegeln und weiteren Exponaten. Um die Entwicklung der Stadt aufzuzeigen, stiftete die Stadtgemeinschaft weitere Tafeln zum „Werden und Wachsen“ der

Stadt. Der Zweite Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Lorenz Grimoni hatte eine Auswahl aus dem Bestand des Museums ausgewählt, um damit die fast 700jährige Stadtgeschichte bis 1945 chronologisch mit Texten, Bildern und Karten darzustellen.

Den einen oder anderen mag es verwundern, daß diese drei Ausstellungen derzeit in der Kunstgalerie stattfinden und nicht in einem Geschichtsmuseum. Die Direktorinnen Kozebenkova und Zabolotskaya haben erkannt, daß die künstlerisch-bildliche Darstellung des stadtegeschichtlichen Themas maßgeblich auch zur Geschichtsbewältigung beitragen kann. So erfreuten sich gerade die beiden letztgenannten Ausstellungen der Stadtgemeinschaft sofort nach Öffnung der Türen einer großen Resonanz von Schulen, Vereinen und der Universität.

„Königsberger Kunstakademie im 19. und 20. Jahrhundert“ ist die vierte Ausstellung betitelt. Bis Ende Juli war nicht vollends sicher, ob diese ebenfalls von der Stadtgemeinschaft stammende Ausstellung unter diesem Titel verwirklicht werden könne. So waren zwei Anläufe erforderlich, die Grenze zwischen der Republik Polen und der Russischen Föderation zu passieren. Unter den insgesamt

130 ausgeliehenen Bilder waren Werke der Maler Fritz Baedelt, Erich Berendt, Eduard Bischoff, Lovis Corinth, Ludwig Dettmann, Julius Freymuth, Käthe Kollwitz, Rudolf Krauskopf, Vala Lamberger, Max



Eröffnung der Ausstellung „Königsberger Kunstakademie im 19. und 20. Jahrhundert“: Die Direktorin der Kunstgalerie Galina Zabolotskaya (Mitte) mit Lorenz Grimoni (links von ihr) und Dr. Eberhard Neumann-Redlin v. Meding (rechts von ihr)

Foto: Neumann-Redlin v. Meding

Lindh, Kurt D. Losch, Marianne Mangold-Nienhaus, Helene Neumann, Karl Storch d.Ä., Daniel Stachus, Emil Stumpp und Heinrich Wolff. All diese Bilder repräsentieren Königsberg, das mittlere Ostpreußen, also überwiegend das Samland und die Kurische Nehrung, über einen Zeitraum von exakt 100 Jahren ab der Gründung der Kunstakademie im Jahre 1844.

Wie die Auswahl der Bilder bereits vermuten läßt, kommen überwiegend die Schüler der Akademie zur Geltung. Der Versuch, weitere Bilder beispielsweise von Carl Steffek aus der Alten Nationalgalerie in Berlin auszuleihen, scheiterte (trotz großen Entgegenkommens seitens der Berliner Galerie) an den widrigen Umständen des Transportes und Versicherungsfragen, letztendlich auch an den damit verbundenen extrem hohen Kosten. Die Bilder stammen daher überwiegend aus dem Museum Stadt Königsberg in Duisburg, aber auch aus dem Archiv der Franz-Neumann-Stiftung in der Stiftung Königsberg (Bilder von Helene Neumann, Ludwig Dettmann und H. Wolff) sowie von der Familie J. Artz in Berlin (Kurt-Losch-Bilder, Film über die Kunstszene Preußens im allgemeinen und Berlins im besonderen zur Zeit

Loschs). Zu dieser Ausstellung wurde von der Kunstgalerie, im Zusammenwirken mit Grimoni und Neumann-Redlin von Meding, ein Katalog erstellt, der auch auf die Geschichte der Kunstakademie eingeht. Dieser Katalog ist über die Geschäftsstelle der Stadtgemeinschaft, E-Mail: geschaeftsstelle@stadtgemein-schaft-koenigsberg.de, erhältlich.

Waren in dieser Ausstellung zum Thema Kunstakademie nur drei Bilder von Lovis Corinth vertreten, so präsentierte die Zeit-Stiftung bereits am 1. Juli eine ausschließlich Lovis Corinth gewidmete Ausstellung, die einen ganzen Raum ausfüllte. Bereits das erste Bild mit dem Titel „Sünd-Flut“ charakterisiert die

## Die Russen sind nicht weniger interessiert als die Deutschen

Problematik, die Corinth mit der Königsberger Kunstakademie hatte. Er war hier zunächst ein krasser Außenseiter, der, seiner Zeit voraus, mit bizarren Strichen beispielsweise weibliche Akte in drastischer Darstellung zu Papier brachte. In der Stadt Königsberg galt er daher zunächst als „wilder Mann“. Erst nach seiner Münchener Phase, nach Paris, Antwerpen und nach hoher Anerkennung in Berlin, kam es zur Rehabilitation seiner Person und seiner Werke im als konservativ bekannten Königsberg.

Von der Familie Mollenhauer stammte eine Ernst-Mollenhauer-Ausstellung. Es sei lobend hervorzuheben, daß die Nachfahren Ernst Mollenhauers keine Mühe (und auch kein Geld) gescheut haben, große, überwiegend gerahmte Ge-

mälde aus der Hand dieses großen ostpreußischen Malers in die Kunstgalerie nach Königsberg zu schaffen. Zur Aufnahme dieser herrlichen Ölgemälde wurde ein heller Raum zur Verfügung gestellt. Ernst Mollenhauer lernte 1913 und 1914 an der Kunstakademie. Er ist aber nicht so sehr über die Akademie, sondern mehr über die Künstlerkolonie Nidden bekannt geworden, wo er lange Jahre lebte und arbeitete.

Der Vollständigkeit halber sei hier angefügt, daß die Stadtgemeinschaft Königsberg zwei weitere Ausstellungen in Königsberg organisierte. Über die Naturwissenschaftliche Ausstellung in der Universität wurde bereits in der Folge 29 berichtet. Eine weitere von Grimoni konzipierte Ausstellung im Deutsch-Russischen Haus mit dem Titel „Königsberger Demokraten im 19. Jahrhundert“ handelt auf großformatigen Tafeln analog zur zweiten und drittgenannten Ausstellung überwiegend das Leben für Königsberg und darüber hinaus wichtiger Persönlichkeiten ab. Der Reigen reicht von Johann Jacoby über Eduard von Simson und Albert Dulk bis Carl Friedrich Goerdeler.

Für alle diese Ausstellungen zeichnete sich bereits nach ihrer Eröffnung ein reges Interesse des Publikums ab. Hierbei steht das Inter-

esse der heutigen Bewohner dem Nostalgie-Empfinden der deutschen Königsberger in keiner Weise nach. Das findet auch in den Exponaten seinen Ausdruck. So trägt aus dem Besitz eines russischen Bürgers ein Bild von Maria Seeck zum Gelingen der Kunstakademie-Ausstellung bei. Insofern erfüllt die Kunstgalerie eine zukunftsweisende Aufgabe im 750. Jahre des Bestehens der Stadt: Anerkennung und Bejahung der deutschen, europäischen Geschichte und Übernahme der Kulturpflege Königsbergs seitens der neuen Generation der russischen Bevölkerung. Dafür sei ihr gedankt.

Eberhard Neumann-Redlin von Meding

## Alle Ausstellungen stoßen auf ein großes Interesse

# Jeden Sonntag kommen 180 bis 200 Gläubige

Ostpreußenreise der Kreisgemeinschaft Schloßberg führte auch zur evangelisch-lutherischen Auferstehungskirche in Königsberg

Bei der von Schloßbergs Kreisvertreter Arno Litty organisierten diesjährigen Ostpreußenreise gehörte auch ein vorher abgesprochener Besuch der evangelisch-lutherischen Kirche in Königsberg, der Auferstehungskirche, zum Programm.

Da Propst Heye Osterwald im verdienten Urlaub weilte, wurde die Reisegruppe von Pastor Thomas Passauer begrüßt. Der pensionierte Pastor Passauer ist in Angerapp geboren. Sein Vater war dort ebenfalls Pastor.

Pastor Passauer ging dann auf die Baugeschichte der Kirche und auf den Werdegang der Gemeinde ein. Die Kirche steht auf einem Teil des ehemaligen Luisenfriedhofs im (Postanschrift heute) Prospekt Mira 101, 236010 Kaliningrad / RUS. Der Baubeginn mit Architekt Pawel Gorbatsch war im Dezember 1996. Im unfertigen Bau fand am 29. November 1998 der erste Gottesdienst statt – die offizielle Einweihung war am 11. April 1999.

Das Gemeindezentrum mit dem großen Saal, der gut 450 Sitzplätze zählt, mit einigen Gemeinderäumen für jung und alt sowie den Büros, ist der Versammlungspunkt für die Gemeindeglieder aus der Stadt und den seit dem Zerfall der UdSSR 1990/91 unter schwersten Verhältnissen gegründeten, inzwischen 43 Gemeinden der Propstei. Alleine in Königsberg gibt es rund 500 Familien mit über 1.200 Gemeindegliedern. Im gesamten Königsberger Gebiet zählt die Evangelisch-lutherische Kirche etwa 3.000 Mitglieder. Der Ostteil der Propstei mit zehn Gemeinden wird von Gumbinnen, acht Gemeinden werden von Insterburg, der Nordteil mit zehn Gemeinden wird von Heinrichswalde und der Westteil mit 18 Gemeinden wird von Königsberg aus betreut.

Während des sonntäglichen Gottesdienstes, zu dem parallel der Kindergottesdienst stattfindet, ist die Auferstehungskirche mit 180 bis 200 Gläubigen gut gefüllt. Die gehen



Auferstehungskirche: Der Besuch des Gotteshauses stellte einen wichtigen Programmpunkt der Ostpreußenfahrt dar.

Foto: Heidenreich

nach dem Gottesdienst aber nicht gleich nach Hause, denn anschließend wird ausgiebig die Möglichkeit der Begegnung genutzt, so Pastor Passauer. Auch der Kirchenrat trifft zusammen. Weiterhin gibt es bereits einen Bibelkreis, einen Frauenkreis, einen kleinen Chor, einen Flötenkreis, einen Jugendkreis, Konfir-

mandenunterricht, insbesondere für Erwachsene, mehrere Kurse zum Erlernen oder Verbessern der deutschen Sprache, und in größeren Abständen finden Mitarbeiterschulungen für die Kinder- und Jugendarbeit statt. Seit 1995 wurden jährlich zwei große Jugendfreizeiten in Masuren durchgeführt. Im Mai 2005

wurden 15 Erwachsene getauft und konfirmiert.

Pastor Passauer betonte, daß es sich um eine eigenständige evangelisch-lutherische Kirche in der Russischen Föderation handelt und werte das offizielle Verhältnis zur orthodoxen Kirche als schwierig. Mit der katholischen Kirche gäbe es keine Probleme. Als überzogen wertete Passauer den Neubau der orthodoxen Erlöser-Kathedrale am Königsberger Hansaplatz für die doch relativ kleine Gemeinde.

C.-J. Heidenreich

Weitere Informationen über die Auferstehungskirche enthält die Internetseite [www.propstei-kaliningrad.org](http://www.propstei-kaliningrad.org). Die Propsteiverwaltung ist per Telefon über die Nummer 007 / 0112 / 956401 und per E-Mail über die Adresse [propstei@kaliningrad.ru](mailto:propstei@kaliningrad.ru) erreichbar. Wer an der nächsten Ostpreußenfahrt unter der Leitung der Kreisgemeinschaft Schloßberg vom 8. bis 20. Mai nächsten Jahres interessiert ist, erhält Auskunft bei dem Kreisvertreter Arno Litty, Telefon (0 30) 7 03 72 62 oder seinem Stellvertreter Christian-Jörg Heidenreich, Telefon (0 48 21) 8 48 33.

NOTIERT

**Erstmals wird in Königsberg ein** Fernsehfilm für das deutsche Fernsehen gedreht. Produziert wird der Film von der Hamburger Firma Polyphon. Das Drehbuch für die Tragikomödie mit dem Titel „Reise nach Königsberg“ schrieb Peter Kahane, der auch Regie führt und schon einige Male mit dem Hauptdarsteller Wolfgang Stumph zusammengearbeitet hat. In weiteren Rollen wirken Suzanne von Borsody, Andrea L'Arronge und Ellen Schwiens mit. Außerdem spielen die russischen Darsteller Victor Animisow und Chulpan Khamatova mit. Die Spielhandlung beruht auf einem Tatsachenbericht. Der letzte Wille seiner verstorbenen Mutter führt den Dresdner Bauunternehmer Walter Steinhoff (Wolfgang Stumph) auf eine ungewöhnliche Reise nach Ostpreußen. Hier begegnet er der jungen attraktiven Reiseführerin Nadescha (Chulpan Khamatova) und einer rätselhaften Frau (Suzanne von Borsody), die für ihn große Bedeutung gewinnt. Denn als er die Asche seiner Mutter in Königsberg verstreut, erfährt Steinhoff von ihr, daß sein Vater ein ganz anderer war, als er bisher annahm. Wer er wirklich war, werden die Bundesbürger wohl spätestens nächstes Jahr erfahren, denn dann soll der Fernsehfilm vom Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) ausgestrahlt werden.

**Die Vorentscheidung** ist gefallen: Offizielle Anwärter auf den frei werdenden Gouverneursessel in Königsberg sind der amtierende Vize-Gouverneur Juri Schalimow und der Staatsduma-Vize Georgi Boos. Dies teilte Putins Beauftragter für die Nordwest-Region, Ilja Klebanow, nach Beratungen in der Pregelmetropole mit. Sowohl Boos als auch Schalimow sind Mitglieder der Putin-Partei „Edinaja Rossija“. Eine liberalere Politik der „langen Leine“ für Ostpreußens Hauptstadt jenseits des in den letzten beiden Jahren offenbarten Nationalismus ist vor diesem Hintergrund nicht zu erwarten. **BK**

**Boguslaw Rogalski**, Mitglied des Europäischen Parlaments aus dem südlichen Ostpreußen, ist aus der Liga polnischer Familien (LPR) ausgetreten. Der Rücktritt ist, wie er in einer Pressekonferenz unterstrich, ein Protest gegen die parteiinterne Gruppe um Roman Giertych. Zusammen mit Rogalski verließen Witold Lada und Jan Moczulski die euroskeptische, nationalkatholische Partei. Das Faß zum Überlaufen brachten die Unregelmäßigkeiten bei den Wahlvorschlägen der LPR im Wahlbezirk Elbing. Dort waren andere Kandidaten gemeldet worden als vorher im Bezirksvorstand beschlossen. Laut Rogalski ist seine ehemalige Partei inzwischen ein Imperium der Angst, orientiert an den Bedürfnissen eines einzelnen Menschen - Roman Giertych. Ferner behauptet Rogalski, daß Giertych sich seine Loyalität mit einer hochbezahlten Stelle für seine Ehefrau habe kaufen wollen. 15.000 Zloty (rund 3.700 Euro) pro Monat hätte seine Frau verdienen sollen. Er jedoch habe sich der auch an andere EU-Abgeordnete der Liga ergangenen Aufforderung, sich schriftlich zur Loyalität gegenüber dem Parteivorsitzenden zu verpflichten, widersetzt und verlasse nun guten Gewissens diese Partei. **■**

**Stanislaw Szatkowski**, Woiwode von Ermland und Masuren, sowie Kommunalpolitiker Goldaps waren sich in einem Gespräch einig, daß die für die Stadt wichtigsten Investitionen der Ausbau des Grenzüberganges zum Königsberger Gebiet und die etwa 50 Millionen Zloty (rund zwölfhundert Millionen Euro) teure Umgehungsstraße seien. Laut dem Woiwoden verlaufen die Arbeiten am Übergang planmäßig, so daß sie im Oktober abgeschlossen werden könnten. **■**

sucht? (Jürgen Lenzky, Gerhart-Hauptmann-Straße 23 a in 51515 Kürten, Telefon 0 22 07 / 75 85 / Fax 0 22 07 / 50 55.)

Versprocke ös verschräwe! In unserm Falle und familienbezogen: Was versprochen ist, wird auch geschrieben! Es geht um die nochmalige Suche nach der ehemaligen Nachrichtenhelferin **Margarete Loseith** aus Tilsit oder Umgebung, nach der unsere Leserin **Gertrud Bormann** geborene **Damasky** bisher vergeblich geforscht hat. Wir hatten ihren Suchwunsch im Januar 1999 gebracht - seitdem hat sich nichts getan, es gibt keine Spur von der Frau, die heute etwa 83 Jahre alt sein müßte - wenn sie noch lebt. Und das erscheint fraglich, denn auch keine der ehemaligen Kameradinnen aus der Verdun-Kaserne in Gießen, in der sich die „Heeresschule für Nachrichtenhelferinnen“ befand, an der während der Kriegsjahre junge Frauen ihre Ausbildung erhielten, weiß etwas über das Schicksal von Margarete Loseith. Die Fernmeldetechnik im Zweiten Weltkrieg will der in Gießen gegründete Verein „Bunker-Museum Hansa“ in einem Museum für historische Fernmeldetechnik zeigen, wobei auch die Tätigkeit der Nachrichtenhelferinnen dokumentiert wird, die zuerst an Fernsprecher und Fernschreiber, gegen Kriegsende auch als Funkerinnen, ausgebildet wurden. In der HSFN war Margarete Loseith in den Jahren 1942/43 als Nachrichtenhelferin eingesetzt, danach meldete sie sich zum Einsatz in Italien. Das war das Letzte, was Gertrud Bormann über den Lebensweg von „Gretel“

erfuhr, die mit ihrem Bruder **Helmut Damasky** sehr befreundet war. Auch nach dessen Tod vor zehn Jahren suchte seine Schwester weiter - und will es jetzt mit unserer Hilfe noch einmal versuchen. Es bleiben also die Fragen: Wurde Margarete Loseith 1943/44 in Italien eingesetzt oder in einem anderen Gebiet? Wer war mit ihr zusammen und kann Hinweise über ihren Verbleib geben? Leider weiß Frau Bormann wenig über die Herkunft der Vermißten, die Familie Loseith könnte eine Landwirtschaft im nördlichen Ostpreußen besessen haben. Auch ein diesbezüglicher Hinweis kann weiterhelfen. Wir hoffen jedenfalls, daß unsere erneute Suche, die ich Frau Bormann auf dem Deutschlandtreffen in Berlin versprochen habe, endlich Erfolg hat. (Gertrud Bormann, Heckenbergstraße 20 in 35457 Lollar, Telefon 0 64 06 / 90 71 70.)

Es ist so erfreulich, daß sich immer mehr jüngere Menschen für Ostpreußen interessieren, vor allem aus der Enkelgeneration der Vertriebenen. Sie möchten etwas über ihre Wurzeln wissen - so wie die junge Nachbarin unserer Leserin **Eleonore Vollhardt** aus Neckar-gemünd. Deren Großmutter stammte aus Groß Jägersdorf - nein, der Ort liegt nicht bei Königsberg, wie vermutet, sondern im Kreis Insterburg. Einige Fakten über Gut und Dorf konnte ich übermitteln, aber die junge Frau würde sich freuen, wenn sie noch andere Informationen bekäme, am liebsten von ehemaligen Bewohnern. Sie selber besitzt noch einige Fotos, die auf der Flucht gerettet werden konnten. Eleonore Vollhardt will gerne übermitteln, bitte sich deshalb an ihre Anschrift zu wenden: Falltorstraße 53 in 69151 Neckarsgemünd, Telefon / Fax: 0 62 23 / 12 03.

Eure



Ruth Geede

chael Petri, der wahrscheinlich in Ischdaggen (Moorhof) eingehiratet hat. Wenn diese Lücke in seiner beneidenswert langen Ahnentafel geschlossen werden kann, wäre Herr Lotzkat sehr froh. (Günther Lotzkat, Am Kanal 17 in 30823 Garbsen, Telefon 0 51 37 / 1 29 98 19.)

Nach diesen schwierigen Fragen, die so weit in die Vergangenheit zurückgehen, kommt einem der Wunsch von **Jörg Nowotnik** aus Rostock fast neuzeitlich vor, denn es handelt sich bei ihm „nur“ um die Zeitspanne von hundert Jahren. Damals war sein Urgroßvater Franz **Albert Max Kehler** Pfarrer in Pillau. Er soll ein sehr stattlicher Mann gewesen sein, über zwei Meter groß, und auch als Garnisonsparrer amtiert haben. Mehr weiß Herr Nowotnik nicht, aber er möchte als „Ostpreuße in 3. Generation“ alles über seinen Großvater und soviel wie möglich über Pillau wissen. Also, liebe Pillauer: Helft diesem „Ostpreußen in 3. Generation“, wie Herr Nowotnik sich bezeichnet. Vielleicht gibt es ja auch noch kirchliche Familienpapiere wie Taufscheine, Konfirmationsblätter oder Heiratsurkunden, die den Namen von Pfarrer Kehler tragen! (Jörg Nowotnik, Schwaaner Landstraße 190 in 18059 Rostock, Telefon 03 81 / 4 58 20 76, E-Mail: digger.nowotnik@web.de.)

Unser Königsberger Landsmann **Eberhard Weichhaus** erblickte am 15. Dezember 1941 in der Wohnung seiner Großeltern **Soult** das Licht der Welt. Die lag in der Friedmannstraße 1, Ecke Litauer Wall.

**Die ostpreußische Familie**

Sein Großvater **Ferdinand Soult** war bei der Straßenbahn. Großmutter **Wilhelmine Soult** geborene **Mix** hatte fünf Kinder. Tochter **Else**, die Mutter von Eberhard, wohnte mit ihrem Ehemann **Otto Weichhaus** auf dem Gelände des Kleingärtnervereins „Morgenrot“, etwa zwei Kilometer vor dem Sackheimer Tor. Eberhard hat noch einen älteren Bruder, den 1929 geborenen **Martin**, der damals in Liep zur Schule ging und danach eine Schlosserlehre bei Schichau begann. Herr Weichhaus sucht nun ehemalige Bewohner aus dem Haus Friedmannstraße 1 sowie Nachbarn und Bekannte aus dem Kleingärtnerverein und Liep, die sich an seine Familie erinnern. (Eberhard Weichhaus, Modemannstraße 26 in 51065 Köln.)

Mit Liep habe ich allerdings so meine Bedenken. Denn vor einiger Zeit hatte **Jürgen Lenzky** vergeblich nach ehemaligen Bewohnern von Liep gesucht, die seine Großeltern **Fritz** und **Emma Kirstein** gekannt hatten. Sie wohnten in der sogenannten „Bernsteinsiedlung“ im Sudetenlandweg 51. Opa Fritz war bei der Bernsteinmanufaktur beschäftigt. Herrn Lenzky's Mutter ist die 1918 geborene **Elsa Lenzky** geborene **Kirstein**, die 1945 mit ihrem damals dreijährigen Sohn auf die Flucht ging. So hat Jürgen Lenzky keine Erinnerungen an Liep, er möchte aber mehr über die Stadtrandsiedlung vor dem Sackheimer Tor wissen. Seine Großeltern väterlicherseits, der Straßenbahner **Ernst** und seine Frau **Elisabeth** Lenzky, wohnten in der Kniprodestraße, wer kannte sie? Leider hat Jürgen Lenzky nicht eine Zuschriфт auf seinen ersten Suchwunsch bekommen - das kommt bei unserer Ostpreußische Familie nicht oft vor! - vielleicht klappt es jetzt beim zweiten Ver-

**Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,**

in den Süden Masurens führen auch die Fragen von Gerhild Weiß aus Preetz, die ihre relativ gut zusammengestellte Familiengeschichte noch ergänzen möchte, um sie bei einem geplanten Familientreffen so vollständig wie möglich vorzulegen. Es geht um den Ort Kibissen, Kreis Johannisburg, der zum Kirchspiel Großrosen gehörte. Ihr Urgroßvater Ludwig Salamon heiratete 1859 Sofie Nowosadek und bewirtschaftete den Hof seines Schwiegervaters, der nach den Erinnerungen seines Sohnes August „der größte und schönste Hof in Kibissen“ gewesen sein soll. Es gab allerdings nicht viele Gehöfte in der östlich des Diebauer Sees gelegenen Ortschaft. Frau Weiß glaubt, daß diese heute nicht mehr existiert. Kibissen erhielt aber noch einen polnischen Namen: „Borki“. Wer erinnert sich noch von den alten Bewohnern an den Ort und an den genannten Hof? Diese Frage stellt Frau Weiß auch über Worellen (Runden), Kreis Darchemmen / Angerapp, denn dort besaßen die Eltern ihrer Großmutter Ida Salamon eine Landwirtschaft. Eduard Buttgerit und seine Frau Emma Auguste, geborene Starfinger, ließen ihren Töchtern Ida und Lotte eine gute Ausbildung zukommen. Wer kannte den kleinen Ort, der zur Gemeinde Kleschowen (Kleschauen) gehörte? Ach ja, und eine dritte Frage hat Gerhild Weiß auch noch. Es gibt ein Porträt von ihr als dreijährigem Mädchen, das 1943 entstanden ist. Sie erinnert sich noch gut an die - nicht sehr geliebten - Sitzungen bei dem Maler, der im selben Haus, Tragheimer Pulverstraße 61 a, wohnte. Da die kolorierte Bleistiftzeichnung keine Signatur aufweist, hätte sie gerne den Namen des Malers gewußt. Vielleicht helfen ehemalige Nachbarn oder Künstlerfreunde? (Gerhild Weiß, Platenstraße 5 in 24211 Preetz, Telefon 0 43 42 / 29 21, E-Mail: gerhild.weiss@gmx.net.)

Meinem Landsmann **Günther Lotzkat** muß ich zuerst persönlich Dank sagen, denn er hilft mir bei meiner Ahnensuche, und nun kann ich ihm auch helfen, wenn ich seinen Wunsch veröffentliche. Aber mehr auch leider nicht, das andere muß dann unsere Ostpreußische Familie tun, und das wird auch nicht ganz leicht sein, wenn schon ein so versierter Ahnenforscher wie Günther Lotzkat Fragen stellen muß. Es geht um seine mütterliche Ahnenlinie **Petri**, die sich bis in das 15. Jahrhundert zurückverfolgen läßt. Nur an einer Stelle war sein Onkel, der bereits 1954 die Stammtafel erstellte, auf mündliche Überlieferung angewiesen, und zwar bei **Michael Petri** - Ururgroßvater von Günther Loskat -, der 1788 in Ischdaggen die **Regina Brandt** aus Uszupönen heiratete. Sein Alter wird mit 28 angegeben, also müßte er 1759/60 geboren sein - aber wann und wo? Der mündlichen Überlieferung nach war sein Vater **Johann Jakob Petri**, Krugwirt und Landwirt in Jodszen, Kreis Pillkallen (Schloßberg). Nun gab es vor der Umbenennung 1938 in Ostpreußen sechs Orte dieses Namens, zwei allein im Kreis Pillkallen: im Kirchspiel Kussen (Ackermühle) und Willuhnen (Kleinbildesheim). Der Vater dieses Johann Jakob, **Gottfried Petri**, war 1722 aus dem Dillenburgischen eingewandert und in Göritten „Hofprediger“ geworden, er ist also der Stammvater der ostpreußischen Linie. Die Nachkommenschaft von Michael muß sehr zahlreich sein, viele Namen werden genannt, aber es geht jetzt darum: Wer hat unter seinen Vorfahren den Johann Jakob Petri aus - welchem? - Jodszen, oder den Mi-

**Anspruchsvolle Ausgestaltung von preiswerten Reprint-Ausgaben: Melchior Historischen Verlag**

**NEU!** Eindrucksvoll!  
Ostpreußen in prachtvollen Karten und Bildern!

**Historischer Heimat-Atlas für die Provinz Ostpreußen**  
Dieser Heimatatlas möchte jedem Ostpreußen und jedem interessierten Leser zeigen, welch ein Land die ehemalige Provinz Ostpreußen einmal war. Karten, Text und Bilder geben zusammen einen glanzvollen und interessanten Rückblick in eine Zeit vor über 80 Jahren. Geb., Format 24 x 32 cm, 54 Seiten. Mit 54 Karten und Plänen sowie 81 Abbildungen und 14 Kartenausschnitten. Best.-Nr.: 4802 NUR € 19,95 anstatt Originalausgabe € 54,00

**Die Marienburg**  
Reprint der Ausgabe von 1941  
Eindrucksvoll beschreibt der bekannte ostpreußische Autor Ludwig Passarge (1825-1912) seinen Spaziergang durch die berühmteste aller Ordensburguren in Preussen: Die Marienburg. Wir erfahren geschichtliche Begebenheiten und Hintergründe. Geb., 88 Seiten, 6 Bilder und 4 Skizzen, Format 14 x 21 cm. Best.-Nr.: 4800 NUR € 9,95 (anstatt € 19,95 Originalausgabe)

**Sagenbrunnen für Ostpreußen**  
Reprint der Originalausgabe von 1924  
Alte Sagen aus Ostpreußen führen in das Zauberland der Kindheit und sind eine liebevolle Erinnerung an die Heimat. Aus 29 verschiedenen Orten Ostpreußens sind diese zauberhaften Erzählungen gesammelt und der Nachwelt bewahrt. Eine zauberhafte Reise ins alte Ostpreußen! 29 Sagen, 5 Abb., geb., 64 Seiten, Format 14 x 21 cm. Best.-Nr.: 4801 NUR € 9,95 (anstatt € 19,95 Originalausgabe)

**Bären-Fibel**  
Erstes Lesebuch für die Kinder Berlin  
Reprint der Originalausgabe von 1925  
Mit der Bären-Fibel haben ab 1925 die Kinder Berlins das Lesen gelernt. In das preisgekürzte Lesebuch sind deshalb auch auf besonders liebevolle Art und Weise viele heimatkundliche Inhalte eingeflochten. Mit „Lene und Heini“ haben alle kleinen Lesanfänger ihre Heimat kennengelernt. Erklärende und lustige Geschichten, Rätsel und Kinderreime, Neckereien, Zungenbrecher und Zungenspieße haben die heimatische Gedanken- und Gemütswelt spielerisch vermittelt. Geb., 120 Seiten, durchgehend farbige Abb., Format 17 x 24 cm. Best.-Nr.: 4805 NUR € 16,95 (anstatt € 72,00 Originalausgabe)

Bitte liefern Sie mir gegen Rechnung

<input type="checkbox"/> St. <b>Historischer Heimat-Atlas für die Provinz Ostpreußen</b> Best.Nr.: 4802	19,95 €
<input type="checkbox"/> St. <b>Die Marienburg</b> Best.Nr.: 4800	9,95 €
<input type="checkbox"/> St. <b>Sagenbrunnen für Ostpreußen</b> Best.Nr.: 4801	9,95 €
<input type="checkbox"/> St. <b>Bären-Fibel</b> Best.Nr.: 4805	16,95 €
+ Versandkosten	4,00 €

Name \_\_\_\_\_  
Telefon \_\_\_\_\_  
Straße, Nr. \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort \_\_\_\_\_  
Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

**Preußischer Mediendienst**  
Parkallee 86 · 20144 Hamburg  
Telefon: 040 / 41 40 08 27  
Telefax: 040 / 41 40 08 58



Preußischer Mediendienst







keit versucht wurde, allen Wünschen gerecht zu werden. Jeder fand Gelegenheit mit meist deutsch sprechenden Taxifahrern die Orte seiner Vergangenheit zu besuchen und sich über alles zu informieren. Eine Rundfahrt durch die Stadt leitete am ersten Tag in Gumbinnen den Aufenthalt ein. Am Nachmittag ging es dann mit den Gerwenern und allen interessierten Mitreisenden in das Kirchspiel Gerwen. In jedem Dorf wurde Halt gemacht und der Bezirksvertreter für Gerwen, Erwin Heisrath, unterstützt von Landsleuten, die aus den Dörfern stammten, gab Erläuterungen zum früheren Zustand. In Gerwen führte ein Rundgang zu der Kirche und zum Wehr der ehemaligen Mühle Hetz. Die Kirche, nach Kriegsende Maschinenschuppen der Kolchosa, steht in einem bedauernswerten Zustand da. Eine Eingangstür fehlt. Auch die Fenster sind nur noch Mauerhöhlen. Fehlender Fußboden und Löcher im Dach sind weitere Hinweise für den sicheren Verfall des Gebäudes. Bemerkenswert ist der noch erstaunlich gute Zustand des Balkenwerkes, der einst die Empore trug. Das neben der Kirche stehende große Pfarrhaus, bis vor einiger Zeit noch bewohnt, steht leer und dürfte mit Sicherheit dem gleichen Schicksal entgegensehen, wie alle leerstehenden Häuser der Region. - Der Überfall, der den Fluß staut und das Wasser durch die Turbinenschächte zwängt, tut nach wie vor seinen Dienst. Ein in der Nähe wohnender Russe hat sich dessen zu Nutzen gemacht und über einen der beiden Turbinenschächte ein kleines privates Elektrizitätswerk errichtet. - Ein buntes Programm während der Aufenthaltszeit sorgte im übrigen dafür, daß es zu keiner Langeweile kommen konnte. So führten eine große Rundfahrt auf die Kurische Nehrung mit dem Besuch der Vogelwarte Rositten und der Dünenlandschaft sowie ein mehrstündiger Aufenthalt in Rauschen und eine Rundfahrt über Trakehnen, durch die Rominter Heide mit dem Marlow-See und dem Wystiter-See, wo das Abendessen eingenommen wurde und der Tanzkreis „Plastika“ seine Folkloredarbietungen zeigte. Leider hatte das Unwetter in der Vorwoche das Grundstück so sehr in Mitleidenschaft gezogen, daß die Bühne und die eigentlichen Sitzplätze nicht be-

nutzbar waren. Die Improvisation auf dem davorliegenden Rasen und einem ausgelegten großen Teppich taten aber der Stimmung keinen Abbruch. - Höhepunkt des Kulturprogramms in Gumbinnen war jedoch ein Abend im Zivilkasino mit dem sinfonischen Chor „KANT“, wo die Laienmitglieder, alles Frauen und Männer, die im Alltag ihren Berufen nachgehen, hohe Kunst des Chorgesangs darbrachten. - „Wo ist nur die Zeit geblieben?“ fragten sich die Reiseleiter, als sie nach 11 Tagen Reise in die ostpreussische Heimat wieder in Deutschland ankamen. Es war wieder eine außerordentlich interessante Reise, in bester Harmonie, wozu die Teilnehmer der Fahrt entscheidend beigetragen haben, stellten sowohl der einladende Bezirksvertreter für Gerwen, Heisrath, als auch der Reiseveranstalter Mayer übereinstimmend fest. - So Gott will, wird auch 2006 wieder eine Fahrt nach Gumbinnen mit einem Schwerpunkt Gerwen organisiert. Ein Termin kann allerdings noch nicht angegeben werden. Weil diese Reisen meist immer ausgebucht sind (auch diesmal konnten nicht alle Interessenten mitgenommen werden), wird empfohlen, sich rechtzeitig vormerken zu lassen. Dieses Vormerken dient nur der Reservierung, ist aber sonst unverbindlich. Wer sich also unverbindlich schon einmal vormerken will, sollte an: Erwin Heisrath, Karl-Liebknecht-Str. 17, 99310 Arnstadt, schreiben.

JOHANNISBURG



Kreisvertreter: Willi Reck, Georg-Büchner-Straße 7, 31224 Peine, Tel. (0 51 71) 1 77 51, Fax (0 51 71) 80 59 73. Schriftführerin: Marlene Gesk, Unewattfeld 9, 24977 Langballig, Tel. (0 46 36) 15 60, Fax (0 46 36) 88 33

**Heimattreffen** - Sonnabend, 17. September, im Hotel „Goldener Stern“ in der Bäringsstr. 6 in 38640 Goslar, Telefon (0 53 21) 2 33 9. Zimmerbestellungen für die Zeit vom 16. September bis zum 18. September sind bitte selbst bei den Hotels, Pensionen, Privatvermietern oder über die Fremdenverkehrs-GmbH, Telefon (0 53 21) 7 80 60 rechtzeitig vorzunehmen. Unser gemeinschaftliches Wochenende kann wie folgt aussehen: Freitag, 16. September, Be-

grüßung und gemütlicher Umtrunk mit den bereits Angereisten; Sonnabend, 17. September, gemeinsames Mittagessen im Hotel, 14 Uhr Eröffnung und Begrüßung, Feierstunde; Sonntag, 18. Sept., eventuell 10 Uhr Gottesdienst, anschließend Stadtrundgang, ungefähr 13 Uhr gemeinsames Mittagessen im Hotel, Ausklang. Wir hoffen, daß wieder recht viele unserer Heimattreffen besuchen werden und bitten Euch, auch weitere Heimattreffen zu informieren oder gleich mitzubringen.

KÖNIGSBERG-STADT



Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Geschäftsstelle: Annelies Kelch, Luise-Hensel-Straße 50, 52066 Aachen. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Tel. (02 03) 2 83-21 51

**Die Sackheimer Mittelschüler aus Königsberg** führten ihr Jahrestreffen in der fränkischen Metropole Nürnberg durch. Eingeladen waren alle Sackheimer Mittelschüler mit Freunden, aber nur wenige hatten den Weg in die Reichsstadt gefunden. Zum Empfang hatte Schulkamerad Günter Walleit vor dem Hotel die Ostpreußenflagge aufziehen lassen. Das Teatral im Foyer des Atriums, bestückt mit den beiden kleinen schwarz-weißen Ständern der VeSM von 1920 und 1953, machte auf die Anwesenheit der Schulgemeinschaft aufmerksam. Auffallend war auch der Hinweis auf die Gründung der Schulgemeinschaft vor 85 Jahren. Pünktlich um 17 Uhr begrüßte der 1. Vorsitzende der VeSM, Gerhard Minuth im Pavillon des Hotels die Schulkameraden/innen und deren Freunde. Zu einem Sektempfang hatte der Hoteldirektor, Herr Rübsam, eingeladen. Er ging kurz auf die historische Verbindung der alten Reichsstadt mit den Hohenzollern und dem Markgraf Albrecht von Brandenburg-Preußen ein. Anschließend begann das große Plachandern. Am Freitag bestiegen wir unweit des Hotels eine „Historische Straßenbahn“ Baujahr 1935. Geleitet von einem

Schaffner führen wir zusammen mit einer Stadtführerin, Frau Gökel, in die Stadt. Sie erzählte uns viel Geschichtliches. Nächster Halt war der Johannis-Friedhof, ein Gräberfeld mit Steinsarkophagen, welches im Mittelalter angelegt wurde, als im Kaiserreich die Pest wütete. Wir fanden unter der Führung von Frau Gökel auch das Steingrab von Albrecht Dürer. Nach einer Pause fuhren wir in die Altstadt bis zur Endstation Rathaus. Von hier ging es zur Kaiserburg. Unmittelbar neben der Burg befindet sich das Albrecht-Dürer-Haus. Am Abend fand eine Mitgliederversammlung im kleinen Kreis statt. Die versammelten ehemaligen Sackheimer Mittelschüler/innen folgten dem Wunsch des 1. Vorsitzenden, den Vorstand von 5 auf 3 Mitglieder zu verringern. Der 1. Vorsitzende Gerhard Minuth, die Kassiererin Elly Perez, und der Schriftführer Günter Walleit wurden von der Mitgliederversammlung wiedergewählt. Vorausgegangen war der Rechenschaftsbericht von Gerhard Minuth. Unsere Kassiererin, Elly Perez, berichtete über den finanziellen Bestand der VeSM. Georg Dröger als Kassenprüfer bestätigte die ordnungsgemäße Führung der Bücher. Schriftführer Günter Walleit berichtete von seiner zeitaufwendigen Arbeit für das Aufbereiten und Zusammenstellen der Rundbriefe. Unerlässlich die regelmäßige Abstimmung mit der Datenbestandsführerin Ursula Bohm, die aus privaten Gründen nicht an dem Treffen teilnehmen konnte. Die Mitgliederbestandslisten werden regelmäßig ausgedruckt und über den Schriftführer an den Vorstand verteilt. Margot Pulst, die sich viele Jahre mit der Patenschule, der „Karl-Lehr-Schule“ in Duisburg befaßt hatte, konnte ebenfalls aus privaten Gründen nicht in Nürnberg sein. Am Ende der Mitgliederversammlung wurde die Frage nach einem festen Treffpunkt oder wie bisher nach einer stets neuen aber einfach mit der Deutschen

Bahn zu erreichenden Stadt gestellt. Die Mehrheit der Mitglieder stimmte für einen ständig neuen Treffpunkt.

PREUSSISCH EYLAU



Kreisvertreter: Martin Lehmann, Im Taufenbachgarten 2, 53639 Königswinter, Tel.: (0 22 23) 2 45 33, Fax (0 22 23) 90 52 52, lehmann.vinxel@t-online.de; www.preussisch-eylau.de. Anfragen betreffend Versand und Kreiskarte: Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (0 41 01) 20 09 89, Fax (0 41 01) 51 19 38, E-Mail: manfred.klein.rositten@malle-tech.de. Termine zum Besuch des Museums im Kreishaus Verden/Aller (Partnerkreis), Lindhooper Str. 67, bitte mit Herrn Klein telefonisch absprechen.

**Heimat ist Landschaft** - Aber wie bekomme ich die Landschaft ins Heimatmuseum? Nicht durch Fotos als Landschaftsmeterware, sondern durch Bilder eines guten Fotografen! Kommen Sie zum **Pr. Eylauer Kreistreffen** vom 16. bis 18. September nach Verden und schauen Sie sich im Pr. Eylauer Heimatmuseum die Fotoausstellung von Christian Papendick an. Er arbeitet malerisch die Eigenart der Landschaft heraus, sei es mit dem verschlafenen kleinen See im Staback oder dem unendlichen Blick über die Frising-Ebene zum Zehlau-Bruch. Auch die Gebäude gibt der ehemalige Architekt eindrucksvoll wieder, so das Giebelständerhaus in Underwangen oder die Kirchenruine von Tharau. Papendick veröffentlicht demnächst eine Fotodokumentation über den Norden Ostpreußens, und wir sind ihm dankbar, daß er uns die Ansichten aus dem Kreis Pr. Eylau zur Verfügung gestellt hat.

**Die Volkstanzgruppe Dumka** tritt in Verden auf. Die balletreifen Aufführungen der ukrainischen

Heimatkreisgemeinschaften  
Fortsetzung auf Seite 18

Westpreußen-Kongreß

**Münster** - Von Sonnabend, 24. September, bis Sonntag, 25. Sept. findet ein Westpreußenkongreß im Landeshaus in Münster/Westfalen statt. Beginn der Veranstaltung ist Sonnabend, 11 Uhr. Themen der Veranstaltung sind unter anderem „Das 20. Jahrhundert - Jahrhundert der Vertreibungen“, „Das Schicksal der nach Kriegsende in Westpreußen verbliebenen Deutschen nach polnischen und deutschen Quellen“.

Sudetendeutscher Heimattag

**Wien** - Von Sonnabend, 17. September bis Sonntag, 18. September findet der Sudetendeutsche Heimattag der Sudetendeutschen Landsmannschaft Österreich in Wien, Haus der Heimat, Steingasse 25, 1035 Wien statt. Der Sonnabend beginnt um 11 Uhr mit einem Tag der offenen Tür, anschließend Flohmarkt, Diskussion zu „60 Jahre nach der Vertreibung“. Am Sonntag wird die Veranstaltung in Klosterneuburg im Foyer der Babenbergerhalle um 12 Uhr mit der Ausstellung „zeit für die Wahrheit“ fortgesetzt.

Seminar Junge Generation

**Hamburg** - Von Freitag, 7. Oktober, bis Sonnabend, 9. Oktober, veranstaltet der Bund der Vertriebenen (BdV) im Haus Rissen in Hamburg ein Seminar für die junge und mittlere Generation. Sowohl geschichtliche als auch aktuelle politische und kulturelle Fragen, die die deutschen Vertriebenen und Spätaussiedler betreffen, sollen zur Sprache kommen. Nach Anreise, Abendessen und Begrüßung am Freitag, stehen am Sonnabend Themen wie „Vertriebene in der 3. Generation“, „Die 68er - Was bleibt?“ sowie „Zur Gedächtniskultur der deutschen Vertriebenen“ auf dem Programm. Anmeldung beim BdV, referat für Grundsatzfragen und Jugendarbeit, Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn.

Ostpreußisches Landesmuseum

**Lüneburg** - Dienstag, 4. Oktober, 14.30 Uhr präsentiert das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg unter dem Motto „Museum erleben“ die Veranstaltung „In einem wunderschönen Land“. Anschließend findet eine Filmvorführung „Grün ist die Heide“ statt. Eintritt: 4 Euro.

SUPER-ABOPRÄMIE!

DVD-Player und Dokumentarfilm über Ostpreußen auf DVD



Dokumentarfilm auf DVD

Eigentlich sind wir (auch) von hier  
Ein Film von Margit Eschenbach  
Den Spuren ihrer Familie folgend, begegnet die Filmemacherin Menschen und Landschaften und findet Narben, die Flucht und Vertreibung hinterlassen haben.

YAKUMO DVD-Player DVD Master, spielt auch jede Musik-CD

Schneller Bildscharlauf vorwärts/rückwärts - Titel-/Kapitelsprung (Skip)  
Direkte Titelanwahl mit 10er-Tastatur - Standbild, Einzelbild Wiedergabe,  
Zeitlupe vorwärts und rückwärts - Quick Replay, Wiederhol  
Betriebsart (Repeat), Titelspeicher, Stop, Zeit-/Titel-/Kapitel-Suche  
Mute (Stummuschaltung) - Repeat A-B (Szenenwiederholung)  
Einzel- und Alles-Wiederholung - Random Play/Program Play

Verschenken Sie ein Jahresabo der Preußischen Allgemeinen Zeitung oder abonnieren Sie selbst.

- Ich abonniere selbst
- Ich verschenke ein Abonnement
- Ich werbe einen Abonnenten

Zahlungsart:  per Rechnung  per Bankeinzug  
jährlich EUR 90,60. Gültig ist der jeweils aktuelle Bezugspreis.  
Ihre Abbestellung gilt für mindestens 1 Jahr

**Einfach absenden an:**  
**Preußische Allgemeine Zeitung**  
Parkallee 84/86 - 20144 Hamburg  
oder am schnellsten per  
**SERVICE-TELEFON bestellen**  
Telefon: 040/41 40 08 42  
Fax: 040/41 40 08 51  
www.preussische-allgemeine.de

**Das Abo erhält:**  
Name/Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_  
**Das Abo hat geworben/verschenkt:**  
Name/Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Kontonummer: \_\_\_\_\_  
Bankzeitzahl: \_\_\_\_\_  
bei: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift des Kontoinhabers \_\_\_\_\_

Widerrufgarantie: Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen ab Bestellung schriftlich bei der Preussischen Allgemeinen Zeitung/Ostpreußenblatt - Vertrieb, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg, widerrufen werden.  
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

**Als Dankeschön für die Vermittlung oder das Verschenken eines Jahresabos erhalten Sie als Prämie diese zwei wertvollen Geschenke!**

Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Außerdem werden Sie mit dieser Bestellung förderndes Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Für bestehende oder eigene Abonnements oder Kurzeitabos (unter 12 Monaten) wird keine Prämie gewährt. Prämienauslieferung solange Vorrat reicht. Lieferung nur innerhalb Deutschlands.





**Landmannschaftliche Arbeit**  
Fortsetzung von Seite 19

SCHLESWIG-HOLSTEIN



Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 55 38 11, Wilhelmminenstr. 47/49, 24103 Kiel

**Bad Schwartau** - Mittwoch, 14. Sept., 15 Uhr kommt Luise Wolfram zum monatlichen Treffen der Gruppe im Casino des Schwartauer Tennisvereins, Ludwig-Jahn-Straße 1, um ihr Buch „Störche kennen keine Grenzen“ vorzustellen. Die Autorin hat seit 1995, besonders aber von 1999 bis 2002 viele eigene Tagebuchaufzeichnungen aus dem Erleben im Königsberger Gebiet zusammengetragen. Wie lebt es sich

heute in der traditionsreichen Stadt? Gut vier Jahre hat Luise Wolfram mit ihrem Mann in der russischen Enklave gewohnt. In persönlichen Begegnungen läßt sie uns teilhaben am Leben der Menschen und an ihrem Alltag, in dem Not erfinderisch macht und Improvisation über alles geht. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

**Kiel** - Sonntag, 11. Sept., 14 Uhr Tag der Heimat im Restaurant „Legienhof“, Legienstr. 22. Im Programm eine bunte Folge von Volkstänzen, Gesangsdarbietungen und Musik verbunden mit einem öffentlichen Singen. Eintritt einschließlich Kaffeegedeck 6 Euro. Es Treffen sich dort auch die Aussiedlergruppe sowie die Arbeitsgemeinschaft für Landeskunde der deutschen Ostgebiete. - Montag, 12. Sept., 14 Uhr Frauengruppe Elmschenhagen, Haus am Bebelplatz. Vortrag: „Ver-

füge Deinen Willen uns sprich darüber“. Info-Veranstaltung über die Patientenverfügung. - Montag, 19. Sept., 15 Uhr Mitarbeitersitzung im Haus der Heimat.

**Mölln** - Bericht: Treffen im Quellenhof. In Vertretung der erkrankten ersten Vorsitzenden Irmingard Alex begrüßte Klaus Kuhr die Gäste. Von einem Tonband hörten die Anwesenden Grußworte der Erkrankten. Anschließend wurde des kürzlich verstorbenen langjährigen Mitglieds und Beisitzers Erwin Gerwin gedacht. Danach kam der Architekt Reinhard Hein aus Ratzeburg zu Wort. Im Mai 1992 war er in Osterau, unterhalb Zittaus, zu einer Kajaktour auf Neiße und Oder gestartet. Mit zahlreichen Dias veranschaulichte er seinen Bericht. Schwierig waren die Wehre zu befahren. Wo es zu gefährlich war, mußten sie umfahren werden.

Das Boot mußte auf Rollen transportiert werden. Zur Übernachtung wurde ein Igluzelt aufgebaut. Wollte er sich vom Boot entfernen, versteckte er es sorgfältig am Ufer. Da die Umgebung bis kurz vor Kriegsende Kampfgebiet war, waren viele Brücken und andere Gebäude zerstört. In vielen Orten sah er Denkmäler für russische Soldaten. Die intakten Brücken wurden oft für den illegalen Grenzverkehr genutzt. Von Görlitz kam er nach Rotenburg, wo er an einem Wehr kenterte. Bei Bad Muskau gab es einen kleinen Grenzverkehr mit einem Polenmarkt. Das Schloß von Fürst Pückler bot einen schönen Anblick. Bei Klein Bademeusel konnte die Brücke durchpaddelt werden. Als ein ratloser Busfahrer vor einer alten Brücke stand, inspierte Reinhard Hein als ausgebildeter Bauingenieur die Brücke und

erteilte die Erlaubnis zum befahren. Bei Eisenhüttenstadt kam er auf die Oder. Von Frankfurt/Oder ging es nach Küstrin und dann durch das Oderbruch. Durch Trinken von Neiße-Wasser traten Typhus-Symptome auf. Am Ende der abenteuerlichen, glücklich überstandenen Fahrt wurde der Paddler von Ehefrau und Sohn mit dem Auto abgeholt. - Der zweite Vorsitzende Klaus Kuhr gab bekannt, daß für September bei ausreichender Beteiligung eine längere Halbtagesfahrt zum Ostpreußen-Museum in Lüneburg geplant ist. Anschließend gibt es ein Kaffeetrinken auf dem Schiff. Dann geht es von Lauenburg mit dem Bus zurück nach Mölln. Interessenten werden gebeten, sich bei Edith Grigo, Telefon (0 45 42) 16 81 zu melden. Nähere Einzelheiten werden noch bekannt gegeben.

Anzeigen

Urlaub/Reisen

**Masuren-Danzig-Königsberg Kurische Nehrung**  
DNV-Tours Tel. 07154/131830

**Grömitz/Ostsee, Haus Danzig,** Claus + Ilse Plog, Zi. m. Super-Frühst., Telefon 0 45 62/66 07 oder 01 73 9 33 90 75

**Reisedienst Einars Berlin - Klaipeda/Memel Kaliningrad/Königsberg - Tilsit - Masuren**  
• individuelle Reisen ins gesamte ehemalige Ostpreußen planen und erleben  
• ideal für Familien- und Ahnenforschung, Genealogie  
• exklusiv für Gruppen von einer bis sechs Personen  
• faire Preise nach Kilometern berechnet  
www.einars.de • Tel & Fax 0049-30-4232199

**direct-travel-line**  
Wir fahren Sie nach Ostpreußen/Masuren, zuverlässig und günstig, z. B. 5-7 Personen, 8 Tage incl. 3-Tages-Fahrten ab € 280,- p. P. sowie weitere Fahrten nach Polen, Litauen, Lettland und Ost-Europa.  
Telefon 0 50 43/96 25 51  
www.direct-travel-line.de

**Freundl. Aufnahme** u. gutes Frühstück erwarten Sie in meinem zentral geleg. Haus. Mod. Zi. m. Du. u. WC. Hauseigene Parkplätze. Haus Dunger, Roomstraße 33, 32105 Bad Salzuflen, Tel.: 0 52 22 / 1 07 72.

**„Pension Hubertus“**  
Nähe Sensburg - neu nach westlichem Standard gebaut - alle Zimmer mit DU/WC, Telefon, TV, Radio; Sauna im Haus; sehr persönliche deutschsprachige Betreuung  
gerne kostenlose Information: 0 41 32/80 86 • Fax: 80 66

**Ihre Geschichte**  
Wir drucken vom Manuskript oder gelieferter Worddatei.  
**media production bonn gmbh**  
Bauscheidstr. 19, 53113 Bonn  
Tel.: 02 28/3 91 80-10  
E-Mail: info@medprobonn.de  
Grafik - Satz - Layout - Druck

Geschäftsanzeigen

**Ostpreußen Westpreußen Pommern Schlesien**  
4 Heimatkarten mit Wappen  
5farbiger Kunstdruck mit Städte- und Provinzwappen, Stadtplänen und deutsch-polnischen Namensverzeichnissen.  
je 8,50 € zzgl. Verpackung und Nachnahme  
Breite Straße 22  
29221 Celle  
Telefax 051 41-92 92 92  
Telefon 0 51 41-92 92 22  
onlinebestellung:  
www.schadinsky.de  
**S schadinskyverlag**  
seit 1921

**Erlebnis- u. Studienreisen mit Flug, Schiff, Bahn und Bus Pommern - Schlesien - West- und Ostpreußen - Memel**  
Wir organisieren Ihre Reisen für Schul-, Orts-, Kirch- und Kreisgemeinschaften nach Ihren Wünschen ab 25-48 Pers. oder ab Gruppen ab 10-20 Personen mit Flug und Bahn oder nach Memel mit der Fähre. Fordern Sie bitte ein kostenloses Angebot an.  
Über 34 Jahre Reisen Greif Reisen  
Rübezahlstr. 7 • 58455 Witten  
Internet: www.greifreisen.de  
Beratung - Buchung - Visum A. Manthey GmbH,  
Tel. (02302) 2 40 44 Fax 2 50 50  
E-Mail: manthey@greifreisen.de

**Kompetenz & Qualität**  
Frieling & Hoffmann, der Privatverlag mit Tradition, gibt Autoren die Möglichkeit, Manuskripte als Bücher veröffentlichen zu lassen. Kürzere Texte können Aufnahme in Anthologien finden. Handwerkliche Qualität und eine spezifische Öffentlichkeitsarbeit sind unsere Stärke.  
**Verlag sucht Autoren**  
Maßgeschneiderte Konzepte für jeden, der schreibt!  
Fordern Sie Gratis-Informationen an.  
Frieling  
Frieling-Verlag Berlin • Rheinstraße 46 • 12161 Berlin  
Telefon (0 30) 766 99 90 • Fax (0 30) 774 41 03 • www.frieling.de

**Autoren gesucht!**  
Seit 25 Jahren publizieren wir mit Erfolg Bücher von noch unbekanntem Autor/innen: Biographien, Romane, Erzählungen, Gedichte, Sachbücher. Kurze Beiträge passen vielleicht in unsere hochwertigen Anthologien. Wir prüfen Ihr Manuskript schnell, kostenlos und unverbindlich. Schicken Sie es uns vertraulich zu - es kommt in gute Hände!  
**R.G. FISCHER VERLAG**  
Orber Str. 30 • 60386 Frankfurt  
Tel. 069/941 942-0

Familienanzeigen

Ihren 80. Geburtstag  
begeht am 16. September 2005  
**Erna Richter**  
aus Tulpeningken, Kr. Schloßberg  
jetzt Mittelstraße 16  
OT Elze, 30900 Wedemark  
Es gratuliert von Herzen  
Christa und Familie

Ihren 90. Geburtstag  
feiert am 14. September  
**Elly Lehmpfuhl**  
geb. Ifländer  
aus Preußisch Eylau  
jetzt Alkostr. 26  
in 26388 Wilhelmshaven  
Herzliche Glückwünsche von  
Deinem Mann Rudolf  
Hannelore und Gerhard  
Gabriele und Familie

Wir gedenken unserer lieben, guten, unvergessenen Mutter, die 100 Jahre alt geworden wäre.  
**Frieda Zielinski**  
geb. Platzek  
\* 13. 9. 1905 Wachau/Kr. Sensburg  
† 2. 5. 2000 Lübecke  
In großer Ehrfurcht  
ihre Kinder, Enkel und Urenkel  
Wir treffen uns alle zum 100. Geburtstag an Mutters Grab in Erkrath.  
Lotti Balzer, Tel. 05741/40281

Am 6. August 2005 verstarb  
**Elisabeth Schneiders**  
geb. Krämer  
aus Königsberg (Pr), geboren in Pr. Eylau.  
Du bist eingeschlafen mit der großen Liebe - Königsberg - im Herzen.  
**Ingeborg Stock**  
Osterjork 56  
21635 Jork

Am 6. August 2005 verstarb mein Bruder im 85. Lebensjahr in Hildesheim.  
**Emil Mrotzek**  
\* Brennen, Kreis Johannisburg/Ostpreußen  
In Namen der Familie  
**Irene Kießling**, geb. Trzonnek  
Traueranschrift:  
Irene Kießling, Montoirestraße 8, 31135 Hildesheim

Bereits am 08.01.2004  
verstarb  
**Erich Bothke**  
in (Albstadt-)Ebingen/Württ.  
Er war am 25.03.1921 in Heiligenbeil/Ostpr. geboren worden und hat den Verlust seiner Heimat niemals verwinden können.  
Im August 2005  
Norbert Bothke

Ostpreußen - Danzig - Königsberg  
im Jahr 1938  
Video-Prospekt gratis von Fleischmann Film  
84028 Landshut Albstadt 90 DK  
Ich schreibe Ihr Buch  
040-27 88 28 50  
Verschiedenes  
Rentner aus Königsberg sucht  
Haushaltshilfe im Einfamilienhaus, Großraum Hamburg, Tel.:  
0 40 / 7 61 128 81.

In Trauer und Dankbarkeit  
nehmen wir Abschied von  
**Eberhard von Redecker**  
Rechtsritter der Preußischen Genossenschaft  
des Johanniterordens  
geboren am 21. Juni 1907 in Eichmedien, Kreis Sensburg  
gestorben am 20. August 2005 in Preetz/Holstein  
Eberhard von Redecker war von 1968 bis 1984 Kreisvertreter der  
Kreisgemeinschaft Sensburg.  
Vorbildlich und selbstlos setzte er sich für die Verbesserung der  
Versorgung von kranken und alten deutschen Landsleuten in  
weit abgelegenen Gebieten Ostpreußens ein. In enger Zusammen-  
arbeit mit der ostpreußischen Heimatkreisgemeinschaft und  
der polnischen Kommunalverwaltung vor Ort hat er die erste  
Johanniter-Sozialstation in Sensburg initiiert und begründet.  
Beispielhaft war der Verstorbene darum bemüht, die kulturhis-  
torische Bausubstanz seiner ostpreußischen Heimat zu erhalten.  
In Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste um Ostpreu-  
ßen und beispielhaft unermüdetes Eintreten für Deutschlands  
Einheit hat die Landmannschaft Ostpreußen Herrn Eberhard  
von Redecker im Mai 1986 das Goldene Ehrenzeichen und im  
Februar 1997 die Ottomar-Schreiber-Plakette verliehen.  
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
**Der Bundesvorstand der Landmannschaft Ostpreußen**  
Bernd Hinz Wilhelm v. Gottberg Dr. Wolfgang Thüne  
Stellv. Sprecher Sprecher Stellv. Sprecher

Die Kreisgemeinschaft Sensburg  
trauert um ihren ehemaligen,  
langjährigen Vorsitzenden  
**Eberhard  
von Redecker**  
\* 21. Juni 1907 † 20. August 2005  
in Eichmedien/Ostpreußen in Preetz/Holstein  
Herr von Redecker war 1968 bis 1984 Vorsitzender unserer Kreis-  
gemeinschaft und war Initiator und Mitbegründer der ersten  
Johannitersozialstation in Ostpreußen.  
Dem Sensburger Kreistag blieb er bis zu seinem Tode als Ehrenmit-  
glied verbunden. Er wird uns unvergessen bleiben  
Für die Kreisgemeinschaft Sensburg  
Siegbert Nadolny  
Kreisvertreter

# Befreiung, Niederlage oder was?

Bei Kriegsbeginn wünschten die Deutschen nur noch den Wiederanschluß Danzigs und freie Wege nach Ostpreußen (Teil XV)

Von G. SCHULTZE-RHONHOF

Nachdem die neu aufgebaute Wehrmacht Deutschland wieder schützen konnte, nachdem die Wirtschaft wieder lief, und nachdem die Landsleute im Saarland, in den Sudetengebieten und im Memelland wieder Staatsbürger ihres Mutterlandes sein durften, standen als letzte deutsche Wünsche noch der freie und unbehinderte Verkehr ins damals vom Reich abgetrennte Ostpreußen und der Anschluß Danzigs auf der Tagesordnung. Alle die genannten bisherigen Erfolge waren von den betroffenen Deutschen als Befreiung von Verelendung, militärischer Bedrohung und Fremdherrschaft empfunden worden. Man nannte das im Sprachgebrauch der Zeit das „Sprengen der Fesseln von Versailles“. Ein Wiederanschluß Danzigs an das Mutterland hatte Mitte 1939 den gleichen Stellenwert. Er wurde als Befreiung der 340.000 Danziger erwartet.

## Die Danziger erlebten die Angliederung an das Reich als Befreiung

Die Danziger wurden 1920 ungefragt und gegen ihren Willen aus dem deutschen Staat herausgelöst. Danzig und das Umland wurden zu einem neuen Staat erklärt, unter die Oberherrschaft des Völkerbunds gestellt und halb von Polen mitverwaltet. Dieser Status des „Freistaats Danzig“ mit einer zu 97 Prozent

deutschen Bevölkerung – nun ohne deutsche Staatsbürgerschaft – unter der Oberhoheit des Völkerbunds und mit ständig zunehmender Einbeziehung in den polnischen Staat hatte zu einem dauerhaften Unmut im deutschen Volk geführt. Ein „Freistaat Liverpool“ unter Völkerbundsmandat und halber irischer Verwaltung hätte zur gleichen Zeit nicht anders auf die Menschen in Großbritannien gewirkt. Die Deutschen im abgetrennten Danzig reagierten abweisend auf die ständig wachsenden Ansprüche der Polen, und sie wünschten sich, wieder zum eigenen Lande zu gehören. So prägte sich in Danzig ein besonders starkes Nationalempfinden aus.

Polens Rechte im Freistaat Danzig waren im Versailler Vertrag und späteren Abkommen klar geregelt worden. Polen hatte Privilegien im Danziger Hafen, auf der Weichsel, bei Post, Zoll und Eisenbahn im Freistaat und in einem Munitionsdepot am Rand des Handelshafens (auf der Westerplatte). Des weiteren hatte der Staat Polen den Freistaat Danzig im Ausland diplomatisch zu vertreten. Das somit ohnehin belastete deutsch-polnische Verhältnis erhielt nun dadurch ständig neuen Druck, daß der Staat Polen seine Rechte im Freistaat immer weiter ausdehnte oder das versuchte. So benutzte Polen den Handelshafen Danzigs im-



Deutsche Truppen überschreiten die Grenze zur Republik Polen: Anders als 1914 herrschte vor 60 Jahren keine Kriegsbegeisterung, aber den Ostpreußen war ihr Anschluß an das Kernland Deutschlands mit dem Beginn des Krieges eine große Erleichterung.

Foto: Deutsches Historisches Museum

mer wieder gegen den Protest des Danziger Senats und ohne die Zustimmung des Völkerbunds als Liegeplatz für Teile seiner Kriegsflotte. Polen ließ Militärtransporte durch den Freistaat fahren, ohne daß sie, wie vereinbart, vorher beim Danziger Senat angemeldet worden wären. Der polnische Zolldienst maß sich Befehlsbefugnisse gegenüber Danziger Zöllnern an, die ihnen nach den Verträgen nicht zukamen. Polen versuchte seinen Zolldienst zu bewaff-

nen, was an Danzigs Grenzen nur erlaubt war, wenn auch der deutsche Zoll bewaffnet war. Polen versuchte, den Postdienst im Freistaat mit polnischen Briefmarken und Postkästen in eigene Regie zu übernehmen. Es versuchte, die durch den Völkerbund festgelegte Zahl polnischer Soldaten auf der Westerplatte zu verdreifachen, was allerdings vom Völkerbund unterbunden wurde. So kam der Freistaat Danzig durch alle Jahre von 1920 bis 1939 nicht zur Ruhe.

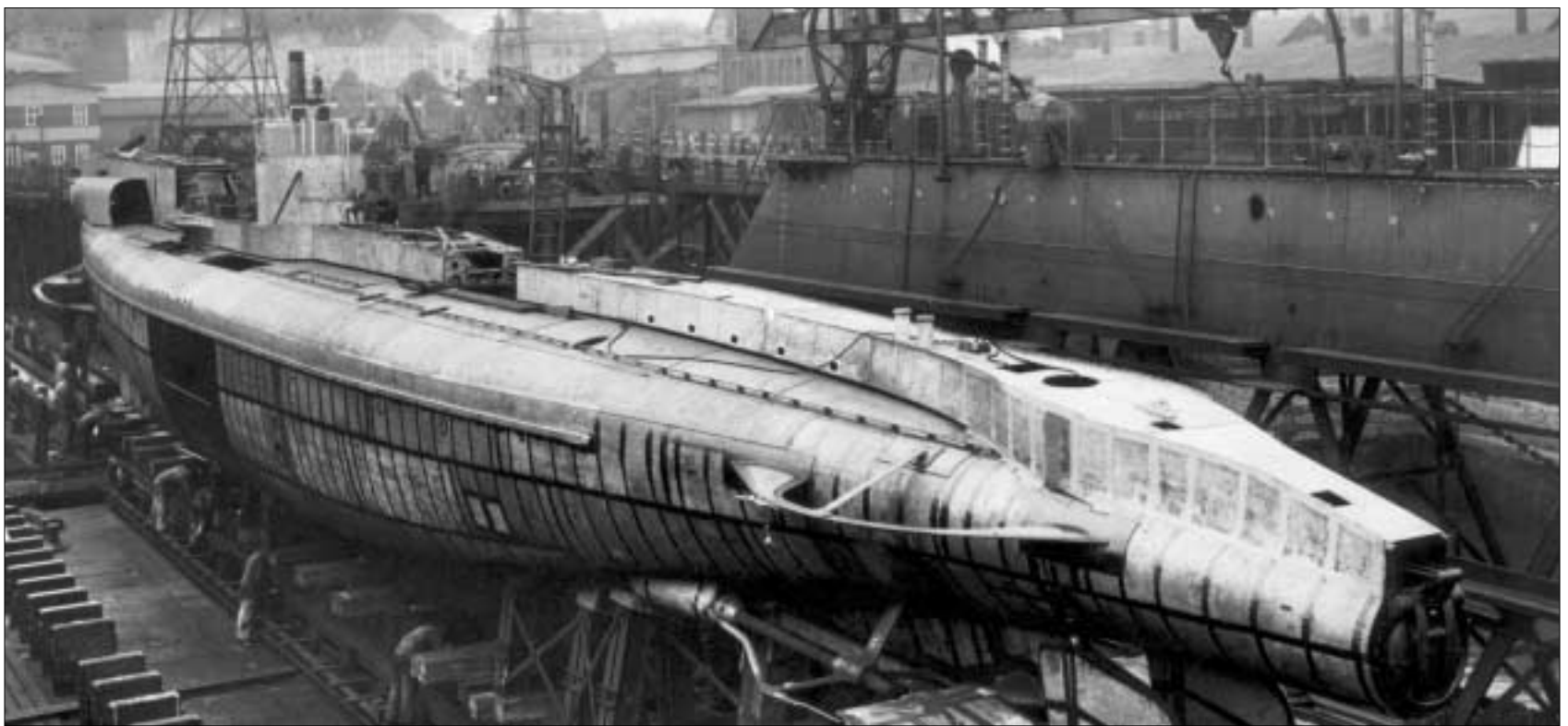
Die Danziger Bevölkerung erbat beim Völkerbund mehrfach eine Volksabstimmung über das Begehren, wieder Deutschland angegliedert zu werden. Der Völkerbund und die Siegermächte ließen eine Volksabstimmung zum Anschluß Danzigs niemals zu. So wurde die Wiederangliederung Danzigs zu Beginn des Zweiten Weltkriegs als ein Akt der Befreiung von permanenter Drangsalierung und Fremdherrschaft empfunden.

Ein Problem von vor allem wirtschaftlicher und psychologischer Bedeutung war die Abtrennung Ostpreußens durch den sogenannten polnischen Korridor. Der Korridor war das deutsch und kaschubisch bewohnte Land zwischen Pommern und Ostpreußen, das 1919 Polen zugeschlagen worden war und Polens „Korridor“ zur Ostsee bilden sollte. Die Transitgebühren-Frage, die Schließung immer weiterer Verkehrswege zwischen dem deutschen Kernland und Ostpreußen und die wirtschaftlichen Folgen für den so abgetrennten deutschen Landesteil wurden bereits an früher Stelle in dieser Artikelserie beschrieben. Die Lage Ostpreußens in den 20er und 30er Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg war in vieler Hinsicht mit der Lage West-Berlins in der Zeit des Kalten Kriegs vergleichbar. So ist den Menschen in Ostpreußen ihr Anschluß an das Kernland Deutschlands mit Kriegsbeginn 1939 zwar keine Befreiung, aber doch eine große Erleichterung gewesen.

Fortsetzung folgt

# U-Bootbau in der Kaiserlichen Werft Danzig

Von den drei Kaiserlichen Werften des Deutschen Reiches, Kiel, Danzig und Wilhelmshaven, hat die Werft in Danzig die tragischste Geschichte. 1844 als preußisches Marindepot gegründet, lief dort fünf Jahre später „das erste auf vaterländischer Werft erbaute Kriegsschiff“, die Dampfkorvette „Danzig“ vom Stapel. Im selben Jahre übernahm Prinz Adalbert von Preußen den Oberbefehl über alle preußischen Kriegsschiffe, ebenso oblag ihm die Inspektion der Werften. Es war stets ein Grundsatz der deutschen Marine, erst dann neue Schiffstypen einzuführen, wenn diese in ihrer technischen Entwicklung einen gewissen Abschluß erreicht hatten. Deswegen begann erst 1906 der U-Bootbau in Danzig.



U 55: Im Dock der Kaiserlichen Werft in Danzig 1917

Foto: Archiv

Wilhelm Bauer (1822–1875) hieß der Mann, der das erste deutsche Unterwasserfahrzeug gebaut hatte. In Dillingen an der Donau geboren, nahm Bauer als Artillerie-Unteroffizier des bayerischen Hilfskorps am Deutsch-Dänischen Krieg teil. Die Berührung mit dem Meer brachte ihn auf den Gedanken, mittels eines Tauchbootes Sprengladungen unter Wasser an feindlichen Schiffen anzubringen. Bauer, ein technisch begabter Mann mit viel Unternehmungsgeist, trat in den Dienst der schleswig-holsteinischen Marinekommission, mit deren Hilfe er sein Unterwasserfahrzeug bei einer Rendsburger Eisenfabrik in Auftrag gab. Der „BRANDTAUCHER“ unternahm 1851 im Kieler Hafen die erste Probefahrt. Die Eisenkonstruktion von acht Metern Länge wurde von zwei Männern durch Muskelkraft bewegt. Wegen mangelnder Unterstützung ging Bauer nach Rußland, erhielt dort den Rang eines „Submarine-Ingenieurs“ und baute den zweiten „Brandtaucher“, ein Tauchboot von zwölf Metern Länge und mehrköpfiger Besatzung, das zahlreiche Tauchversuche erfolgreich absolvierte.

Als erstes Unterseeboot der Kaiserlichen Marine lief „U 1“ bei der

Germaniawerft in Kiel vom Stapel. Dieses Boot hatte alle Zeitenstürme überdauert und ist heute im Deutschen Museum in München ausgestellt. Bei der Kaiserlichen Werft in Danzig entwarf der Marinebaumeister Berlin Pläne für ein Zweihüllen-U-Boot, das als „U 2“ zwar fertiggestellt, jedoch wegen verschiedener Mängel nicht zum Einsatz kam. Erst mit den Booten „U 3“ und „U 4“ entstanden in Danzig betriebssichere Tauchboote, „U 3“ stellte man 1909 in Dienst. Bei Kriegsbeginn übernahm Kapitänleutnant Valentiner das Boot, mit dem er im Finnischen Meerbusen gegen russische Schiffe Erfolge erlangte.

Zum Antrieb über Wasser verwendeten die deutschen Unterseeboote eine Körting-Schwerölverbrennungsmaschine mit 600 PS Leistung, die dem 421-Tonnen-Boot eine Geschwindigkeit von 11,8 Knoten er-

möglichte. Mit „U 9“ bis „U 12“ entstanden in Danzig kriegstüchtige Unterseeboote, von denen „U 9“ unter Kapitänleutnant Otto Weddigen gleich zu Beginn des Krieges einen legendären Erfolg erzielte; es versenkte an einem Tag drei britische Panzerkreuzer.

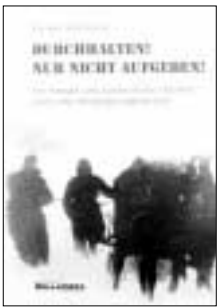
Als Rudolf Diesel in den Jahren 1893/97 in Augsburg den ersten Dieselmotor der Welt herstellte, hatte man auch die ideale Wärmekraftmaschine für das U-Boot gefunden. Alle Marinen der Welt ersetzten alsbald den Benzinmotor durch den Dieselmotor. Zwischen dem Augsburger Werk (MAN) und der Danziger Marinewerft bahnte sich ein ausgedehnter Erfahrungsaustausch über die Arbeitsweise der zu liefernden Viertakt-Dieselmotoren an. Die Reihe „U 19“ bis „U 22“ war dann die erste Serie von deutschen U-Booten mit Dieselantrieb, die in Danzig gebaut worden ist. Kommandant von „U 21“ wurde

Kapitänleutnant Otto Hersing, der das Boot 1913 in Dienst stellte. Am 5. September 1914 stand „U 21“ vor dem Firth of Forth und versenkte mit dem ersten scharfen Torpedoschuß des Krieges den englischen Kreuzer „Pathfinder“. „U 21“ gehörte zu den erfolgreichsten U-Booten des Ersten Weltkrieges, im Mittelmeer versenkte es drei feindliche Linienschiffe und 36 Handelsschiffe mit zusammen 78.000 Bruttoregistertonnen. Kapitänleutnant Hersing wurde als erster deutscher Marineoffizier mit dem Pour le Merite ausgezeichnet. Nach dem Kriege sollte „U 21“ an England ausgeliefert werden, es versank aber während der Überführung „aus ungeklärten Gründen“ zwischen Cuxhaven und Hull. Neben den auf der Werft gebauten Minen-U-Booten verdienen die U-Kreuzer „U 135“ bis „U 138“ besondere Beachtung. Sie besaßen je zwei Hauptdieselmotoren mit 1.500 PS und zwei Hilfsdieselmotoren mit je 450 PS, die den Tauch-

booten eine Geschwindigkeit von 18 Knoten über Wasser verliehen. Insgesamt wurden bis Kriegsende 55 U-Boote von der Kaiserlichen Werft abgeliefert.

Das Friedensdiktat von Versailles bereitete der reichseigenen Werft ein trauriges Ende. Die reichen Schätze, die in den Werkstätten und Magazinen aufgestapelt waren und Millionenwerte darstellten, wurden entweder verschleudert oder geraubt. Die noch in den Hellingen befindlichen Neubauten mußten zerschlagen und verschrottet werden. Der U-Bootbau blieb für Deutschland verboten. Artikel 107 des diktierten Vertrages bestimmte, „daß alles Gut des Deutschen Reiches, das im Gebiet der Freien Stadt Danzig liegt, auf die alliierten Hauptmächte übergeht, um von diesen nach gerechtem Ermessen an die Freie Stadt oder den polnischen Staat weiter abgetreten zu werden.“

Rüdiger Ruhнау



## Im Trommelfeuer

Ehemaliger Soldat erinnert an die Kurlandschlachten

Den 21. Geburtstag hatte ich mir wirklich anders vorgestellt. Der Tag, an dem ich endlich volljährig sein und von nun an eigenverantwortlich handeln würde. Eine Wunschvorstellung, die völlig daneben ging ... Nun stand ich für Großdeutschland vor dem Feind und durfte wegen Feindeinsicht nicht einmal eine Zigarette rauchen.“

Werner Woltmann beschreibt in dem Buch „Durchhalten! Nur nicht aufgeben!“ seine Erlebnisse an der Front und in der Kriegsgefangenschaft. Erstaunlich nüchtern und sachlich präzise beschreibt Woltmann die Kämpfe vor Leningrad und die Kurlandschlachten gegen die Übermacht der Roten Armee.

„Am 27. Oktober 1944 um sechs Uhr eröffnete die Rote Armee die

zweite Kurlandschlacht mit einem 90 Minuten andauernden mächtigen Artillerie- und Stalinorgelfeuer. Auch Schlachtflieger griffen wieder in den Erdkampf ein ... Das Trommelfeuer pflügte das gesamte Kampfgebiet der Heeresgruppe Nord um ... Das Korps verlor in diesen Tagen 4.012 Mann, die Hälfte der noch vorhandenen Grabenstärke.“ An der Seite des 21jährigen Soldaten durchlebt der Leser die grausame Härte des Krieges. Durch Woltmanns Augen sieht er die fürchterlichen Geschehnisse, das Leid, die Entbehrungen, den Tod. Und immer wieder geht es weiter. Ist die eine Schlacht beendet, beginnt kurz darauf die nächste, kaum Zeit Atem zu schöpfen, sich zu erholen.

Zwei Jahre seines Lebens hat Woltmann nahezu ununterbrochen an der Front verbracht.

Aus dem Bataillon, in welchem der Autor gedient hat, haben nur noch

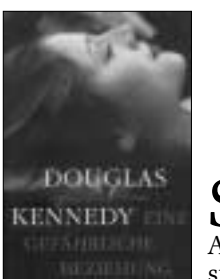
drei weitere seiner Kameraden von der Aufstellung bis zur Kapitulation überlebt.

Doch das Schicksal hielt noch eine weitere böse Überraschung für den jungen Mann bereit. Als Woltmann nach all der Zeit im Krieg und in Kriegsgefangenschaft den Zug zurück nach Deutschland nimmt, muß er erfahren, daß seine Heimat Posen nach dem Krieg polnisch geworden ist.

Dieses Buch zeigt dem Leser nur allzu deutlich, daß die Realität oft grausamer sein kann, als der fürchterlichste Kinofilm, der schaurigste Roman. Und daß das, was sich damals zugetragen hat, nie wieder passieren darf.

A. Ney

**Werner Woltmann: „Durchhalten! Nur nicht aufgeben!“, Bella Vista Verlag 2005, geb., 180 Seiten, 18,90 Euro**



## Aufreibender Rosenkrieg

Mutter kämpft um ihr geraubtes Kind

Sally ist 37 Jahre alt und Auslandskorrespondentin der *Boston Post*. Auf einem Einsatz in Somalia rettet ihr ein Kollege das Leben. Sofort ist ihr der smarte, etwa zehn Jahre ältere Engländer sympathisch. Rasend schnell entwickelt sich zwischen den beiden eine feste Beziehung, und obwohl Tony wenig von sich offenbart, kann Sally nicht von ihm lassen. Als er ihr einen Heiratsantrag macht, ist sie völlig überrascht, willigt aber begeistert ein. Als Tony zum Leiter des Auslandsressorts befördert wird, folgt ihm die Schwangere nach London. Dort kaufen sie ein Reihenhaus und Sally beginnt mit dessen Einrichtung, während Tony bis spät abends in der Redaktion arbeiten muß. Aufgrund von Komplikationen

bei der Schwangerschaft muß sie allerdings schon Wochen vor der Niederkunft ins Krankenhaus und auch nach der komplizierten Geburt und einer postnatalen Depression darf Sally nicht gleich nach Hause. Erst nach über zwei Monaten sind Mutter und Kind wieder daheim. Alles scheint sich zum Besseren zu wenden, doch nachdem Sally für drei Tage aufgrund eines Trauerfalles in der Familie in die USA reisen muß, findet sie das Kinderzimmer verlassen vor. Auch ihr Mann ist fort, statt dessen steht ein Immobilienmakler vor der Tür, der den Auftrag hat, das Haus zu verkaufen.

Douglas Kennedys neuer Roman „Eine gefährliche Beziehung“ beginnt mit knisternder Erotik in einem afrikanischen Krisengebiet, wechselt dann in den Londoner Großstadt-

dschungel, weiter in die Niederungen eines Londoner Vorstadtlebens, hinüber in englische Krankenhäuser, um dann in einem spannenden Rosenkrieg und Justizthriller zu enden. Dem Autor wäre ein äußerst vielseitiger Roman gelungen, wenn er nicht bei der Darstellung von Sallys postnataler Depression zu sehr ins Detail gegangen wäre. Weit über einhundert Seiten schildert er Sallys Wechselbad der Gefühle, ihren Abstieg in den tiefen Sumpf der Mutlosigkeit und Lebensangst. Bei aller Würdigung der realistischen Wiedergabe eines viel zu selten gewürdigten Leidens, es ist nicht das Hauptthema dieses Romans und lenkt den Leser unnötig ab.

R. Bellano

**Douglas Kennedy: „Eine gefährliche Beziehung“, Lübbe, Bergisch Gladbach 2005, geb., 510 Seiten, 22 Euro**



## Alte Werte neu beleben

Bundesverfassungsrichter di Fabio will den Konservatismus mit neuem Leben füllen

Was ist konservativ? Diese Frage beschäftigt zur Zeit vor allem die deutschen Feuilletons. Doch die Antworten sind oft enttäuschend. Einem Juristen hätte man nicht zugehört, einen packenden und zugespitzten Beitrag zu diesem Thema zu leisten. Denn während manche Leitartikel mit Leerbegriffen gespickt sind, redet der Bundesverfassungsrichter Udo di Fabio nicht um den heißen Brei herum. Seine Streitschrift, die den schönen Titel „Die Kultur der Freiheit“ trägt, fällt aus dem üblichen Rahmen und ist gut geschrieben, gelehrt, provokativ und nie langweilig.

Schon die Vita des Autors ist spannend und „riecht“ so gar nicht nach einem Konservativen. Als Enkel italienischer Einwanderer im Ruhrgebiet machte er sein Abitur auf dem zweiten Bildungsweg. Nebenbei arbeitete er als Beamter im Mittleren Dienst der Stadt Dinslaken. Und nach seinem Jurastudium machte er sehr rasch Karriere und gilt mittlerweile als einer der effektivsten und bekanntesten Richter am Bundesverfassungsgericht. Seine Optik weist ihn nicht als einen Konservativen aus. „Er hat eine Vorliebe für den Drei-Lage-Bart und trägt eine randlose Brille. Auch das läßt ihn

fortschrittlich erscheinen, fast wie einen Alt-68er“: So beschrieb ihn der *Kölner Stadt-Anzeiger* und saß dem Irrtum auf, als seien die Nachfahren von 1968 besonders fortschrittlich.

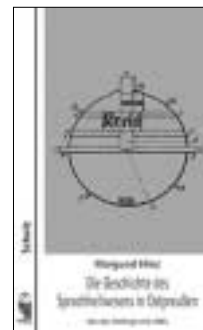
Di Fabios Programm besticht durch Originalität. Er läßt sich nicht als Etatist, Nationalkonservativer oder Neoliberaler abstempeln. Herbert Prantls Kommentar in der *Süd-deutschen Zeitung*, man habe dem Buch besser den Titel „Die Kultur der Jungen Freiheit“ geben sollen, ist nicht nur ein schlechter Wortwitz, sondern zeigt die Reflexe einer linksliberalen Haltung der Arroganz und Selbstgewißheit, die allergisch reagiert, wenn sich irgendwo bürgerliche Gesinnung regt. Und genau dies ist das Programm von di Fabios neuem Werk, das zum Aufbruch in eine neue bürgerliche Epoche aufruft. Der Autor spricht von der „vitalen Bonner Republik des Wirtschaftswunders“, die durch und durch bürgerlich gewesen sei, „groß- und vor allem kleinbürgerlich“. Dem stürmischen Wertewandel von 1968 sind die positiven Merkmale dieser Zeit zum Opfer gefallen.

Unsere heutige Gesellschaft ist – pauschal gesprochen – alles andere als vital. In weiten Teilen der Medien und mittlerweile auch im Alltagsleben herrscht völlige Beliebigkeit. Di Fabio macht deutlich, daß

eine solche Haltung, die in Holland mustergültig durchgehalten wurde bis zum Mord an Theo van Gogh, auf Einwanderer aus den arabischen Ländern oder der Türkei nicht anziehend wirkt. Sie verweigern ihr den Respekt.

Damit Deutschland und auch andere westliche Staaten wieder auf die Beine kommen, müssen die Institutionen wieder gestärkt werden. Die Privatautonomie und der Markt, die Demokratie und der Verfassungsstaat, der Schutz der Privatsphäre und die Familie, das Leistungsprinzip und die Bildungs-idee, das Wertesystem und die Leitideen vom Lebensglück: Auf all diese Dinge, die den westlichen Kulturkreis groß gemacht haben, dürfen wir stolz sein. Sie müssen revitalisiert werden. Es läuft etwas schief, wenn eine Gesellschaft nur noch die Prominenz aus Film, Sport und Showbiz anbetet, und die „normalen“ Leute, den begnadeten Wissenschaftler, die Erfinder, den verantwortungsvollen und risikobereiten Unternehmer, die Mütter und Väter, die sich um die Erziehung ihrer Kinder kümmern, nicht mehr achten. Sie alle sind wichtiger für diese Gesellschaft als ein Dieter Bohlen, Michael Schumacher oder Boris Becker.

Di Fabio hat den Traum vom „tätigen Menschen“, der sein Leben selbst in die Hand nimmt. Der völlig



## Vorreiterrolle

Königsberger Sonderschulpädagogik

Das Kind ist vor geistiger und körperlicher Überanstrengung ... zu bewahren ... Die Ernährungs- und -lebensweise desselben muß eine geregelte und gesundheitsgemäße sein ... Die wichtigsten Sprechregeln sind folgende: a) Ich soll langsam und ruhig sprechen. b) Ich darf nicht zu laut und nicht zu leise sprechen. c) Ich muß wissen, was ich sagen will. d) Ich muß vor dem Sprechsatze kurz und tief Atem holen. e) Ich muß beim Sprechen eine gute Körperhaltung einnehmen.“

Diese auch heute noch zeitgemäßen Regeln fand die Buchautorin Margund Hinz in der *Lehrerzeitung für Ost- und Westpreußen* des Jahres 1913. Sie stehen in einer schulamtlichen Anweisung zur Behandlung stotternder Kinder. Stottern gehört zu den Sprachstörungen und Stimmerkrankungen, mit denen sich verschiedene Fachärzte, Fachlehrer, Logopäden und Psychologen, heute unter dem Begriff Sprachheilwesen zusammengefaßt, beschäftigen. Der Entwicklung des Sprachheilwesens in Ostpreußen hat die hauptberufliche Sonderschullehrerin anhand von Dokumenten, die sie unter anderem im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz fand, in einer Monographie nachgezeichnet.

Bereits 1867 entwickelt sich in Königsberg ein abgestuftes Schulsystem aus achtklassigen Volksschulen, Mittelschulen und höheren Schulen mit Schulgartenarbeit, Werkunterricht und zwei Fremdsprachen. Im Zuge der Reformen der preußischen Volksschule wurden ab 1885 Hilfsschulen gegrün-

det. Eine Taubstummenanstalt ist bereits 1817 errichtet worden. 1920 wurden in Königsberg vier Schulkindergärten für die vom Alter her schulpflichtigen, jedoch noch nicht schulreifen Kinder eröffnet. Bereits ein Jahr zuvor waren die ersten drei hauptamtlichen Schulärzte ange stellt worden. Schulische Sprachheilarbeit in Ostpreußen ist seit 1889/90 in Form von vier- bis siebenmonatigen Sprachheilkursen belegt. Während die Stadt Berlin erst ab 1901 Heilkurse für stotternde Schüler einrichtet, ergreifen die Behörden in Königsberg schon 1894 Maßnahmen zur Sicherung eines dauerhaften Erfolges der praktizierten Heilkursarbeit. Die umfassenden ärztlichen Schuluntersuchungen Kafemanns und anderer bedeutender Mediziner der Albertina förderten die Schulgesundheitspflege.

Allgemeinverständlich informiert Margund Hinz auch über die Entwicklung des Schulwesens und die Entfaltung der Sprachheilarbeit in Tilsit, Allenstein, Insterburg, Röbel, Rastenburg, Lyck, Elbing und Schloß Woriene. Die ostpreußischen Mediziner und Pädagogen standen in regem Austausch mit Forschungszentren wie Berlin, Halle/Saale und Jena.

Die junge Autorin sieht in dieser Arbeit „Anknüpfungspunkte für weitere historische Untersuchungen, unter anderem zu den pädagogischen Verdiensten von Paul Rogge, die Impulse für die gegenwärtige Sprachheilarbeit geben können“.

D. H.

**Margund Hinz: „Die Geschichte des Sprachheilwesens in Ostpreußen, Von den Anfängen bis 1945“, Frie ling-Verlag, Berlin 2005. 159 Seiten, 8,80 Euro**

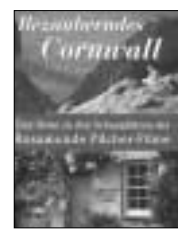
Alle Bücher sind über den PMD, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg, Telefon 0 40/41 40 08 27, zu beziehen.

## Herb-wilde Schöne

Pilchers Cornwall

Esam steht die junge Frau an der Steilküste, doch kurz bevor sie ihrem Leben durch Sprung in die Tiefe ein Ende setzen will, steht plötzlich der verloren geglaubte Geliebte (natürlich ein englischer Lord) vor ihr. Die beiden fallen sich in die Arme und die Sonne bestrahlt die nun viel freundlicher aussehende Küste. So oder so ähnlich enden fast alle Verfilmungen der Pilcher-Bücher. Während jedoch die Schauspieler wechseln, ist der Schauplatz immer derselbe. In „Bezauberndes Cornwall – Eine Reise zu den Schauplätzen der Rosamunde Pilcher-Filme“ stellen die Autoren Claus Beling und Heidi Ulmke die vielen Gesichter der herb-wilden Schönen vor. Wunderschöne Farbfotos begleiten den aufschlußreichen Text, der über die Geschichte, Sehenswürdigkeiten, Menschen und dort gedrehten Pilcher-Verfilmungen informiert. Freunde der Pilcher-Verfilmungen kommen allerdings ein wenig zu kurz, da sie sich wahrscheinlich mehr Informationen über die Dreharbeiten und die damit verbundenen, unterhaltsamen Pleiten, Pech und Pannen wünschen.

R. B.



**Beling / Ulmke: „Bezauberndes Cornwall“, vgs, Köln 2005, kartoniert, 158 Seiten, 17,90 Euro**

**Udo di Fabio: „Die Kultur der Freiheit“, Beck Verlag, München 2005, 295 Seiten, 19,90 Euro**



**Quer durch's Beet**

**Furcht vor Linkskoalition**

Wohin steuert die SPD, falls Schwarz-Gelb die Mehrheit bei den Bundestagswahlen am 18. September verfehlt? Dies wollte die *Preußische Allgemeine Zeitung (PAZ)* in ihrer jüngsten Internet-Umfrage von ihren Lesern wissen. Knapp 64 Prozent meinen, daß die Sozialdemokraten eher ein Bündnis mit den Grünen und der neuen Linkspartei/PDS eingehen als mit der Union zu koalieren. 36 Prozent glauben hingegen, daß die SPD in diesem Falle einer großen Koalition mit CDU und CSU den Vorzug gäbe. Angesichts des mit viel Spannung verfolgten TV-Streitgesprächs von Kanzler Gerhard Schröder und seiner Herausfordererin Angela Merkel fragt die PAZ nun nach der Relevanz solcher Zweikämpfe: „Entscheidet ein Fernseh-Duell die Wahl?“ lautet daher die derzeitige Internet-Umfrage ([www.preussische-allgemeine.de](http://www.preussische-allgemeine.de)).

**Generalkonsulin verprügelt**

Die deutsche Generalkonsulin in Danzig, Ute Minke-Koenig, und ihr Mann sind am vergangenen Sonntagmittag bei einem Spaziergang mitten in der Danziger Altstadt zusammengeschlagen worden. Eine Gruppe junger Männer hatte das Paar umringt und die Herausgabe ihrer Videokamera verlangt. Dabei kam es zu einem Handgemenge. Die Diplomatin konnte nach ambulanten Behandlung das Krankenhaus wieder verlassen und erholte sich Anfang der Woche zu Hause von der Attacke.

**Personalien**

**Danzigs Schicksal in den Adern**



Der liberale Oppositionspolitiker Donald Tusk gilt als aussichtsreicher Kandidat bei der polnischen Präsidentschaftswahl am 9. Oktober. Mit dem deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler ist er während der Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Gewerkschaft „Solidarität“ in Danzig erstmals zusammengetroffen.

Die Vorfahren des am 22. April 1957 in Danzig geborenen Tusk entstammen der kaschubischen Volksgruppe in der „Freien Stadt Danzig“, die zwischen den Weltkriegen unter Völkerbundsmandat stand. Verwandte von ihm kamen auf dem Flüchtlingschiff „Wilhelm Gustloff“ 1945 ums Leben. Obwohl Tusk Bedenken gegen das in Berlin geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ (ZgV) äußerte, hat er sich Berichten zufolge mit dem deutschen Bundespräsidenten „auf Anhieb gut verstanden“. Köhler hatte in Danzig das ZgV gegen unbegründete Befürchtungen von polnischer Seite verteidigt.

Tusk verlor seinen Vater, einen Tischler, noch im Grundschulalter. Als Student der Danziger Universität engagierte er sich in der antikomunistischen Opposition und war persönlich an der Gründung des studentischen Komitees der 1980 entstandenen Gewerkschaft „Solidarität“ beteiligt. Sein Studium schloß er 1980 mit einer Arbeit über den Mythos des Marschalls Jozef Pilsudski, Polens Diktator von 1926 bis zu dessen Tod 1935, ab.



»Ehrlich – ich wollte eigentlich die da treffen!«

Zeichnung: Götz Wiedenroth

**Stoppt Doris!**

Als die Kanzlergattin das letzte Mal für ihren Mann in den Ring stieg, ging das gründlich in die Hose / Der Wochenrückblick mit Hans HECKEL

Entgegen allen Umfragen: Schröder hat das TV-Duell verloren. Dies scheinen zumindest seine eigenen Genossen zu glauben, warum sonst fordern führende SPD-Politiker durch die Bank einen weiteren Zweikampf vor der Kamera. Sigmar Gabriel behauptet, dann könnten die Menschen „noch tiefer und intensiver in die Argumentation der beiden Kontrahenten“ eindringen.

Er hat das Duell vermutlich gar nicht gesehen. Sonst hätte er mitbekommen, daß der Kanzler mangels „Argumenten“ mitten im Gespräch anfang, von der Liebe zu seiner Frau Doris zu schwärmen. Ihm fiel offensichtlich nichts Besseres mehr ein. Gut, über Freud und Leid im Eheglück hätte uns Gerhard Schröder gewiß noch viel mehr zu erzählen in einer zweiten Runde. Aber wollen wir das hören? Und wer sollte solch zuckersüßes Geplauder moderieren? Rosamunde Pilcher?

Und würde ihm das Gerede über's Private überhaupt nützen? Schröders eigene Erfahrung sollte ihn davor warnen, seine Familie einzuspannen. Doris Schröder-Köpf hat sich schon einmal für ihren Mann ins Getümmel gestürzt, was gründlich in die Hose gegangen ist. Wir erinnern uns: Als es schon einmal sehr schlecht stand um Schröders Popularität, drohte sie Leuten, die des Kanzlers Haare öffentlich als gefärbt bezeichneten, mit dem Kadi. So machte die Kanzlergattin alles nur noch schlimmer, ganz Deutschland hat gelacht. Jetzt hat sie bei Angela Merkel durch's Fenster geguckt und berichtet uns, daß die Kandidatin gar keine Kinder habe, was sie, Doris Schröder-Köpf, der Frau Merkel natürlich „niemals vorwerfen“ würde, weil Kinderlosigkeit bei Frauen ja „oft auch mit persönlichem Leid verbunden“ sei. Diese besondere Art von Diskretion kennen wir. Das ist die Manier von Leuten, die gern an Klöntüren herumlungern und Sätze tuscheln wie: „Nicht daß es mich was angehe oder daß ich gar etwas dagegen hätte, aber haben Sie schon gehört, daß ...?“ Herzlichen Dank, wir haben Wichtigeres zu tun.

Das gilt besonders für die kleinen Parteien, die im Pulverdampf der streitenden Giganten fast unsichtbar geworden sind und hektisch um Aufmerksamkeit ringen. Rastlos düst Außenminister Fischer in seinem Bus im Land umher und redet und redet und redet, ohne daß sich für seine Grünen an der Umfragefront etwas bewegt. Er sieht sein

außenpolitisches Erbe in Gefahr, insbesondere der türkische EU-Beitritt könnte bei den Schwarzen unter die Räder kommen. Und damit auch unsere Sicherheit, meint Fischer. Warum das so sei, dafür hat er eine erstaunliche Begründung: Die Türkei sei ja ein islamisches Land und Nachbar der Araber, die in jüngster Zeit unter religiösem Blutdruck litten und dringend jemanden benötigten, dem sie vertrauen und der ihnen in unserem Namen gut zureden kann. Daß der Außenminister wie alle Freunde Ankaras bei der Suche nach diesem „Jemand“ ausgerechnet auf die Türkei stößt, ist für historisch versierte Zeitgenossen einigermaßen rätselhaft.

Die Türken waren einige Jahrhunderte lang Kolonialmacht im arabischen Raum und sind dort deshalb keine Unbekannten, das stimmt. Die Erinnerung jedoch, die sie bei den Arabern hinterlassen haben, ist das

**In der Koalition geht es zu wie im Palast einer untergehenden Dynastie: Jeder für sich und gegen den anderen**

genaue Gegenteil dessen, was man gemeinhin als den Blick auf ein „goldenes Zeitalter“ bezeichnet – sie waren herzlich verhaßt. Die Türkei als „Brücke“ zu den arabischen Ländern zu benutzen ist in etwa so, als beauftragten wir einen pensionierten Sklavenbaron mit den Beziehungen zu den Afrikanern – „weil man sich ja noch von früher kennt“.

Am Ende des osmanischen Zeitalters haben sich die Araber sogar von den „ungläubigen“ Briten nach Strich und Faden verkaspert lassen, nur um endlich die Türken vom Hals zu kriegen. Während des Ersten Weltkriegs erledigten arabische Reiterhorden die britische Dreckarbeit hinter den türkischen Linien – um nach Kriegsende von London und Paris um die versprochene Freiheit betrogen zu werden.

Als das kratzt nicht an Joschka Fischers Brückengemälde. Er kann darauf vertrauen, daß seine Wählerschar von tieferen Kenntnissen über die historischen Verwerfungen des Orients ebenso unberührt ist wie er. Multikulturell sein heißt schließlich: großzügig denken, im konkreten Fall also nicht so ge-

nau hinsehen. Diese Großzügigkeit ist zum Markenzeichen unserer liberalen Gesellschaft geworden und übt eine enorme Anziehungskraft auf Menschen in aller Welt aus.

Die Türkei wollen die Brücke dennoch, jedoch nicht eine zu den Arabern, sondern zu uns. Daß ihre Fertigstellung gefährdet ist vom deutschen Urnengang, hat sich bis Ankara herumgesprochen. Zunehmend bockig grollt die türkische Führung all jenen, die ihr aus der lästigen Zypernsache oder der Angelegenheit mit den Armeniern einen Strick drehen wollen. Für Ankara ist das absehbare Ende von Rot-Grün ein Schlag ins Kontor. In den Fluren der Koalition geht es mittlerweile zu wie im Palast einer wegdämmerten Dynastie: jeder für sich und gegen die anderen. Mit Schrecken verbuchen die Grünen, daß die leichten Zugewinne der SPD auf ihre Kosten zu gehen scheinen und wildern nun ihrerseits per Zweitstimmenkampagne im Gehege der Sozialdemokraten. Die SPD-Minister reden nur noch beiläufig von der Koalition und statt dessen viel lieber von ihrem Kanzler, der dem armen Fischer sogar die fleckigen Früchte der rot-grünen Außenpolitik abjagen möchte. Das schmerzt.

Die Liberalen haben es in dieser Hinsicht besser. Unionspolitiker erwähnen den gelben Beiwagen bei jeder Gelegenheit, zumal ihnen die Alternative – große Koalition mit der SPD – weit weniger attraktiv erscheint. Besonders selbstlos engagieren sich die schwarzen Ministerpräsidenten für den kleinen Wunschpartner. Kurzfristig wurde es nämlich wirklich eng für die Westerwelles. Paul Kirchhofs Steuermodell ist in seiner Reinform dermaßen liberal, daß es die Freidemokraten nur mit der Forderung nach Tarifen wie auf den Cayman-Inseln hätten toppen können. Was natürlich lächerlich gewesen wäre, denn die Karibik-Inseln sind bekanntlich ein sogenanntes „Steuerparadies“.

Die Lage war wirklich bedrohlich, als Saar-Müller und seine Kollegen Stoiber, Wulff und Oettinger wie die vier Musketiere im Film in letzter Minute um die Ecke galoppiert kamen und Kirchhof in den Staub ihrer sozialpolitischen Bedenken stießen. Da hockt er nun und klaubt die Reste seines Kunstwerks zusammen. Das schafft wieder Luft für die Liberalen. Jetzt fehlen ihnen nur noch die Köpfe, welche die frische Brise auch aufnehmen und in Stimmen verwandeln können. ■

**Zitate**

Die Basler Zeitung vom 1. September nimmt die Hurrikan-Katastrophe im Süden der USA zum Anlaß, über das **amerikanische Verhältnis zum Staat** nachzudenken:

„Katrina‘ hat die eklatanten Defizite der amerikanischen Gesellschaft aufgezeigt. Die Auswirkungen des Hurrikans sind der Preis dafür, daß staatliche Pflichten in den letzten Jahrzehnten auf ein Minimum reduziert wurden.“

**William Cohen**, US-Verteidigungsminister unter Bill Clinton, teilt diese **Sicht** und bringt sie auf die Pointe:

„Der Staat ist dein Feind – bis du einen Freund brauchst.“

11. September, Selbstmordattentäter und jetzt „Katrina“. Die *römische Zeitung Il Messaggero* (1. September) wundert sich über die **Schutzlosigkeit**, mit denen die **USA von Katastrophen überrollt werden** und sorgt sich um die **Supermacht**:

„Das neue Jahrtausend erschüttert die USA, destabilisiert die tief verwurzelten Sicherheiten und rüttelt an der Basis der kulturellen Identität.“

Die Welt am Sonntag vom 4. September hat kein Verständnis für die **CDU-interne Kritik** an **Paul Kirchhofs Steuerkonzept**:

„Da haben die Ministerpräsidenten der Union ganze Arbeit geleistet. Bevor ... tatsächlich so etwas wie Begeisterung für ein visionäres Steuerkonzept aufkommt, zerpflücken sie das Konzept Kirchhofs, als gehörten sie zu seinem politischen Gegner.“

**ARBEITS-LOS**

*Die Arbeit macht das Leben süß – drum sind jetzt viele sauer: Man sagte ihnen einfach tschüß und manchen gar auf Dauer.*

*Allein, wenn's noch so sehr gebricht an Süße dieses Lebens, vor Diabetes schützt es nicht – wer's glaubt, der hofft vergebens.*

*Mit Ämtern gibt man Arbeit zwar den Arbeitsamtsbeamten, doch echte Arbeit, die bleibt rar für die zu ihr Verdammten!*

*Läßt Arbeit – fast schon Privileg – sich durch Physik vermehren? Da ist die Arbeit Kraft mal Weg – das könnte sich bewähren.*

*Mitnichten! Kaum bis drei gezählt, erweist sich die Misere: Wo Kraft – weil Freude – gänzlich fehlt, führt Null mal Weg ins Leere.*

*Und ist der Weg gekrümmt, verlangt die Rechnung Integrale – just das, wovon ein jeder bangt im PISA-Jammertale.*

*Indessen säuselt ein Signal den Völkern um die Ohren: Doziert nicht Marx, das Kapital sei Arbeit, bloß gefroren?*

*Man muß ja offensichtlich nur das Ding zum Schmelzen bringen – der Volksfront sollte diese Kur mit Leichtigkeit gelingen.*

*Sie haben's aber nicht kapiert, die Umverteilungskrämer: Wer Arbeitgeber ruiniert, der ist ein Arbeit-Nehmer!*

*Und ganz genau das gleiche tut ein anderes Gelichter, denn auch die Spekulantbrut ist Arbeitsplatzvernichter!*

*Drum Völker, hört – und nützt Verstand zum Wohl der Weltgemeinde: Gesellen ohne Vaterland sind aller Völker Feinde.*

*Betriebe, Menschen sind für sie nur Spielgeld in den Kassen – ja, wollt ihr solcher Perfidie den Globus überlassen?*